

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

B 29/64  
15. Juli 1964

Gewissen gegen Gewalt  
Rückblick auf den 20. Juli 1944

**Hans Rothfels**, Dr. phil., em. o. Professor an der Universität Tübingen, geb. 1891 in Kassel.

Veröffentlichungen u. a.: Die deutsche Opposition gegen Hitler, Krefeld 1949 (Frankfurt 1958<sup>2</sup>); Gesellschaftsform und auswärtige Politik, 1952; Bismarck und der Staat, 1953; Bismarck-Briefe, 1955.

**Walter Bußmann**, Dr. phil., o. Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin und Direktor des Friedrich-Meinecke-Instituts, geb. 1914 in Hildesheim. Veröffentlichungen u. a.: Treitschke. Sein Welt- und Geschichtsbild, Göttingen 1952; Das Zeitalter Bismarcks, in: Handbuch der deutschen Geschichte, Konstanz 1957.

**Walther Hofer**, Dr. phil., o. Professor für Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Bern, geb. 1920 in Kappelen b. Aarberg/Schweiz.

Veröffentlichungen u. a.: Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges, Stuttgart 1954 (Frankfurt 1960<sup>2</sup>, 3. erweiterte Auflage erscheint 1964); Der Nationalsozialismus, Frankfurt 1957; Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges, in: Handbuch der deutschen Geschichte, Konstanz 1960; Die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges, Zürich 1963.

**Maurice Beaumont**, Mitglied der Académie des sciences morales et politiques, Professor für Geschichte an der Sorbonne, Präsident des Comité d'histoire de la Deuxième guerre mondiale, geb. 1892 in Lunéville. Veröffentlichungen u. a.: La faillite de la paix (1919—1939), Paris; L'essor économique et l'impérialisme colonial (1878—1904), Paris;

Gloires et tragédies de la Troisième république, Paris; La grande conjuration contre Hitler, Paris 1963.

**Ludwig Jedlicka**, Dr. phil., Universitätsdozent für neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Wien, Leiter des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte, geb. 1916 in Wien.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur österreichischen Zeitgeschichte, darunter: Ein Heer im Schatten der Parteien, Wien 1955; ein Buch über den „20. Juli 1944 in Österreich“ erscheint 1964.

**Wilhelm Ritter v. Schramm**, Dr. phil., Dozent an der Hochschule für Politische Wissenschaften München, geb. 1898 in Hersbruck.

Veröffentlichungen u. a.: Der 20. Juli in Paris, Bad Wörishofen 1953 (2. Auflage unter dem Titel: Aufstand der Generale, München 1964); Staatskunst und bewaffnete Macht, München 1957; Carl Clausewitz: ‚Vom Kriege‘ (Hrsg., zus. mit Wolfgang Pickert), Reinbek 1964.

**Francis L. Carsten**, D. Phil., D. Litt., Professor für mitteleuropäische Geschichte an der Universität London, geb. 1911 in Berlin. Veröffentlichungen u. a.: The Origins of Prussia, Oxford 1954; Princes and Parliaments in Germany, Oxford 1959; Reichswehr und Politik 1918—1933, Köln 1964.

**Mario Bendiscioli**, Professor für neuere Geschichte an der Universität Padua, geb. 1903 in Passirano b. Brescia. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, vor allem zur Kirchengeschichte.

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 341251, nimmt gern entgegen:

Nachorderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung, Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar, sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Zum 20. Jahrestag der Erhebung des 20. Juli 1944

Gedenktage bedeutender Ereignisse sind der Natur der Sache nach der Gefahr abstumpfen-der Routine ausgesetzt. Was die heutige Erinnerung an den 20. Juli solcher Gefahr enthebt oder entheben sollte, ist nicht nur der Abstand des „20 Jahre danach“, der zu Besinnung und Bestandsaufnahme aufruft, sondern ist auch das Miteinander eines elementaren Bewußtseins und eines Grundempfindens, die durch den entschwindenden Zeitabschnitt und unsere besondere Lage nur haben verschärft werden können: Das Bewußtsein der Lücke, so tief schmerzlich in den persönlichsten Bereichen, aber ebenso einschneidend in denen des öffentlichen Lebens und zugleich — untrennbar damit verbunden — das Empfinden ehrfürchtigen Dankes dafür, daß es in dunkelsten Stunden Männer und Frauen gab, die bereit waren, nur der Stimme des Gewissens zu folgen und mit Einsatz ihres Lebens dem Unrecht zu widerstehen. Bei der Enthüllung einer Gedenktafel in der deutschen Botschaft in London, mit der drei ehemalige Angehörige, die zur Widerstandsgruppe der Wilhelmstraße gehört haben, geehrt wurden, hat der Engländer Sir Harold Nicolson von dem Mut gesprochen, der „fackelgleich durch die Finsternis und den Propagandanebel strahlt“. Ein solches Fanal im Dunkeln ist für uns der 20. Juli. In ihm offenbarte sich am deutlichsten und sinnfälligsten das „andere Deutschland“, das kein Privileg einer Partei, einer Klasse, einer Berufsgruppe ist, das hinter der nationalsozialistischen Fassade in allen Schichten des deutschen Volkes lebendig war, in vielfachem Martyrium bezeugt, lange vor wie nach dem 20. Juli, aber in der Tat von Stauffenberg erst recht sichtbar werdend, auch vor den Augen einer noch lange ungläubig bleibenden Welt.

Daß es den Verschworenen nicht zum wenigsten um diesen Nachweis oder — wesentlicher gefaßt — um die Reinigung des deutschen Namens, der für so Furchtbares mißbraucht worden war, ging, braucht nicht in die Ereignisse hinein- oder aus ihnen herausgelesen zu werden. Es sei an die Worte des Staatssekretär Erwin Planck erinnert: „Das Attentat muß versucht werden, allein schon um der moralischen Rehabilitierung Deutschlands willen...“ Auch einer der aktivsten unter den Militärs, der General v. Tresckow, schon lange zur Tat

drängend, hat sich einige Tage vor dem 20. Juli mit aller Deutlichkeit zu dieser Sicht bekannt: „Das Attentat auf Hitler muß erfolgen um jeden Preis. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem der Staatsstreich versucht werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat.“

Vor solchen Zeugnissen der Unbedingtheit, was immer die Chancen sein mochten, muß

## INHALT

Hans Rothfels	
<b>Zum 20. Jahrestag der Erhebung des 20. Juli 1944 . . . . .</b>	<b>S. 3</b>
Walter Bußmann	
<b>Betrachtungen zum militärischen Widerstand . . . . .</b>	<b>S. 7</b>
Walther Hofer	
<b>Offiziere mit politischem Verantwortungsbewußtsein . . . . .</b>	<b>S. 15</b>
Maurice Beaumont	
<b>Erhebung einer Elite gegen Tyrannei . . . . .</b>	<b>S. 20</b>
Ludwig Jedlicka	
<b>Osterreich und der 20. Juli 1944 . . . . .</b>	<b>S. 24</b>
Wilhelm Ritter von Schramm	
<b>Zur außenpolitischen Konzeption Becks und Goerdelers . . . . .</b>	<b>S. 29</b>
Francis L. Carsten	
<b>Nationalrevolutionäre Offiziere gegen Hitler . . . . .</b>	<b>S. 46</b>
Mario Bendiscioli	
<b>Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1931—1939 von außen gesehen . . . . .</b>	<b>S. 51</b>

das Geraune um das Vergebliche eines Versuchs verstummen, dem der Erfolg versagt blieb, erweist überhaupt die Kategorie des Erfolges sich als unzureichend und kurzschlüssig. Die Frage, warum alle Anschläge, unter denen der 20. Juli ja nur der letzte in einer Reihe ist, scheiterten, warum eine Summe meist trivialer Zufälle sich ihnen in den Weg legte — Zufälle, die nichts mit mangelnder Entschlossenheit zu tun hatten —, führt ins Spekulative, letzten Endes ins Theologische. Nicht wenige mochten darin — in sehr anderem Sinne als Hitler — die Hand der Vorse-

hung erblicken, der zufolge das Übel ausbrennen sollte und nicht durch Menschenhand abgewehrt werden konnte. Es gibt auch für diese Sicht sehr bewegende Zeugnisse. Sie belegen im Grunde erst recht, aus welcher inneren Notwendigkeit der Gewissensentscheidung, aus welcher Tiefe der seelischen Substanz heraus gehandelt wurde — weit über die Erwägungen des Möglichen und Erreichbaren hinaus.

Damit sei nicht gesagt, daß es Stauffenberg und seinen Verbündeten an handgreiflichen Nahzielen nationaler und verpflichtender Art gefehlt hätte. Es ging um den Sturz eines Regimes, unter dem ein menschenwürdiges Leben und mit dem Frieden nicht möglich war, um Beendigung des Krieges vor dem vollen Weißbluten und ehe das Chaos hereinbrach, um die Erhaltung des Vaterlandes mindestens in den Grenzen von 1933. Versuche, darüber bei den westlichen Alliierten oder überhaupt über eine konstruktive Politik gegenüber einem nach-nationalsozialistischen Regime Sicherheit zu erlangen, waren gleichfalls vergeblich. Aber auch das konnte Männer von hohem sittlichen Verantwortungsbewußtsein nicht aus der Aufgabe entlassen, gegen eine Führung vorzugehen, die in den eigenen Untergang ein ganzes Volk mit hinabzureißen gedachte. Gewiß waren die zum Widerstand Entschlossenen in Heimatstäben wie in leitenden Kommandostellen die letzten, der opferreichen Kameradschaftsgesinnung und der Härte der Pflichterfüllung, wie sie an der Front geübt wurde, die Achtung zu versagen, die ihr gebührt. Aber sie selbst mußten eine schwere Pflicht auf sich nehmen, die um der Erhaltung von Leib und Seele des eigenen Volkes willen zum Durchbruch durch traditionelle Loyalitäten zwang und den Vorwurf von Hochverrat, im extremen Fall auch von Landesverrat, ins Wesenlose zerrinnen läßt. Ja, im Grunde ging es um eine Zurechtrückung der Werte, bei der das nationale Interesse im üblichen Sinn nicht mehr an der Spitze der Rangordnung stehen konnte. Schon die Versuche, den Ausbruch des Krieges, auf den Hitler zutrieb, durch eine internationale Aktion, durch diplomatische Zusammenarbeit über Landesgrenzen hin zu verhindern, zielten nicht nur darauf, Deutschland vor der Katastrophe zu bewahren, sondern auch dem Verbrechen überhaupt ein Ende zu setzen und eine menschenwürdige Ordnung zwischen den Völkern wiederherzustellen.

Im Kriege mit seiner erst recht drängenden Forderung nach nationaler Solidarität stei-

gerte sich das Dilemma der Pflichten und trieb damit um so mehr auf das Grundsätzliche, auf die ethische Unbedingtheit eines Widerstandes hin, bei dem es nicht mehr nur um die Interessen eines Volkes, nicht bloß um Kritik verfehlter Maßnahmen, um ressorthafte Opposition, sondern um Auflehnung gegen das Böse schlechthin, um die Bewahrung des Menschentums überhaupt sich handelte. Im Kirchenkampf beider Konfessionen war dieser Übergang von einer Teilfront in eine Totalfront vorgebildet worden. Er hat sich unter erschütternden Erfahrungen für viele einzelne wiederholt, die über Klassen- und Parteigrenzen im Bekenntnis zum Humanum ihren Vereinigungspunkt fanden.

Vor diesem Vermächtnishaften wird vollends die Frage nach Ergebnis und Erfolg gegenstandslos oder, wenn anders wir sie ernsthaft nehmen, schlägt sie als Frage und Forderung auf die nachlebenden Generationen zurück. Im Gedenken an die Dahingegangenen und Hingerichteten hat einer der Familienangehörigen die nur zu berechnete Frage gestellt; berechnigt lange vor der Mauer des 13. August und gewiß nicht nur im Hinblick darauf, was hinter ihr geschieht: „Wer wollte behaupten, daß die dämonische Macht, gegen die sie angetreten und von der sie verschlungen worden sind, uns heute nichts mehr zu schaffen mache, wenn auch ihre nationalsozialistische Inkarnation nicht mehr hervortritt?“ So gesehen war der 20. Juli in dem, was über die einmalige Tat hinaus wirkt und hinauszielte, nur erst ein Anfang.

In der Tat wird ja die Rückbesinnung an diesem Gedenktag und aus jeweils drängenderen Erfahrungen heraus an dem schmerzlich Unvollendeten und Abgebrochenen nicht vorbeigehen dürfen. Wir mögen uns mit gewissem Recht darauf berufen, daß in der Überwindung eines engen Nationalismus und in der Förderung des europäischen Zusammenschlusses — trotz starker Rückschläge — das Gedankengut und die Entwürfe des deutschen Widerstands Nachfolge gefunden haben. Diese Entwürfe schlossen mit Selbstverständlichkeit ein wiederhergestelltes Polen und eine wiederhergestellte Tschechoslowakei in den Rahmen der geplanten europäischen Föderation ein, die ihrerseits integrierender Teil einer Weltföderation sein sollte. Die ganze Bemühung um übernationale Lösungen kreiste um das Problem des Friedens zwischen den Völkern als der einzigen gesunden Grundlage für den Frieden zwischen Staaten. Hier haben die Austreibungen und hat die Ver-

härtung der ideologischen und gesellschaftspolitischen Fronten einen scharfen Schnitt gezogen und den Abbau der auf den nationalsozialistischen Untaten beruhenden Hypotheken verzögert. Im gleichen schmerzlichen Zusammenhang eines unerfüllten Erbes erinnern wir uns der Worte, die Graf Moltke 1942 an einen englischen Freund schrieb: „Für uns ist Europa nach dem Krieg weniger ein Problem von Grenzen und Soldaten, von wasserkopffartigen Organisationen. Die eigentliche Frage, vor die Europa nach dem Krieg gestellt sein wird, ist die, wie das Bild des Menschen im Herzen unserer Mitbürger wiederhergestellt werden kann. Dies aber ist eine Frage der Religion und der Erziehung, der organischen Verbundenheit mit Beruf und Familie, des rechten Verhältnisses zwischen Verantwortung und Anspruch.“

In solchen Worten deuten sich Grundgedanken an, aus denen man personale Rechte und Pflichten der Freiheit herleiten mochte, Grundgedanken eines gesellschaftspolitischen Programms, wie es der Kreisauer Kreis fern aller Verwaschenheit in einer Verbindung christlicher, aristokratischer und sozialistischer Ethik vertrat, in einer Überwindung der Klassenschranken, die dem Menschlichen innerhalb des öffentlichen Raumes Geltung verschaffen, ja es zum Leitstern machen sollte. Man wird das mit dem Ausgleich in der Wohlfahrtsgesellschaft und der Hebung des Lebensstandes für die breiten Massen gewiß noch nicht verwirklicht und gegen die kollektive Wucht der Apparaturen gesichert sehen dürfen. Übrigens war dies Sozialprogramm nur eines unter mehreren. Es bedurfte nicht erst der leichtfertigen, ja grob tendenziösen Veröffentlichung der Gestapoberichte zum 20. Juli, um uns über Gegensätze, personal-politische wie staats- und gesellschaftspolitische, in den Widerstandskreisen zu unterrichten. Aber man wird diese Differenzen, etwa zwischen Älteren und Jüngeren, auch nicht im Sinn einer Diskrepanz zwischen Erhaltung und Fortschritt oder einer so oder so gearteten Monopolisierung des Vermächtnishaften überschätzen dürfen. Sie verschwinden fast, verglichen mit der überzeugenden und ungewöhnlich breiten Gemeinsamkeit fast aller Kreise, in der Forderung nach einer auf Freiheit und Selbstverantwortung, auf Menschenrecht und Menschenwürde gegründeten Gesellschaft

An dieser Stelle wird mit der Betonung der Gemeinsamkeit im heutigen Rückblick ein Wort der Abwehr in anderer Richtung von-

nöten sein. Man findet insbesondere in jüngster Zeit in der historischen Literatur, die jenseits des Vorhangs erscheint, jetzt auch in der sowjetischen Literatur, die These vertreten, daß nur der Kommunismus, nur er überhaupt und nur er konsequent und durchgängig den Nationalsozialismus bekämpft habe. Nun wird gewiß niemand, dem es um die Wahrheit geht und der sich mit der deutschen Opposition ernsthaft beschäftigt hat, bestreiten wollen, daß an ihr kommunistische Gruppen einen nicht unerheblichen Anteil hatten — und dies trotz der Gemeinsamkeit im Totalitären, die zeitweise, insbesondere während des Stalin-Hitler-Paktes, auch ihre Rolle gespielt hat. Aber der Exklusivanspruch widerlegt sich nicht nur an der breiten geschichtlichen Wirklichkeit, er zwingt auch alle Erscheinungen des Widerstands, die höchst vielfältiger Art waren, in ein enges Schema des Klassenkampfes ein. Der Mensch, der leidet oder handelt, verschwindet zugunsten gesellschaftlicher angeblicher Gesetzmäßigkeiten. Recht und Unrecht, Loyalität gegenüber dem Vaterland oder ein Patriotismus, der zum Bruch der Loyalität um der ethischen Unbedingtheit willen bereit ist, Gewissenskampf und Gewissensentscheidung, das Menschliche im Protest gegen das Unmenschliche, solche Begriffe sind im Sowjet-Bereich offenbar nicht statthaft, weil ihre Anerkennung fatale Konsequenzen antitotalitärer Art haben könnte.

So fällt denn aller bürgerliche und aristokratische, aller gewerkschaftliche und freiheitlich-sozialistische Widerstand im Schwarz-Weiß-Gemälde des Klassenkampfes unter den Begriff des „Imperialismus“ und der „Reaktion“. Nur eine Ausnahme wird in jüngster Zeit gemacht mit einer offensibaren Spaltungstendenz: im heutigen Rückblick kann man an der so konzentriert für das Ganze stehenden und damit letzten Endes stellvertretenden Figur des Grafen Stauffenberg nicht vorbeigehen. Er wird anerkannt als glühender Patriot in dem Sinne wie sein Vorfahre Gneisenau, der ja auch zugleich als „Klassenkämpfer“ reklamiert wird, als Mann, der den Werktätigen die Hand reichen wollte, als Freund nicht nur Rußlands, sondern der Sowjets. So soll denn die Stauffenberg-Gruppe sich nach Stalingrad unter dem Einfluß des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ gebildet haben, wofür ausgerechnet der „Völkische Beobachter“ als Zeuge angeführt wird. Ein solcher Zusammenhang nun hat nachweislich in keiner Weise bestanden, und auch die Russenfreundschaft sieht sehr anders aus,

als die Propaganda es wahrhaben will. Sie betätigte sich zunächst im humanen Sinne, indem Stauffenberg eine große Anzahl russischer Kriegsgefangener freisetzte, die Hitler zum Hungertod verurteilt hatte, und sie dann in militärischen Formationen zusammenfaßte, die nicht als deutsches Kanonenfutter, sondern als antisowjetische Befreiungsarmee dienen sollten. An bedeutsamen Ansätzen einer solchen Unternehmung hat es nicht gefehlt. So galt Stauffenbergs Denken und Planen der Befreiung aller Völker, die unter tyrannischer Herrschaft litten, und sicherlich nicht einer Ersetzung der Hitlerschen Diktatur durch die Stalins.

Hier wird eine Schlußbetrachtung anzuknüpfen sein, die uns an diesem Erinnerungstag besonders obliegt und die das „Fanal“ des 20. Juli mit dem des 17. Juni verknüpft. Besteht nicht, so zwingt es sich uns auf, eine weit mehr als äußere Verbindung, jedenfalls in unserem heutigen Gedenken, zwischen dem 20. Juli und dem 17. Juni, zwischen der Erhebung, so könnte man formulieren, gegen einen pervertierten Nationalismus hier, einen pervertierten Sozialismus dort, also auch in der Zone gegen den totalen Anspruch auf den Menschen, wenn auch unter anderen Vorzeichen gestellt, aber bis heute und heute erst recht andauernd? Gewiß waren der unmittelbare Anlaß und die Ausdrucksformen beider Ereignisreihen, an die uns die beiden symbolischen Daten gemahnen, sehr verschiedener Art. Aber so sehr das Besondere und Unvergleichliche zu betonen ist, das der deut-

schen Opposition und dem Tag, an dem sie gipfelte, nach den Bedingungen ihrer Existenz und ihres Kampfes eignete, so sehr hat sie zugleich eine Vorhut gebildet in dem uns immer wieder aufgegebenen Ringen gegen die Anmaßung des Totalitären in allen seinen Farben, braun oder rot. Sie war gewiß auch in einem bestimmten Sinne nationale Unabhängigkeitsbewegung, aber mehr noch und prinzipiell auf Bewahrung und Wiederherstellung der Werte, der leitenden Maximen, der verbindlichen Postulate gerichtet, ohne die eine freie Welt nicht bestehen kann. Solche Forderungen, die um des Menschen und seiner Menschlichkeit willen gestellt werden, dürfen vor keinem Vorhang und keiner Mauer Halt machen. Das heißt aber, daß das Problem der Teilung unseres Landes uns nicht nur unter nationalem Vorzeichen angeht, dem der Ermöglichung der Wiedervereinigung, sondern ein universal menschliches ist, eines, das uns insbesondere deshalb zur Mitverantwortung aufruft, weil die Brüder und Schwestern drüben stellvertretend für uns das Opfer der Fremdherrschaft von außen und der Unfreiheit von innen geworden sind. Für die Erleichterung ihrer Lage, für die Wiedererlangung ihrer Selbstbestimmung, welches soziale System immer sie wählen mögen, von unserer Seite jedes nur tragbare, das heißt nicht an die so schwer errungene eigene Selbstbestimmung und freiheitliche Ordnung rührende, Opfer zu bringen, auch dazu ruft uns das Gedenken an den 20. Jahrestag des 20. Juli auf.

## Betrachtungen zum militärischen Widerstand

Eine redliche Erinnerung an den Aufstand des 20. Juli 1944 gegen die Diktatur Hitlers muß mit der Einsicht verbunden sein, daß dieser Tag der deutschen Geschichte im Bewußtsein unserer Gegenwart nicht den Platz einnimmt, der ihm zukommt. So wenig auch für das Gedenken des 17. Juni 1953 die richtige Form gefunden ist, so ist es doch leichter, sich im Grundsätzlichen über die Bedeutung des Volksaufstandes vom 17. Juni einig zu werden. Ein gequältes Volk erhob sich gegen eine Fremdherrschaft und verlangte freie Wahlen, um endlich Freiheit und Einheit zu erlangen. Am 20. Juli trat aus jahrelanger Verborgenheit eine deutsche Opposition in das helle Licht der Geschichte, um ein System zu stürzen, das Deutschland und große Teile Europas vergewaltigt hatte und das gleichwohl in der Lage war, Millionen deutscher Gutgläubiger an den Fronten und in der Heimat an sich zu binden und zu fesseln. Der Sinn des Geschehens am 17. Juni ist eindeutig und verständlich. Der 20. Juli könnte geeignet sein, das deutsche Volk innerlich zu trennen. Wenn damals auch Millionen von Landsleuten das Mißlingen des Aufstandes beklagt haben und sich von nun an der herannahenden Katastrophe ohnmächtig ausgeliefert sahen, so darf doch der andere und noch größere Teil der deutschen Bevölkerung nicht vergessen werden, der das Attentat als Mord oder als Verrat im Kriege ablehnte und verdammt. Das Dilemma des deutschen Widerstandes ist damit bereits angedeutet und vor allem auch der bereits oftmals hervorgehobene charakteristische Unterschied dieses Widerstandes zur Résistance in den anderen Ländern. Der deutsche Widerstand gehört unter einem allgemein-geschichtlichen Gesichtspunkt wohl einem internationalen Zusammenhang an und zeichnet sich begreiflicher Weise durch seine besonderen, unvergleichbaren Züge aus. Man kann sein Wesen auch nicht verstehen, indem man erläuternd auf die Rolle des Verrates in einer Epoche des ideologischen Bürgerkrieges hinweist, der alle gewohnten nationalen Grenzen durchschneidet.

Man hat die militärische Opposition, die am 20. Juli zur Aktion gelangte, mit Recht einmal als „die schlagkräftige ‚Vorhut‘ der Widerstandsbewegung“ bezeichnet, die „aber weder

ihren Körper noch ihren Geist“ bestimmt habe. Und doch ist es besonders aufschlußreich, die Motive des militärischen Widerstandes zu untersuchen, um den Kern eines Vorganges zu begreifen, der in der preußisch-deutschen Heeresgeschichte einzigartig dasteht und doch in der Tiefe den Zusammenhang mit ihren besten Kräften und Traditionen nicht verloren hat. Man sollte so nüchtern wie nur möglich den Weg zeigen, auf dem Soldaten in die Grenzsituation eines Aufstandes gerieten. Je nüchterner der schwere Weg, den eine Reihe von Soldaten gegangen ist, dargestellt wird, desto größer wird vielleicht die Aussicht, das Verständnis für diese militärische Elite in unserer Gegenwart zu fördern. Es mindert nicht den Ruhm dieser Männer, wenn man bei ihnen zunächst rationale Überlegungen, ja fachliche Erwägungen beobachtet, die ihre Distanz zum Nationalsozialismus begründeten. Diese Überlegungen enthielten gleichsam die Voraussetzung für einen Widerstand, der sich wachsend ins Grundsätzliche steigerte, mit sittlichen Überzeugungen, die zum Durchbruch gelangten, verband, und schließlich ein inneres Bündnis mit der vielschichtigen Opposition gegen die totalitäre Herrschaft erreichte. Es gibt selbstverständlich auch auf diesem Sektor Unterscheidungen und Nuancen, aber es soll das Anliegen dieser Betrachtungen sein, das innere Wachstum des militärischen Widerstandes verständlich zu machen. Es kann dabei auch nicht auf eine individualisierende Betrachtung verzichtet werden, was übrigens für die Gesamtheit des Widerstandes zu gelten hat.

In der Geschichte der deutschen Armee und besonders ihres Generalstabs bleibt es denkwürdig, daß ein Mann wie Generaloberst Beck auch nach seinem Rücktritt vom Amt des Chefs des Generalstabes seine starke Ausstrahlungskraft auf den größeren Teil der hohen militärischen Führer durchaus behalten hat. Es ist ihm versagt geblieben, seine militärische Führungskraft im Felde nachzuweisen. Dem Theoretiker und militärischen Erzieher wird sie von niemandem bestritten, aber die ungewöhnliche Aufgabe, die Beck auf dem Höhepunkt seiner militärischen Karriere und über seine dienstliche Stellung weit hinaus übernahm, lag in dem Versuch, den

Krieg zu verhindern. Am Anfang seiner Gedanken stand die rationale Einsicht in die Aussichtslosigkeit eines Krieges, der unter den Bedingungen der Weltlage in die Katastrophe hineinführen mußte. An seinen Denkschriften aus den Jahren 1937 und 1938 wird sehr deutlich, wie die nüchterne militärische Lagebeurteilung zu sittlicher Empörung über eine Politik führte, die leichtfertig das Risiko eines Krieges zu übernehmen bereit war. Militärisches, nationales und sittliches Verantwortungsgefühl gingen sehr rasch ineinander über, und Beck hat in seiner intensiven Gedankenarbeit und in seinen praktischen Bemühungen die Motive und die Maßstäbe des sogenannten militärischen Widerstandes während des Zweiten Weltkrieges gleichsam vorgezogen. Die Priorität der einen vor den anderen Motiven läßt sich bei einem Manne wie Beck kaum feststellen. „Es stehen hier letzte Entscheidungen über den Bestand der Nation auf dem Spiele. Die Geschichte wird diese Führer mit einer Blutschuld belasten, wenn sie nicht nach ihrem fachlichen und staatspolitischen Wissen und Gewissen handeln. Ihr soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo ihr Wissen, ihr Gewissen und ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehles verbietet.“

„Finden ihre Ratschläge und Warnungen in solcher Lage kein Gehör, dann haben sie das Recht und die Pflicht vor dem Volk und vor der Geschichte, von ihren Ämtern abzutreten. Wenn sie alle in einem geschlossenen Willen handeln, ist die Durchführung einer kriegerischen Handlung unmöglich. Sie haben damit ihr Vaterland vor dem Schlimmsten, vor dem Untergang bewahrt.“

„Es ist ein Mangel an Größe und an Erkenntnis der Aufgabe, wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volk bewußt zu werden. Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Handlungen.“

Es stellte sich rasch und immer erneut heraus, wie sehr es sich bei den Forderungen nach geschlossenem Handeln und Willen um ein Wunschbild des Chefs des Generalstabs handelte. Die Reaktion auf die Ermordung Schleichers und Bredows am 30. Juni 1934 hatte bereits den Mangel an innerer Einheit unter den militärischen Führern — wenn man einmal diesen sehr ungenauen Begriff hilfswise anwendet — deutlich

gemacht. Die schmachvolle Behandlung, die dem Oberbefehlshaber des Heeres, Frhr. von Fritsch, widerfahren war, hatte ebenso wenig eine innere Einheit und ein kraftvolles Selbstgefühl der militärischen Führung erkennen lassen. Es muß von diesem Oberbefehlshaber gesagt werden, daß er von dem begründeten hohen Ansehen, das er auf Grund seines Charakters und seiner Führereigenschaften in der Truppe besaß, keinen Gebrauch gemacht hat. Seine Resignation, der Verzicht auf Auflehnung hängt sicherlich auch mit der seinem Charakter entsprechenden Erwägung zusammen, den eigenen Fall nicht zum Anlaß einer Auseinandersetzung mit dem Staatsoberhaupt zu benutzen. Die Antwort auf die Frage, was in einem totalen Staate eigentlich „Widerstand“ bedeutet, ist sicherlich nicht einfach zu geben. So wenig auch zum Beispiel sogenanntes Unbehagen oder Mißvergnügen über eine Reihe von Erscheinungen im nationalsozialistischen Herrschaftssystem bereits den Rang von „Widerstand“ bekommen darf, so wird doch die weite Auslegung dieser Erscheinung, die vor und nach dem 20. Juli die Untersuchungskommission des Reichssicherheitshauptamtes gegeben hat, dem Phänomen durchaus gerecht. Indem Beck mit seinen Warnungen und vor allem durch ihre Form als Chef des Generalstabs in den Bereich der allgemeinen Politik übergriff, hat er den militärischen Widerstand eingeleitet. Seine Haltung ist um so bedeutungsvoller, als in den ersten Jahren des Regimes — trotz lokaler Auseinandersetzungen — ein gleichsam friedliches Nebeneinander zwischen Partei und Armee bestand. Es ist überflüssig zu betonen, daß Hitler die Hilfe der Militärs zur Durchführung der Wiederaufrüstung nicht entbehren konnte. So hat Hitler zum Beispiel zunächst nicht ausdrücklich verlangt, daß die sogenannten Rassegesetze in der Wehrmacht Anwendung fanden. Der Vorschlag ist vielmehr vom damaligen Wehrmachtsamt gemacht worden. Hitler hat solche Vorschläge selbstverständlich gutgeheißen. Wenn aber nicht alle weitgehenden Vorschläge dieses Amtes in Erfüllung gingen, so ist dieser bemerkenswerte Sachverhalt der Tätigkeit des Majors Hoßbach zuzuschreiben, der damals auf Wunsch von Fritsch und Beck „Adjutant der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler“ wurde und gleichzeitig in berechtigter Sorge vor der isolierten Stellung eines Adjutanten das sehr wichtige Amt des Chefs der Zentralabteilung des Generalstabes des Heeres beibehalten hatte. Wenn von Widerstand auf dem militärischen Sektor gesprochen wird, so sollte sein Verhalten in



der Fritschkrise nicht übergangen werden. Er hat den Befehl Hitlers, den Oberbefehlshaber des Heeres auf keinen Fall über die gegen ihn erhobenen Vorürfe zu unterrichten, nicht befolgt. Er ist vielmehr im Gegensatz zu diesem bindenden Befehl in die Wohnung des Freiherrn von Fritsch gefahren, und es handelt sich sicherlich um keine zu weitgehende Interpretation, wenn er von seinem Oberbefehlshaber, den er verehrte, eine andere Haltung erwartete, als dieser dann einnahm und behielt. Es ist übrigens nicht der einzige Fall von Ungehorsam, also von „Widerstand“ im totalen Staat geblieben, den dieser Soldat wie andere militärische Führer im Verlaufe des Krieges zugunsten der Truppe geleistet haben. Der „Fall Hoßbach“ in jener Krise spiegelt die Aussichtslosigkeit des militärischen Widerstandes zu einem Zeitpunkt wider, als das Gefüge des Heeres noch relativ fest war, das heißt, als das Heer noch in den Händen ihrer Führer war, bevor seine rapide Vergrößerung die Grenzlinien zur Partei und zum Nationalsozialismus verwischte. Becks von hohem Verantwortungsgefühl getragene Pläne, die sich zunächst auf einen Massentrücktritt der militärischen Führer bezogen, scheiterten an der Unentschlossenheit von Brauchitsch, der am 4. Februar 1938 der Nachfolger von Fritsch wurde; denn es gab damals noch eine Reihe von Befehlshabern, die zum Handeln entschlossen gewesen wären. Von ihm schreibt Ulrich von Hassell in seinem Tagebuch am 27. September 1938: „Brauchitsch schlägt den Kragen hoch und sagt: ‚Ich bin Soldat und habe zu gehorchen.‘“ Diese Charakteristik ist sicherlich nicht unzutreffend, erst recht nicht, wenn man bedenkt, daß sich Brauchitsch wider besseres Wissen so verhalten hat.

Der Verfall der militärischen Selbstachtung wird besonders deutlich, wenn man die Maßstäbe, an denen das Verhalten der obersten militärischen Führer gemessen werden muß, den lapidaren Feststellungen Becks entnimmt: „Was der Chef des Generalstabes lehrt, danach muß er auch handeln. Ein Zwiespalt zwischen Worten und Handeln wäre für ihn tödlich und von verderblicher Wirkung auf den Generalstab. Sieht er sich daher vor eine Lage gestellt, die nach gewissenhafter Prüfung subjektiv nur diesen Ausweg für ihn lassen würde — ganz einerlei, daß seine Auffassung objektiv falsch sein kann —, so muß er im Interesse des Generalstabes seinen Platz räumen. Zweifel an seiner Geradlinigkeit sind ausgeschlossen.“ Die Sätze spielen den klaren Geist und die klare Sprache des Generalstabes

wider, dessen Leitung nach Becks Rücktritt auf Halder übergang, der führend an der Vorbereitung von Staatsstreichplänen in Verbindung mit Männern des Auswärtigen Amtes vor Beginn des Krieges beteiligt war und der sich doch nicht durch das geistige Format seines Vorgängers auszeichnete. Er genoß hohe Achtung im Generalstab, aber es war auch nicht mehr als Achtung, die dem integren Manne und dem militärischen Fachmann entgegengebracht wurde.

Im Zusammenhang dieser Betrachtungen sollen nicht die Aktionen des militärischen Widerstandes bis zum 20. Juli beschrieben werden. Daß ein „Zwiespalt zwischen Worten und Handeln“ tödlich für den Chef des Generalstabes und „von verderblicher Wirkung auf den Generalstab“ selbst wäre, beschrieb eine Gesinnung, die sicherlich den von Beck vertretenen Prinzipien einer überlieferten Generalstabausbildung zugrunde lag, aber diese Maxime entsprach kaum noch der Situation, vor der sich der Generalstab in der wachsenden Auseinandersetzung mit Hitlers Kriegsführung gestellt sah. Beck selbst rückte in das Zentrum einer Verschwörung, die sich auf Mittel und Wege eines Widerstandes angewiesen sah, auf die ihn die Welt, in der er groß geworden war, nicht vorbereitet hatte. In der Literatur über den Widerstand ist oftmals die Neigung spürbar, Becks Verhalten durch gelegentlich besonders akzentuierte Hinweise auf seine Abstammung aus einer bürgerlichen rheinischen Familie zu erläutern. Er ist zutreffend beschrieben worden als „eine der seltenen Erscheinungen, in welchen sich die universale Bildung und europäische Weite des 18. Jahrhunderts mit den wesentlichen Prinzipien preußischer Tradition verband“. Unter Becks hessischen Vorfahren überwiegen die Offiziere, und nur sein Vater war ein Industrieller.

Das Bild des militärischen Widerstandes, dessen geistiges Haupt bis zur letzten Stunde Generaloberst Beck geblieben ist, wird erst vollständig, wenn man sich nicht nur seiner Verbindungen zur bürgerlichen Opposition, sondern auch zu den Führern der deutschen Arbeiterbewegung erinnert. Nicht nur die Mittwochsgesellschaft, auf der sich Gelehrte, Politiker und vor allem der ehemalige Chef des Generalstabes zu Vorträgen und Aussprachen trafen, war ein charakteristischer Treffpunkt der Gegner des Regimes, sondern auch die Fabrik, die der ehemalige Holzschnitzer und sozialdemokratische hessische Innenminister Wilhelm Leuschner nach Entlassung aus

der Haft gegründet hatte. Zu den Besuchern dieser Fabrik gehörte auch der ehemalige Chef des Generalstabs, der sich hinter einer dunklen Brille zu tarnen suchte. Ein anderer Treffpunkt der Verschwörung war die Schöneberger Kohlenhandlung, in die Julius Leber nach jahrelanger qualvoller Haft als Mitinhaber eingetreten war. Namen können in dieser Betrachtung gleichsam nur stellvertretende Bedeutung haben. Leber gehört wohl zu den militantesten Demokraten der Weimarer Republik, der die innere Auseinandersetzung mit den Gründen ihres Scheiterns am konsequentesten und am leidenschaftlichsten durchgeführt hatte. Seine Begegnung und innere Übereinstimmung mit Graf Stauffenberg, auf die noch zurückzukommen sein wird, haben im Rahmen des deutschen Widerstandes einen geradezu symbolischen Sinn. Wesentlicher noch als die Verzweiflung der „Zivilisten“ über das Zaudern und über die Unentschlossenheit der Generäle war die Tatsache, daß Repräsentanten der deutschen Arbeiterbewegung wie der Armee zueinander fanden und das Erlebnis hatten, in einer gemeinsamen Front zu stehen. Indem sie eine „Tatgemeinschaft“ bildeten, holten sie gewissermaßen — wenn auch in noch so kleinen Kreisen — eine Verständigung nach, die in der Republik von Weimar aus Gründen, die nicht nur auf der einen Seite zu suchen sind, nicht zustande gekommen war. Am Anfang solcher Begegnungen standen wieder praktische Erwägungen. Nachdem manche Arbeiterführer am Anfang des Krieges noch geglaubt haben mochten, daß ein Volksaufstand das Regime stürzen könne, erkannten sie sehr rasch, daß der Umsturz nur von denen durchgeführt werden könnte, die über einen militärischen Befehlsapparat verfügten. In der praktischen Zusammenarbeit, die der Vorbereitung des Umsturzes diente, stellte sich — bei allen Unterscheidungen — eine Gemeinsamkeit der sittlichen Überzeugungen heraus. Diese Gemeinsamkeit der moralischen Übereinstimmung bildet den Kern des gesamten deutschen Widerstandes und kann auch nicht verdunkelt werden durch noch so heftige Auseinandersetzungen über die künftige Gestaltung des deutschen Reiches. Wenn man sich zu ausführlich mit solchen Meinungsverschiedenheiten, um deren Klärung sich eine kritische Forschung selbstverständlich bemühen muß, beschäftigt, gewinnt man ein verzerrtes Bild vom deutschen Widerstand

In einem bestimmten Teil der Literatur der Weimarer Republik hat oftmals die Formel „Preußentum und Sozialismus“ eine Rolle ge-

spielt, die im Grunde inhaltslos geblieben ist. Es soll nicht etwa eine neue Stilisierung dieses Begriffspaars versucht werden, sondern es soll einfach zum Ausdruck gebracht werden, daß sich in der Verschwörung Menschen zusammenfanden, die sowohl der Arbeiterbewegung als auch einer militärisch-aristokratischen Tradition entstammten.

Bevor Umfang und Inhalt dieser politisch-sittlichen Gemeinschaft, die letztlich tief in christlichen Glaubensüberzeugungen wurzelte, abschließend noch etwas näher beschrieben wird, muß der Weg angedeutet werden, den jüngere Generalstabsoffiziere zurückgelegt haben, um sich an die Spitze des Widerstandes zu setzen oder um der Motor zu werden, der die entscheidende Tat vorbereitete und auslöste. Damit soll aber nicht ein allzu einfacher Gegensatz zwischen älterer und jüngerer Generation behauptet werden.

Der Name des Grafen Stauffenberg ist schon gefallen, und ein Gedenken des 20. Juli lenkt den Blick der Nachwelt immer wieder auf diese Gestalt von hoher Begabung, leidenschaftlichem Temperament und kühnem Willen. Er war der Mittelpunkt seiner Kameraden und wurde von seinen Vorgesetzten respektiert. Jene Generalstabsoffiziere, die seiner Generation angehörten und mit ihm im OKH zusammenarbeiteten, waren nach mannigfachen Bekenntnissen bereit, sich ihm unterzuordnen. Er war ein passionierter Soldat und pflegte die militärischen Umgangsformen doch nur in sehr lässiger Weise. Nachdem das Attentat gescheitert war, bemerkte der Chef des Stabes eines in Rußland kämpfenden Panzerkorps, der ehemalige Chef der Organisationsabteilung — es handelt sich um den jetzigen Generalleutnant Müller-Hillebrand — zu einem Reserveoffizier, Stauffenberg sei der unvergleichliche und bemerkenswerteste Mensch und Offizier, der ihm je in seinem Leben begegnet sei. Eine solche Äußerung zu jenem Zeitpunkt nach dem Scheitern des Attentats, als sich in Deutschland der Schrecken und die Furcht noch mehr steigerten, war der Ausdruck einer tapferen Gesinnung. Er sprach die Meinung aus, die sehr viele Offiziere des OKH über Graf Stauffenberg hegten. Gewiß kann einem solchen Manne nur mit Vorsicht repräsentative Bedeutung für seine Umgebung zugeschrieben werden, aber die Stationen, die ihn zum aktiven Widerstand führten, sind gleichwohl charakteristisch. Es mag biographisch sicherlich interessant sein, die Frage zu klären, ob Stauffenberg am Tage der Machtergreifung, am 30. Januar 1933, als

Offizier des Bamberger Reiterregiments an der Spitze eines begeisterten Demonstrationstrupps marschiert sei. Es ist manches Einleuchtende gegen diese Form der mündlichen Überlieferung eingewendet worden. Belangvoller ist indessen die Frage, wie Stauffenberg, dessen Stellung zum Nationalsozialismus sicherlich anfänglich zwischen Neutralität, Ablehnung bestimmter Erscheinungsformen und sachlicher Anerkennung errungener Erfolge schwankte, zum aktiven Gegner geworden ist. Es besteht kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß der 1907 geborene Soldat und Generalstabsoffizier an der Freude über die militärischen Leistungen und Erfolge der ersten Feldzüge seinen selbstverständlichen Anteil hatte. Die Offiziere dieser Schicht, aus denen Stauffenberg so herausragte, haben — ohne die nationalsozialistische Weltanschauung zu bejahen und ohne in ihrer verhältnismäßigen Abgeschlossenheit die Wirklichkeit des totalen Staates zu kennen — mit Hingabe und Leidenschaft an der Erringung eines deutschen Sieges gearbeitet, den Beck für unerreichbar hielt. Über das konkrete Erlebnis der Kriegsführung Hitlers gelangten sie allmählich zum Anschluß an den Widerstand, der sich lange vor ihrem Auftreten gruppiert hatte und an dessen Spitze Beck stand, dessen Schule sie sich verpflichtet fühlten. Dem Verständnis dieser Widerstandskämpfer aus an Gehorsam gebundener militärischer Tradition dient es nicht, wenn man ihren Kampf von vornherein aus grundsätzlichen Erwägungen, Überzeugungen und Prinzipien ableiten wollte. Sie hatten auf ihrem Sektor erst ihre besonderen Erfahrungen zu machen, bis sie zu einer Einsicht gelangten, die sie innerlich in die Reihe des politischen Widerstandes einordnete und bis sie die religiös sittliche Entscheidung gegen den totalen Staat fällten.

Daß der Generalstab des Heeres nicht so führen konnte, wie es die Kriegslage erforderte, stand ohne Zweifel am Anfang der soeben angedeuteten Erfahrungen. Die unklare und bewußt ungeordnet gebliebene Spitzengliederung der Wehrmacht trug ebenfalls nicht unerheblich dazu bei, die Kluft zwischen dem Generalstab des Heeres und dem Führerhauptquartier zu vertiefen. Es liegt mir daran, diese formalen organisatorischen Schwierigkeiten — die sich allerdings tief in der Kriegsführung auswirkten — hervorzuheben, um die immer wieder auftretende Spannung zwischen OKH und OKW deutlich zu machen. Diese Spannung war geeignet, geradezu einen Konflikt vorzubereiten. Es sollte immer wieder

betont werden, daß der grundsätzlichen Opposition praktische Einsichten in die Unzulänglichkeiten einer Gesamtführung vorausgingen. Dazu gehörte auch die Erfahrung, wie die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten behandelt wurde. Im Vordergrund stand zunächst die Besorgnis, daß eine Ausbeutung oder gar eine Mißhandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten nicht den Bedürfnissen der militärischen Führung entsprachen. Die Sorge um die Nachschubwege und um die Befriedung der rückwärtigen Heeresgebiete wie des Operationsgebietes stand sicherlich im Mittelpunkt der Sorgen und Überlegungen des Generalquartiermeisters, der für diese Dinge verantwortlich war. Das sollte so deutlich ausgesprochen werden, gerade um die Entfaltung und Ausbreitung des Widerstandes auf dem militärischen Sektor verständlich zu machen. Und doch waren von Anfang an auch ganz andere Motive wirkungsvoll. Es war nicht nur etwa militärisches Sachdenken, das seit Beginn des Krieges immer wieder zu Auseinandersetzungen mit den sogenannten „Führeranweisungen“ geführt hat. Es bestand von Anfang an auch das Gefühl der Verantwortung für die Bevölkerung in den eroberten Gebieten. Daß man sich in den schriftlichen Eingaben, in den unermüdlichen Auseinandersetzungen mit den Stellen des Führerhauptquartiers über die Behandlung der Zivilbevölkerung nicht sogenannter humanitärer Motive bediente, sondern sich vor allem auf die Kriegsnotwendigkeiten und auf die Interessen der Kriegsführung berief, das ist selbstverständlich. Solche Schriftstücke dürfen deshalb ebensowenig „zu wörtlich“ gelesen werden wie etwa bestimmte Teile der Korrespondenz des Auswärtigen Amtes. Ganz deutlich wird das etwa an der Form des Einspruchs des Generalquartiermeisters gegen die Judenerschießungen. Er konnte sich selbstverständlich — wollte er im Amt bleiben und von der aktiven Vorbereitung eines Umsturzes nicht ausgeschaltet werden — nicht auf ewiges Menschenrecht berufen, sondern mußte vielmehr im Rahmen seines Ressorts auf die Notwendigkeit hinweisen, daß die Arbeitskraft der Bevölkerung erhalten bleibe und daß eine Ausrottung der jüdischen Bevölkerung die Versorgung der Truppe mit Winterkleidung ernstlich gefährde. Solche Begründung klingt nachträglich sehr „opportunistisch“ oder „realpolitisch“, aber unter dem Druck des Augenblicks und in der Not der Situation war überhaupt kein anderes Argumentieren möglich. Der Generalquartiermeister, General Wagner, der seit langem an der Vorbereitung der Ver-

schwörung führenden Anteil hatte, war auf die Anwendung solcher Mittel angewiesen. In seiner Persönlichkeit kommt das besondere Dilemma des Generalstabs zum Ausdruck. Er hatte wie kein anderer im Oberkommando genaue Kenntnis von den Greueln, die täglich und auf höchste Weisung hin in den besetzten Gebieten verübt wurden. Ihm unterstand die Abteilung Kriegsverwaltung, dessen Chef Schmidt von Altenstadt eng mit Stauffenberg im Generalstab zusammenarbeitete. Diese Abteilung bekam nicht nur durch die SD-Berichte, sondern auf mannigfachen Wegen sehr genaue Nachrichten über die Praxis der deutschen Besetzung. Während die Operationsabteilung ihre Arbeit der Vorbereitung und der Führung der Operationen widmete, hatte der Generalquartiermeister den Verkehr mit den zivilen Reichsstellen aufrechtzuerhalten und bekam auf diese Weise mehr als andere Abteilungen des Generalstabs eine umfassende Kenntnis von der Politik der Ausrottung in den besetzten Gebieten. Das innere Dilemma des Generalquartiermeisters wird erst recht deutlich, wenn man die damals von nur sehr wenigen Mitarbeitern erkannte Doppelaufgabe seines Tuns bedenkt. Er arbeitete hingebungsvoll an der Versorgung der Ostfront, deren Durchführung vor diesem Kriege von kaum einem Offizier mit normaler Kriegsakademieausbildung hätte vorausgeahnt werden können. Und er stellte zugleich seinen Apparat mit mannigfachen Beziehungen der Vorbereitung des Umsturzes, den ein Mann wie Wagner aus fachlichen und patriotischen Gründen für unvermeidlich hielt, zur Verfügung. Ein Mann wie Professor Jessen, der so maßgeblich an der künftigen Gestaltung eines vom Nationalsozialismus gereinigten Deutschlands arbeitete, hätte überhaupt nicht die Möglichkeit zum geheimen Wirken erhalten, wenn ihm nicht vom Generalquartiermeister die Leitung der Passierscheinhauptstelle übertragen worden wäre. Ihre Bedeutung lag darin, Reisen der Verschwörer in die besetzten Gebiete zu ermöglichen.

Wir stoßen vor in den Bereich der prinzipiellen Erwägungen, in dem sich die militärischen Verschwörer mit der zivilen Opposition schließlich begegnen sollten, wenn wir an die Reaktion des Generalquartiermeisters auf das Wirken der SS im damaligen Generalgouvernement erinnern. Und es bezieht sich bereits auf eine künftige Auseinandersetzung mit der SS, wenn sich der Schreiber dieser Zeilen eines Befehls an einen Reserveoffizier erinnert, nicht nur alle Übergriffe der SS-Ver-

bände auf den Kompetenzbereich des Heeres, sondern auch alle bekanntgewordenen Greueln der SS sorgfältig zu registrieren. Dieser Befehl erinnert an die Anordnung Graf Stauffenbergs im Jahre 1941, die Berichterstattung über die Zusammenstöße zwischen Heer und SS nicht zu vernachlässigen. Hitler war durchaus im Recht, von einem „Geist in Zossen“ zu sprechen, der der nationalsozialistischen Weltanschauung und Führung so entgegengesetzt war. Die Männer des Generalstabs — soweit sie an diesem noch in der Vorbereitung befindlichen Widerstand überhaupt beteiligt waren — konnten in ihrer Situation der Sympathie und auch des Schutzes des Chefs des Generalstabs durchaus sicher sein, aber sie spürten doch den Mangel einer mitreißenden Kraft durch den von allen geachteten Generaloberst Halder. Der Chef des Generalstabs mochte sich wohl auf die resignierende Feststellung beschränken, daß es noch so weit kommen werde, daß der Chef des Reichssicherheitshauptamtes oder der Reichsführer der SS den Oberbefehlshaber des Heeres in Gewahrsam nehmen werde.

An dieser Stelle darf allerdings nicht unterschlagen werden, daß die sogenannten Vereinbarungen des Oberkommandos des Heeres mit Himmler in der Vorbereitung des Rußlandfeldzuges nicht unerheblich zu einer Selbsttäuschung des Heeres beigetragen haben. Danach sollte nämlich die SS — sinngemäß — besondere Aufgaben in eigener Verantwortlichkeit durchführen. Diese besonderen Aufgaben waren ein Teil der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik, und es ist bezeichnend, daß nur ein Feldmarschall im Verlauf des Rußlandfeldzuges, Feldmarschall von Bock, als Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe gegen die Konsequenzen dieses Befehls protestierte, indem er die Unteilbarkeit seiner Verantwortung im Felde feststellte, die von niemandem geschmälert werden könne. Zu den Selbsttäuschungen gehörte auch die Hinnahme des berüchtigten Kommissarbefehls, gegen den die Abteilung Rechtswesen im OKH schwere Bedenken erhoben hatte. Es gehört allerdings auch zur Form des Widerstandes, wenn dieser Befehl nicht ohne Kommentar oder von anderen hohen Dienststellen überhaupt nicht weitergegeben wurde. Daß man sich bei seiner Erläuterung durch das OKH auf die Gefährdung der Disziplin in der Truppe berief, ist wieder selbstverständlich, wenn man daran denkt, etwas erreichen zu wollen.

Als sich das Oberkommando des Heeres — das heißt genauer eine Elite von Offizieren in

diesem Oberkommando — gegen Eingriffe in die vollziehende Gewalt wehrte und als es gegen Mißhandlungen der Zivilbevölkerung durch die SS protestierte, hat es sich bei solchen Protesten allerdings nicht nur um eine Wahrnehmung sogenannter militärischer Belange gehandelt. Es kam — wenn auch nur bei einzelnen Offizieren — eine Gesinnung zum Durchbruch, die vollkommen frei von den Fesseln taktischer Überlegungen war oder sogar frei wurde von den Bindungen an einen sich grundsätzlich von selbst verstehenden militärischen Gehorsam. Am radikalsten hat dem Abscheu über die nationalsozialistische Barbarei der spätere Chef der Organisationsabteilung, Generalmajor Helmuth Stieff, während des Polenfeldzuges in einem Brief an seine Frau Ausdruck gegeben, in dem er schrieb: „Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.“ Noch bezeichnender wirkt solche Gesinnung, wenn sie bei einem unbekannt gebliebenen Generalstabsanwärter und hoch dekorierten Frontoffizier beobachtet werden konnte, als er nämlich auf einem der Rückzüge in Rußland seine Empörung — ohne Furcht vor Denunziation — darüber äußerte, daß „wir räuberisch in dieses Land eingebrochen seien“.

Stauffenberg wurde noch tiefer mit der Fragwürdigkeit des angeblichen Kreuzzuges gegen das bolschewistische Rußland vertraut, als die nicht vorausgesehene Aufgabe der sogenannten „landeseigenen Verbände“ so groß wurde, daß sie nicht mehr allein vom Generalquartiermeister, sondern von der Organisationsabteilung und von der Operationsabteilung bearbeitet wurde. Die Aufstellung und der Einsatz solcher Verbände, die lange Zeit gegen den Willen Hitlers in einem zähen Kleinkampf durchgesetzt werden mußten, wurden eine Herzensangelegenheit Stauffenbergs und seiner Gesinnungsfreunde. Dieser Kampf gegen die Weisungen des OKW, in dem Becks denkwürdige Sätze über die notwendige Übereinstimmung von „Worten und Handeln“ längst überholt waren, gehört zu den erregenden Kapiteln in der Geschichte des Generalstabs während des Rußlandfeldzuges. Indem die Chancen, die solche Verbände der deutschen Kriegführung im Osten boten, hervorgehoben werden, soll nicht etwa eine neue Legende gefördert werden, als ob dieser Krieg von dem isolierten Deutschen Reich je hätte gewonnen werden können. Daß aber Menschen aus den Kriegsgefangenenlagern und aus den verschiedenen Nationalitäten bereit waren, gegen eine Diktatur zu kämpfen — ohne indes zu jenem

Zeitpunkt zu begreifen, daß sie einer neuen Fremdherrschaft ausgeliefert wurden —, gehört zu dem bewegenden Erlebnis Stauffenbergs und seiner Freunde, das ihren Horizont über den Bereich des rein Militärischen hinaus bedeutend erweiterte. Es wäre indes vollkommen falsch, wollte man — wozu in einem allerdings nur geringen Teil der Literatur über den Widerstand eine Neigung spürbar ist — von solchen „Osterfahrten“ her auf eine Sympathie mit einer sogenannten „Ostlösung“, das heißt auf den Wunsch nach einer Anlehnung an die Sowjetunion schließen. Im Gegenteil — das Erlebnis der Freiheitssehnsucht unterdrückter Völker hat dem eigenen Freiheitsgedanken Leben und Tiefe gegeben. Und die Gespräche mit Julius Leber oder die Verbindungen mit Mitgliedern des Kreisauer Kreises haben diese Freiheitsidee mit politischem Inhalt erfüllt. Es bleibt aber wichtig, daß Stauffenberg bereits vor solchen Begegnungen und vor seinem Einrücken in das Zentrum der Opposition, als er noch auf seinem Posten in der Organisationsabteilung um eine Stärkung der Ostfront rang, seine Bereitschaft zum Attentat bekannte. Als sich das Hauptquartier im Herbst 1942 noch in Winniza befand und als im kleinen Kreise von Offizieren, die mit „Widerstand“ gar nichts zu tun hatten, einer von ihnen meinte, dem Führer müsse doch endlich „die Wahrheit“ gesagt werden, antwortete Stauffenberg spontan: „Es kommt nicht darauf an, ihm die Wahrheit zu sagen, sondern es kommt darauf an, ihn umzubringen, und ich bin dazu bereit.“ Gerade weil diese Äußerung zu jenem Zeitpunkt ohne Verbindung mit dem ja bereits ausgedehnten Netz des Widerstandes gefallen war, erscheint sie besonders aufschlußreich — und zwar selbstverständlich vor allem für Stauffenberg, aber auch für den kleinen Kreis, in dem er so sprechen konnte.

Es sollte versucht werden, das Wachstum, die innere Entwicklung des Widerstandsgedankens im militärischen Bereiche darzustellen. Diese Darstellung soll nicht dadurch vervollständigt und abgeschlossen werden, indem der Weg bis zum Attentat und seinem Scheitern beschrieben wird. Dieses Scheitern gehört zum deutschen Verhängnis in der Epoche des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Der militärische Widerstand erreichte erst dann seinen Höhepunkt und auch seine innere Vollendung, als die Männer des Widerstandes auch ohne Aussicht auf sogenannten Erfolg — den sie leidenschaftlich erzielen wollten — zum Opfer bereit waren. Henning

von Tresckow, der in der Heeresgruppe Mitte die Durchführung eines Attentats vorzubereiten versucht hatte, gab dem Opfergedanken, der die gesamte deutsche Opposition erfüllte, reinen Ausdruck, als er, nur noch gehalten durch die christliche Glaubensgewißheit, sagte: „Wenn einst Gott Abraham verheißen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht verderben wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessushemd angezogen. Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine

Überzeugung sein Leben hinzugeben.“ Die militärischen Widerstandskämpfer gegen Hitler haben die echte soldatische Tradition, die von sittlich verantwortungsbewußten und von denkenden Soldaten getragen und fortgesetzt wird, nicht zerstört, sondern wiederhergestellt. Sie haben nicht etwa in „Frontfremdheit“ oder gar im Gegensatz zur Front, wo in einem mißbrauchten Idealismus gelitten und gestorben wurde, gehandelt, sondern sie haben vielmehr die Tat und den Umsturz in tiefer Verbundenheit mit der aussichtslos kämpfenden Front und im Mitgefühl mit dem eigenen Volke und aus sittlichem Verantwortungsbewußtsein vorbereitet.

## Offiziere mit politischem Verantwortungsbewußtsein

Die deutsche Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus erschöpft sich nicht in der Tat des 20. Juli 1944 und seiner Vorgeschichte. Aber er ist insofern das wichtigste Ereignis in dieser geschichtlichen Entwicklung, als die Tat dieses Tages den am weitesten fortgeschrittenen Versuch darstellt, den unheilvoll abrollenden deutschen Dingen eine Wendung zum Besseren zu geben, und weil diese Tat der Welt erst offenkundig machte, daß es eine Widerstandsbewegung von einem Ausmaß gab, das es ihr erlaubte, eben diesen Versuch einer Beseitigung des verhängnisvollen Mannes und einer Übernahme der Macht mit Aussicht auf Erfolg zu wagen.

Dieses Ergebnis läßt an effektiver Wirkung alles andere weit im Schatten, insbesondere auch den angeblich breiten antifaschistischen Klassenkampf unter Führung der KPD, den die manipulierte Geschichtsschreibung von jenseits der Mauer gern in das deutsche Geschichtsbewußtsein hineinschmuggeln möchte. Zugegeben: das unsichere Regime könnte diese geschichtliche Legitimation politisch sehr gut gebrauchen, aber wir können sie ihm leider aus wissenschaftlichen Gründen nicht zugestehen. Daß es kommunistischen Widerstand gegeben hat und daß zahllose Mitglieder der KPD unter dem Naziterror besonders zu leiden hatten, wird niemand bestreiten wollen. Zu behaupten, die deutsche Widerstandsbewegung gegen Hitler habe unter der Führung des ZK der KPD gestanden, ist eine jener Geschichtslügen, wie sie im Osten auf Befehl der Partei geradezu in Serie produziert werden.

Ein Angriff auf das Regime durch einen allgemeinen Volksaufstand, wie ihn die Führung der KPD in zahllosen Aufrufen an das Volk und — nach Kriegsbeginn — an die deutsche Armee propagierte, war deshalb illusorisch, weil die entscheidende Voraussetzung nicht gegeben war: das Volk, gerade auch große Teile der sogenannten Werktätigen wollten eben gar nicht revoltieren. Das Beispiel einer Beseitigung eines totalitären Regimes durch allgemeinen Volksaufstand sollte sich — welche Ironie des Schicksals! — dann ausgerechnet im kommunistischen Machtbereich ereignen.

Was die inneren Verhältnisse im NS-Deutschland anbetraf, so war von vorneherein klar, daß dem totalitären Regime nur durch den bewaffneten Arm des Staates, durch die Wehrmacht, beizukommen war. Es ist infolgedessen ganz natürlich, daß den Offizieren, die sich für den Plan einer Beseitigung des Regimes durch die Wehrmacht gewinnen ließen, die besondere Aufmerksamkeit des Historikers gelten muß.

Daß es diesen Offizieren an nationalsozialistischer Überzeugung mangelte, ist durchaus richtig. Viele von ihnen, darunter auch Stauffenberg selbst, hatten sich zwar ursprünglich in ihrem jugendlichen Idealismus von manchen Ideen ansprechen lassen. Je mehr sie aber erkennen mußten, daß die angeblich hohen Ideale nur die ideologische Verhüllung für Machtrausch, Willkür und schließlich Unmenschlichkeit darstellten, desto stärker wandten sie sich von dem System ab bis zu dem entscheidenden Entschluß, Deutschland von ihm zu befreien, um es zu retten.

Dazu kommt ein weiteres, was für diese Offiziere charakteristisch ist und was sich dem Historiker als Erkenntnis aufdrängt, wenn er ihre Biographien studiert: sie waren keine einseitig militärisch orientierten Männer, sie waren keine „Militärköpfe“; sie waren keine „Nur-Soldaten“, sondern „denkende Soldaten“, um eine Unterscheidung des Generals Speidel hier anzuwenden. Die meisten von ihnen verfügten über eine allgemeine Bildung, die es ihnen gestattete, die ideologischen Schranken des totalitären Systems mit ihrem Gedankenflug leicht zu überspringen. Viele von ihnen — und das unterschied sie grundlegend von ihrem „obersten Kriegsherrn“ — kannten das Ausland und sprachen fremde Sprachen. Sie verfügten infolgedessen über die Voraussetzungen, um sich auch im hermetisch abgeschlossenen Dritten Reich einen gewissen Überblick über die Gesamtlage zu verschaffen, und diese Gesamtlage sah, je mehr der Krieg in die Jahre kam, desto schlimmer, düsterer und schließlich hoffnungslos aus. Und sie waren schließlich, und hier ist wohl der tiefste geistige Grund ihres Handelns zu suchen, ethisch, zum großen Teil religiös fundierte Persönlichkeiten.

Dies letztere insbesondere bedeutet, daß der entscheidende Antrieb ihres Handelns keineswegs nur, bei manchen von ihnen nicht einmal vorwiegend, im Militärischen lag, sondern im Politischen und im Menschlichen, das heißt, sie lehnten nicht nur den Krieg ab, der nicht mehr zu gewinnen war, sondern auch das System, das diesen Krieg hervorgebracht hatte, ja sie hätten nicht einmal mehr wünschen können, daß dieses System den Krieg gewinnen würde. Nun, was dieses Herrschaftssystem war, zu was es sich immer stärker entwickelt hatte, das kann hier natürlich nicht im einzelnen dargestellt werden. Aus der vorliegenden Dokumentation geht ziemlich deutlich hervor, was den Verschwörern, Offizieren wie Zivilisten, dieses System so verabscheuungswürdig machte: die Negation jeglicher politischen und geistigen Freiheit, die faktische Rechtlosigkeit des Bürgers, der zum reinen Untertan geworden war, die Willkür einer schrankenlosen und unberechenbaren Gewaltherrschaft, das Fehlen jeglicher Rechtsgarantien. Aber es ging nicht nur um das System im Innern. Immer stärker machte sich ein anderer Aspekt als entscheidendes Motiv bemerkbar: die Isolierung Deutschlands in der europäisch-abendländischen Völkergemeinschaft, die Schändung des deutschen Namens durch die barbarische Besatzungspolitik und — besonders im Osten — auch Kriegführung. Es ist typisch für das Denken von Offizieren wie Tresckow und Stauffenberg, daß der eine sich gegen die widerrechtlichen Führerbefehle im Rußlandfeldzug empörte und der andere die Behandlung der Fremdarbeiter in einer schriftlichen Eingabe aufs schärfste kritisierte und als Herausforderung des Ostens bezeichnete. Sie waren durchaus einverstanden mit den Mitgliedern der Studentengruppe „Weiße Rose“, die in einem ihrer Flugblätter fragten: „Ist es nicht eine Tatsache, daß heute jeder anständige Deutsche sich seiner Regierung schämt?“ Nur daß sie eben wußten, wie wenig Deutsche in dem Gefängnis, das das NS-Deutschland darstellte, noch über die notwendigen Einsichten verfügten, um die Verworfenheit des herrschenden Regimes zu erkennen.

Der Dichter Ernst Jünger, der im Stab des Militärbefehlshabers in Frankreich einen guten Beobachtungsposten hatte, schrieb im Frühjahr 1944 über führende Offiziere und Zivilisten der Verschwörung in sein Tagebuch, man erkenne, „daß die moralische Substanz zum Zuge drängt, nicht die politische“. Es handelte sich nicht um politisierende

Offiziere im Sinne des anderswo üblichen Pronunziamiento; sie waren weder ehrgeizig im politischen Sinne, noch erstrebten sie politische Machtpositionen. Sie waren aber auch nicht Anarchisten oder Desperados, so verzweifelt der Schritt des 20. Juli 1944 angesichts der hoffnungslosen Lage des Reiches schließlich auch anmuten muß. Sie wollten nicht einfach den verhaßten Diktator beseitigen und die Dinge dann treiben lassen. Es zeugt für ihr politisches und nationales Verantwortungsgefühl, daß sie, soweit menschenmöglich, alle Vorbereitungen trafen, um nach einer Beseitigung Hitlers und der Herrschaft von Partei und SS sowohl die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung wie die Erhaltung der Schlagkraft der Front — soweit von einer solchen noch gesprochen werden konnte — zu garantieren.

Es ging also nicht einfach um die immer zweifelhafte Einnischung der Militärs in die Politik. Die Frage, vor die sich die Offiziere gestellt sahen, war vielmehr die: ob es erlaubt oder nicht vielleicht gar sittlich gefordert war, gegen eine nach innen wie nach außen verbrecherische politische Führung einzuschreiten. Jede rein formalistische Betrachtung und Beurteilung der Tat vom 20. Juli 1944 im Sinne des unbedingten Primats der politischen über die militärische Gewalt führt deswegen in die Irre, weil es ja nicht darum ging, ein verfassungsmäßiges und rechtsstaatliches Regime durch eine Militärdiktatur zu ersetzen, sondern ganz im Gegenteil, ein Unrechtsregime zu beseitigen, dessen eigentliche „Verfassungsgrundlage“ der dauernde zivile Ausnahmezustand war, und es durch eine Ordnung zu ersetzen, die Rechtssicherheit und Menschenrechte wiederherstellte. Mit einem Wort, es galt 1933 rückgängig zu machen, das heißt „Reichstagsbrand-Verordnung“ und „Ermächtigungsgesetz“, das heißt die Machtergreifung durch die Nazis. Hatte diese Machtergreifung Menschen- und Bürgerrechte außer Kraft gesetzt und mit ihnen auch die zentrale Idee des Rechtsstaates, nämlich den auf die Habeas-Corpus-Akte zurückgehenden Schutz vor willkürlicher Verhaftung und das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren, so ging es den Verschwörern gerade darum, diese unabdingbaren Grundlagen einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung wiederherzustellen. Insofern gehört der 20. Juli 1944 in die Geschichte des vielhundertjährigen Ringens um Freiheit und Menschenrechte, in dem wir doch wohl den eigentlichen Sinn der Geschichte



unserer europäisch-atlantischen Welt zu sehen haben.

Der Offizier, der innerhalb der Widerstandsbewegung wie kein anderer die denkerische Bewältigung dieser Problematik unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Politik und Kriegführung versucht hat, ist Generaloberst Ludwig Beck gewesen. Mindestens so bewundernswürdig wie die Konsequenz seines Denkens ist es indessen, wie er die Gedanken in die Tat umzusetzen versuchte und, als er dabei keinen Erfolg bei den anderen Heerführern erzielte, für sich selbst die praktische Konsequenz zog: er trat von seinem hohen Posten im Jahre 1938 zurück, weil er nicht der Generalstabschef des Aggressors Hitler sein wollte. Welcher grundlegende Unterschied etwa zu der Haltung eines Admirals Raeder, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, der sein aus reinen Ressortgründen eingereichtes Rücktrittsgesuch sofort zurückzog, als der Krieg begann, obschon Hitler mit dieser Entfesselung des Krieges seine ausdrücklich gegebene Zusage, es werde nie zu einem Konflikt mit England kommen, gebrochen hatte. Der „Nur-Soldat“ Raeder sah nur die persönliche Ehre und die militärische Pflicht im Spiel, wo andere erkannten, daß es um die Ehre der Nation, ja um den Bestand der Nation gehen würde. Typisch für Raeders Denken, daß er der unfertigen Marine die Aufgabe stellte, „kämpfend und in Ehren unterzugehen“, wie er sich wörtlich ausdrückte. Aber auch in der Kriegsmarine gab es Männer, die zu analogen Schlüssen gelangten wie Beck; bezeichnenderweise standen sie an den wichtigsten Posten der Seekriegsleitung, die in etwa dem Generalstab des Heeres entsprach.

Nur scheinbar stellten diese Offiziere den Vorrang der politischen Führung vor der militärischen in Frage, wenn sie es als Aufgabe des Soldaten dem Politiker gegenüber bezeichneten (wir zitieren aus einer Lagebeurteilung des ersten Operationsoffiziers der Seekriegsleitung vom Sommer 1938), „der politischen Führung die militärische Beurteilung auch der ungünstigen Lage darzulegen, damit die politische Führung die Größe ihrer Aufgabe kennt und ihre Entschlüsse nicht auf unvollständige Unterrichtung aufbaut“. Das war genau im Sinne Becks gedacht. Dieser bekannte sich ausdrücklich zur Auffassung von Clausewitz, indem er Ludendorffs These vom Vorrang der militärischen Führung im Kriege ablehnte. Einen Monat nach seiner Entlassung schrieb er die Sätze nieder: „Der politische

Zweck des Krieges muß klar liegen, und er muß auch den letzten Akt jedes Krieges, die Gewinnung des Friedens, in das Kalkül einbeziehen... Dieses endliche Ziel des ganzen kriegerischen Aktes ist das wichtigste und erste, wonach der Stratege fragen muß.“ Das ist echter Clausewitz. Aber Beck schrieb diese Worte in dem klaren Bewußtsein nieder, daß Hitler in allen Punkten gegen sie verstieß: weder hatte er ein klares politisches Ziel, noch machte er sich Gedanken darüber, wie ein Frieden wiederherzustellen sein werde, wenn der Krieg einmal begonnen war. Die Maßlosigkeit, die Ziellosigkeit und die Grenzenlosigkeit des nationalsozialistischen Machtstrebens führten den Generalstabschef zu der klaren Erkenntnis, daß diesem verhängnisvollen Streben Halt geboten werden mußte, solange noch Zeit war, notfalls durch einen „Generalstreik der Generale“. Dieser für einen „Nur-Soldaten“ unfassbare Gedanke — und die Wehrmachtführung bestand zum großen Teil aus „Nur-Soldaten“ — war aber nichts weiter als die logische Folge eines mindestens so unfassbaren Vorganges, den die meisten Generale nur noch nicht klar genug erkannt hatten: daß das auf seine moralische Festigkeit so stolze Heer aus der preußischen Tradition durch einen unbedingten Eid zum willenlosen Werkzeug in der Hand eines verantwortungslosen Verbrechers geworden war.

Diesen Tatbestand hatte Beck im Auge, als er, auf Kants Schrift „Vom ewigen Frieden“ Bezug nehmend, forderte, „daß der Leiter der Politik ein moralischer Mensch sein müsse...“ Weil er erkannte, daß dem in Deutschland nicht so war, wurde er dazu gedrängt, als Soldat, aber auch als Staatsbürger in hoher militärischer Stellung, die politischen und moralischen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, die er in den Verlautbarungen Hitlers vergeblich suchte. Nicht um den Vorrang der Politik vor der Kriegführung in Zweifel zu ziehen, nicht um die Militärgewalt über die Zivilgewalt zu stellen, revoltierte Beck, zuerst legal, soweit dies unter den Bedingungen des totalen Staates möglich war, und dann illegal, sondern um einer maßlosen, abenteuerlichen und verbrecherischen Kriegsplanung und schließlich Kriegführung Einhalt zu gebieten — und zwar im Namen politischer und moralischer Prinzipien. Deswegen wurde der Generalstabschef des deutschen Heeres zum Haupt einer Verschwörung, die das herrschende System zu beseitigen trachtete.

Solche Gedankengänge, solche Pläne waren ohne Beispiel in der deutschen Geschichte, wie die Verhältnisse es waren, auf die sich diese Gedanken und Pläne von so radikaler Konsequenz bezogen. Alle überlieferten Begriffe und Vorstellungen der preußisch-deutschen Tradition, ja des militärischen Lebens und Denkens überhaupt gerieten ins Wanken. Was konnte ein Eid noch gelten, nachdem man erkannt hatte, daß er an einen verantwortungslosen Abenteuerer band? Was konnte Treue und unbedingte Gefolgschaft noch heißen, wenn der „oberste Kriegsherr“ offensichtlich die Interessen einer Partei oder einer Clique oder eines einzigen machtbesessenen Menschen vertrat und die wahren Interessen der Nation mit Füßen trat? Wenn die Interessen von Volk und Staat mit dem Verhalten Hitlers und seiner Partei nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen waren, konnte dann ein Eid an diese Person noch binden? War dann nicht Entmachtung dieses für Volk und Staat so verhängnisvollen Mannes und seines Systems Pflicht eines jeden wahren Patrioten? Wurde dann nicht Hochverrat gegen das System zur Treue gegenüber der Nation?

Die Diskussionen, Polemiken und Prozesse, die sich nach 1945 um die Klärung der Probleme von Eid und Treue, von Hochverrat und Landesverrat, von Gehorsamspflicht und Widerstandsrecht drehten, führten im Grunde nur ein Gespräch weiter, das innerhalb der Widerstandsbewegung selbst immer wieder entfacht und mit großem Ernst, ja mit Leidenschaft geführt worden ist. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage der Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit des Tyrannenmordes — keineswegs alle vermochten sich zu dem Entschluß durchzuringen, Hitler zu beseitigen. Entscheidend wurde schließlich die sozusagen rein praktische Erkenntnis, daß eine Beseitigung des Regimes ohne eine vorausgehende Beseitigung des mythischen Verehrung genießenden Führers undenkbar war. Es war ein furchtbarer Gewissenskonflikt, eine tragische Pflichtenkollision, in die viele dieser Männer durch den Unrechtsstaat und den ungerechten Krieg Hitlers gestürzt wurden. Dabei hätten sie sich, wäre ihnen dieser Ausweg nicht zu bequem erschienen, sogar auf Hitler selbst berufen können, der in „Mein Kampf“ schrieb, daß die Rebellion nicht nur Recht, sondern Pflicht sei, falls ein Volk durch seine Regierung dem Untergang entgegengeführt werde. Zweifellos war Hitler im Begriff, genau dieses zu tun: ein ganzes Volk mit in seinen eigenen Untergang zu reißen. Oder wie es sein

ehemaliger Rüstungsminister Speer nach Kriegsende formulierte, „daß er bei einem Verlust des Krieges sein Schicksal mit dem des deutschen Volkes verwechselte und daß er in seinem Ende auch das Ende des deutschen Volkes sah“. Wenn irgendwo, dann kommt hier die frevelhafte Hybris dieses Mannes, seine geradezu blasphemische Ichbezogenheit in aller Nacktheit zum Vorschein.

Die genaue Vorbereitung des ganzen Umsturzplanes zeigt, wie sehr sich die Männer des 20. Juli ihrer großen Verantwortlichkeit vor Volk und Geschichte bewußt waren. Nichts sollte dem Zufall überlassen werden, weder das Risiko eines Bürgerkrieges noch dasjenige einer auch nur vorübergehenden Schwächung der Front eingegangen werden. Es gehörte ja ursprünglich ganz zentral zum Umsturzgedanken, die militärische Lage möglichst günstig zu halten, um bestmögliche Ausgangspositionen für politische Verhandlungen zu haben. Aber der militärische und politische Horizont verdüsterte sich immer mehr. Die Möglichkeiten politischer Verhandlungen waren im Grunde schon seit 1940 nicht mehr gegeben, vollends illusorisch seit dem Abschluß der großen Koalition zwischen den angelsächsischen Mächten und der Sowjetunion. Bis Frühjahr 1940 rechnete England mit der deutschen Opposition, danach kaum mehr. Das Zusammengehen Englands und dann auch Amerikas mit der Sowjetunion schloß praktisch alle Möglichkeiten von Sonderverhandlungen aus, lange bevor die Formel von der bedingungslosen Kapitulation verkündet wurde.

Dies alles bedeutet, daß es längst reine Illusion war, wenn man noch im Sommer 1944, nach gelungener Invasion im Westen, die Hoffnung hegte, im Westen kapitulieren und im Osten die Front halten zu können. (Ein solcher Bruch des Bündnisses mit der Sowjetunion war psychologisch unmöglich, ein solcher militärischer Frontwechsel wäre wohl auch praktisch nicht zu bewerkstelligen gewesen. Zugegeben: vom heutigen Standpunkt aus sieht alles etwas anders aus. Aber der Historiker darf nicht die Fronten des Kalten Krieges auf den Zweiten Weltkrieg zurückprojizieren.) Für die Männer des 20. Juli aber war eine solche Westlösung der letzte noch verbliebene Hoffungsstrahl. Die Aktion hat angesichts der katastrophalen militärischen und politischen Lage etwas von einem Verzweiflungsschritt an sich. Aber selbst ohne Aussicht auf politische Vorteile sollte sie gewagt werden, nicht zuletzt um der Welt ein

sichtbares Lebenszeichen von diesem innerdeutschen Kampf gegen das Nazisystem zu geben. Oder wie es General Tresckow formuliert hat: es komme jetzt nur noch darauf an, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt habe. Und so geschah es dann auch.

Der Blutzoll, den die deutsche Opposition gegen das Hitlerregime zu entrichten hatte, war fürchterlich. Tausende wurden in Verfahren zum Tode verurteilt — falls es überhaupt Verfahren gab —, die jeder Beschreibung spotten. Unter Führung des Präsidenten des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, der zu Beginn des Regimes den neuen völkischen „Rechtsstaat“ mit einer geballten Ladung verglichen hatte, erreichte die deutsche Rechtsprechung noch einmal einen nicht für möglich gehaltenen Tiefpunkt.

War dieses große Opfer, Opfer im reinsten Sinne des Wortes für viele der Teilnehmer, vergeblich, weil es nicht gelang, Deutschland mit eigenen Kräften aus dem eisernen Griff des totalitären Regimes zu befreien? War dieses Opfer, das eine wirkliche moralische und politische Elite des deutschen Volkes brachte, sinnlos, weil die Katastrophe nicht aufgehalten werden konnte? Die Antwort auf diese Frage kann keine wissenschaftliche sein, sondern nur eine politische — politisch im ursprünglichen Sinne des Wortes, das heißt,

das bürgerliche Gemeinwesen betreffend, das Deutsche Bundesrepublik heißt. Das deutsche Volk selbst also ist zu dieser Antwort aufgerufen; es selbst beziehungsweise diejenigen, die sein Geschichtsbewußtsein formen, müssen sich entscheiden, welchen Platz die Männer und die Tat vom 20. Juli 1944 darin einzunehmen haben.

Das deutsche Volk, soweit es sich frei äußern kann, hat inzwischen längst wieder ein politisches Bekenntnis zur freiheitlich-rechtsstaatlichen Welt abgegeben, deren entscheidende ideelle und auch institutionelle Grundlage die unbedingte Anerkennung der Freiheit und Würde des Menschen ist. Sollte nicht zu einem integrierenden Bestandteil dieses politischen Bekenntnisses die geschichtliche Erkenntnis werden, daß die Männer des 20. Juli sich im Kampf für dieses hohe Ideal europäisch-abendländischer Gesinnung und Gesittung geopfert haben? Der große italienische Philosoph und Historiker Benedetto Croce hat auf die Frage nach dem Sinn der Geschichte geantwortet, er liege darin, daß Geschichte Kampf um Freiheit sei. In diesem Kampf haben die Männer des 20. Juli in vorderster Front gestanden, und sie haben ihren Einsatz, wie das in vorderster Front oft geschieht, mit dem Leben bezahlt. Ihr Opfer ist dann nicht umsonst, wenn diese Erkenntnis in das Geschichtsbewußtsein des deutschen Volkes eingeht.

## Erhebung einer Elite gegen Tyrannei

Wie erscheint, 20 Jahre danach, jenes schon legendäre und doch noch so nahe zurückliegende Attentat des 20. Juli 1944 in der Geschichte, dem „Gedächtnis der Welt“?

20 Jahre! Einem Franzosen wird bewußt, daß dieser Zeitraum mehr Jahre umfaßt als, mit Ausnahme der III. Republik, seit dem Tode Ludwig XV. 1774 jemals ein Regime gedauert hat. 20 Jahre! Das entspricht dem Zeitraum zwischen den beiden Kriegen.

Geschichtliche Vergangenheit, die uns noch zu nahe ist, verleitet zu Irrtümern. Man braucht zeitlichen Abstand, um ein richtiges Bild zu gewinnen, und man darf der Phantasie keinen Raum geben, denn wenn sie sich einschaltet, können leicht Fehlerquellen entstehen. Man hat oft behauptet, daß es keinen Zweiten Weltkrieg gegeben hätte, wenn der Erste Weltkrieg 1919 ein befriedigenderes Ende gefunden hätte. Darüber ließe sich vieles sagen. Sicher ist, daß man den Frieden von Versailles niemals als ein „Ruhekissen“ bezeichnen kann, auf dem man sich zum Schlummer austrecken konnte. Die Erschütterungen während der Zeit zwischen den beiden Kriegen ließen den Franzosen nicht viel Zeit zum Ausruhen; im September 1939 und heftiger noch im Mai 1940 wurden sie mit Getöse aufgeweckt.

Mit seiner Tendenz zum Fatalismus neigt der Historiker zu der Annahme, daß das, was geschehen ist, eintreten mußte. Aber gerade das ist durchaus nicht bewiesen. Bei vielen Ereignissen hätte eine Nichtigkeit genügt, sie nicht eintreten zu lassen. Und vieles andere hätte geschehen können, wenn nicht ein winziger Zufall es verhindert hätte. Der Mensch denkt, Gott lenkt. Die Geschichtsschreibung schenkt dem Zufall niemals genügend Beachtung. Sie sucht ernsthaft, ehrlich und gewissenhaft die Wahrheit zu ergründen, oder, wie es Churchill in seiner bewunderungswürdigen Rede anlässlich des Begräbnisses von Neville Chamberlain im November 1940 ausdrückte, sie „stolpert mit rauchender und flackernder Lampe auf der Straße der Vergangenheit dahin“.

Bei der Verschwörung des 20. Juli 1944, in der so viele Schwächen zutage treten, würden die Schüler von Tocqueville, der wenig von einer in den großen Linien gesehenen Ge-

schichte hielt und ein erklärter Feind jeglicher Geschichtsphilosophie war, die Rolle des Zufalls besonders hervorheben. Sie würden auf die Ereignisse hinweisen, die unter den gegebenen Umständen und durch den Zeitpunkt ihres Eintretens so weitreichende Folgen hatten. Die Menschen, die eine Kette höchst folgenswerer Ereignisse ausgelöst haben, so würden sie sagen, verdanken ihr Dasein lediglich dem Zufall einer Geburt. Sie können jeden Moment ausgelöscht werden, während nach Shakespeare das Ubel, das sie verursacht haben, über ihren Tod hinaus weiterwirkt.

Man hat oft festgestellt, daß in der Geschichte, wenn sie auch voll zwingender Notwendigkeiten ist, gleichermaßen die zufälligen Ereignisse eine Rolle spielen, die eintreten können, aber auch nicht hätten eintreten müssen. Die Verschwörung, die ehemals zum Tod Wallensteins führte, ist bestimmend beeinflusst von dem antiken Fatalismus, der die Seele des Helden mit dem Glauben an günstige und ungünstige Sterne erfüllte. Die Verschwörung vom 20. Juli 1944 unterliegt einzig und allein dem Einfluß der Ereignisse, die sie nach sich zieht und die sie zermalmen.

Stauffenbergs Aktentasche, ursprünglich ganz nahe neben dem Führer placiert, wird von Oberst Brandt an einen anderen Platz gestellt, was zur Folge hat, daß zwischen Hitler und ihr sich nun der Offizier selbst, der getötet werden wird, und einer der beiden großen Holzsockel befinden, auf denen der Kartentisch ruht.

Die Besprechung findet nicht, wie es bei Fliegeralarm üblich war, in dem unterirdischen Bunker statt, sondern in einem Holzbau, und alle zehn Fenster des Raumes sind wegen der Hitze geöffnet. Die Wände dieses Gebäudes sind nicht stark genug, um die Explosionskraft der Bombe voll zur Wirkung kommen zu lassen, wie es in einem Betonbunker der Fall gewesen wäre.

Es gelingt den Verschwörern nicht, den Rundfunk unter ihre Kontrolle zu bringen und das Führerhauptquartier in Ostpreußen zu isolieren.

Die Infanterieschule von Döberitz soll schnellstens die Rundfunksender im Gebiet von

Berlin besetzen. Ihr Chef, der mit den Plänen der Verschwörer vertraut ist, war wegen eines Todesfalles in seiner Familie in die Provinz gefahren.

Das Wachbataillon von Berlin soll das Ministerienviertel zernieren; Remer, der es seit zwei Monaten befehligt, ist mit einem Reserveleutnant befreundet, der, im Zivilberuf Referent im Propagandaministerium, zum Wachbataillon kommandiert ist, aber seit einiger Zeit vom Dienst beurlaubt ist und sich nur zufällig in Berlin aufhält. Dieser Offizier, der gerade vor den Unteroffizieren des Bataillons einen Vortrag gehalten hat, führt Remer zu Minister Goebbels.

Feldmarschall von Kluge, der vor etwa zehn Tagen das Kommando über die gesamte Westfront übernommen hat, hat als Stabschef nicht mehr den General von Tresckow zur Seite, der ihn an der russischen Front für die Verschwörung gewonnen hat.

Feldmarschall Rommel ist am 17. Juli schwer verwundet worden . . .

Im Zweiten Weltkrieg durchlebten die Franzosen schreckliche Jahre, ohne die Bedeutung der oppositionellen Bewegung zu ahnen, die sich in Deutschland entwickelte. Was am 20. Juli 1944 geschah, war einige Jahre später für sie eine Offenbarung. Sie wußten nicht, daß es in Deutschland — und zwar sowohl bei der Elite als auch bei der breiten Masse — so viele Menschen gab, denen moralische Werte noch etwas bedeuteten und die, genau wie sie, litten und einem verbrecherischen Regime die Stirn boten. Man wußte nichts von jenen großen Gestalten, die heute aus dem Schatten hervortreten, wenn ihre Namen genannt werden, nichts von jenen gefallenen Märtyrern, die sich für die Nachwelt aus dem Heer der Toten herausheben, weil, wie Tacitus sagt, die Nachwelt jedem die Ehre zuteilt, die ihm gebührt.

In dem komplexen Netz der Widerstandsbewegung spielen Inhaber wichtiger militärischer Positionen eine wesentliche Rolle. Zweifellos waren viele dieser Offiziere nicht ganz frei von Opportunismus. Aber nach Stalingrad stellten sie sich mutig dem Führer entgegen. Es ist ein dramatisches Erlebnis, den langen Weg ihrer Überlegungen zu verfolgen, von dem Moment an, in dem ihr Sinn für militärische Disziplin mit zwei Elementen zusammenstieß: Die einen veranlaßten politische, soziale oder religiöse Gründe zur Erhebung gegen ein totalitäres Regime; bei den anderen war es die wachsende Überzeugung,

daß die Zukunft Deutschlands von der Vernichtung eines Mannes abhinge, der es mit der Behauptung, das Germanentum zu verkörpern, enteehrte und es in seiner Hybris der Katastrophe entgegenführte: Es war eine Erhebung der Vaterlandsliebe und des Gewissens.

1944 war die entsetzliche Systematisierung des Massenmordes für die vielen, die unter den Schändlichkeiten litten, an einem Punkt angelangt, wo ihnen die Autodafés der Inquisition vergleichsweise wie Ereignisse voller Nächstenliebe und Milde erschienen. Es gibt Moralgesetze, die man nicht verletzen kann, ohne in den Abgrund gestürzt zu werden. Die schlimmsten Attentate gegen den Geist rufen schließlich die Revolte des Geistes selbst hervor. Die Grausamkeiten des Regimes und die militärischen Niederlagen hatten „edle und große“ Helden (das Wort stammt von Churchill) davon überzeugt, daß ein Besessener ihre Nation an Leib und Seele morde. Sie versuchten, diese von dem unheilvollen Joch zu befreien.

Um den Platz der deutschen Widerstandsbewegung in der Geschichte zu bestimmen, muß man mehrere Tatsachen berücksichtigen. Die Geschichte des 20. Juli ist die Geschichte einer sofortigen und totalen Niederlage. Diese Niederlage hatte jedoch weitreichende Folgen. Was nach zwanzig Jahren endgültig und für immer festzustehen scheint, ist, daß diese Besiegten Mitgefühl verdienen. Seit ihrem Opfer hat man von den Grausamkeiten erfahren, die in den Vernichtungslagern verübt wurden. Diese Lager des Todes, Vorstufe der Hölle, haben das Geheimnis von Ungeheuern und ihren verbrecherischen Taten enthüllt.

Man zittert beim Schauspiel der Niederschlagung des Komplotts: so viele Erschossene, so viele Gehängte, so viele Hingerichtete! Mit jeder Tötung, die in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges einer anderen folgt, wächst die Empörung über das Blutbad. Die grausame Vergeltung der Verschwörung war abscheulich, und das unheilvolle Schauspiel hat das Naziregime noch verhaßter gemacht. In Deutschland wie im Ausland waren die Selbstmorde von Stülpnagel und Kluge, die satanische Ermordung Rommels allgemein unbekannt. All das, sorgfältig verborgen gehalten, war entsetzlich und glich den schrecklichsten Tragödien der barbarischsten Antike. Und doch geschah es erst vor 20 Jahren, geschah gestern.

Der 20. Juli 1944 ist weder eine von Prokonsuln angezettelte Palastrevolution, die

eine verlorene Sache rechtzeitig aufzugeben wissen, so wie Ratten ein sinkendes Schiff verlassen, noch eine aus einer Volkserhebung hervorgegangene Aktion der Massen. Diese Bewegung hat sehr verschiedene Aspekte.

Weit davon entfernt, eine vorübergehende und zufällige Erscheinung zu sein, beschwört diese große Erhebung den Widerstand gegen die hitlersche Unterdrückung herauf, den deutschen Widerstand in seiner ganzen Weite und Tiefe, mit der Opposition der Militärs und der Bürger, in jeder der großen Gruppierungen, in den Freundeskreisen, bei den Männern, die gleiches Temperament und gemeinsame politische Ziele zusammengeführt haben. Viele dieser Gruppen, die von sehr unterschiedlichen Motiven geleitet waren, haben nichts mit dem eigentlichen 20. Juli zu tun: die erschütternde Tragödie der Geschwister Scholl, der leidenschaftliche Widerstand der Kommunisten, der mutige Kampf der Kirchen...

Die Verschwörer von 1944 waren — und sie wußten es — nur eine kleine Minorität. Ihre Isolierung macht ihre Größe aus. Sie mußten ohne die Unterstützung des Volkes handeln: Selbst im fünften Kriegsjahr war der magnetische Einfluß des Führers auf die Massen nicht erloschen.

Der 20. Juli hat gezeigt, daß Deutschland nicht völlig zum Komplizen und Opfer fanatischer Nazis geworden war, die es in den Abgrund moralischer Verworfenheit zu ziehen drohten. Hitler hatte die Wiederherstellung des Ansehens, die Wiederaufrichtung der Ordnung, Arbeit für alle versprochen. Den Besiegten von 1918, die er aus der Hoffnungslosigkeit gerissen und dann mißbraucht hatte, predigte er den Rassenstolz. Er löschte die Niederlage aus, indem er die Verträge zerriß, die sie besiegelt hatten. Dann, nach dem 30. Juni 1934, und besonders seit 1938, bot das Hitlerregime der Welt ein Schauspiel der Gewalttat und der ungeheuerlichsten Anschläge gegen die Vernunft, des Appells an die niedrigsten Instinkte des Menschen.

In der unwahrscheinlichen Geschichte eines hochkultivierten Volkes, das ein Fanatiker mit Hilfe eines grausamen Systems der Unterdrückung mobilisieren, hypnotisieren, tyrannisieren konnte, hat der 20. Juli einer breiten öffentlichen Meinung noch während der Diktatur deren wahren Charakter enthüllt. Eine untergründige, aber ausgedehnte Opposition, die der Terrorismus zum Schweigen nötigte, garte unter den alles überschreitenden nazistischen Prahlereien, erfüllt von

Scham darüber, daß das Verbrechen zum Gesetz erhoben wurde.

Der Despotismus eines einzelnen, sagte einst Gambetta, entsteht aus dem Versagen aller. Ohne das Drama des 20. Juli, ohne die Verschwörung, die sehr viel weitreichender war als ein bloßes Komplott, hätte man an dem wirklichen Wert dieser deutschen Widerstandsbewegung gezweifelt: „Kann ein Glaube, der nicht handelt, aufrichtig sein?“

Der 20. Juli symbolisiert den Ausbruch der Bewegungen des Protestes, die Erhebung gegen die Schrecken, die der Nazismus erzeugte. Ohne Unterstützung von außen und beseelt von dem Wunsch, ein normales und moralisch intaktes Regime wiederherzustellen, erhebt sich eine Elite gegen die verabscheute Tyrannei, gegen die Menschen, an deren Händen Blut klebte. Lange vor dem Kriege schon wurden die Konzentrationslager, die uns noch in grausamer Erinnerung sind, für Deutsche errichtet. — Wie Friedrich Meinecke schrieb, war Deutschland das erste besetzte Land. — Und in diesen Lagern sind sie zusammengepfercht: Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschaftler, Liberale, Junker, Militärs, Katholiken, Protestanten und, bevor die „Endlösung“ beschlossen ist, Juden. Der seit elf Jahren gärende lautlose Kampf erfüllt sich im 20. Juli 1944. Mehr Verständnis und mehr Sympathie für die Tragödie Deutschlands erweckend, erscheint seine Widerstandsbewegung wie ein mächtiger, weitverzweigter Baum, der mit vielen seiner Wurzeln tief hinabreicht in die ferne Vergangenheit des alten humanistischen und liberalen Deutschland, des lichten Deutschland, Goethes Deutschland. Dieser Widerstand war um so verdienstvoller, als die Diktatur schwer auf dem Volk lastete. Am 20. August 1939 schrieb der Gewerkschaftler Leuschner: „Wir sind Gefangene in einem großen Zuchthaus. Zu rebellieren wäre genauso Selbstmord, als wenn Gefangene sich gegen ihre schwer bewaffneten Aufseher erheben würden.“

In einem heroischen Kampf und mit fast hoffnungsloser Selbstaufopferung rekrutierte sich der Widerstand — die berühmten und die namenlosen Märtyrer — aus allen Schichten der Bevölkerung, aus der Bürgerschaft wie aus den Gewerkschaften, aus dem diplomatischen Corps, aus Angehörigen der Kirchen und aus Kommunisten, aus Offiziers- und Professorenkreisen, aus dem höchsten Adel und dem einfachsten Bürgertum; sie alle waren vereint im Kampf gegen die Unterdrücker einer großen Nation.

Die Namen einiger fünftausend Märtyrer, die in eine riesige Ehrentafel eingegraben sind, beschwören, wann immer sie genannt werden, besonders auch die ergreifenden, tapferen Gestalten der Männer des 20. Juli herauf. Da ist zunächst Stauffenberg, der Haupturheber und Ausführende des Komplotts. Die Geschichte schenkt manchmal erhabene Augenblicke, die über die Ereignisse entscheiden. Es hätte keinen 20. Juli 1944 gegeben ohne diesen großen einäugigen und einarmigen Schwerekriegsverletzten, der nur noch drei Finger besaß: diese drei Finger haben das Attentat ausgelöst; sie hielten alle Fäden der Verschwörung zusammen. Von brennender Vaterlandsliebe erfüllt, war der Geist des Urenkels des ruhmreichen Gneisenau vom deutschen Idealismus und von der Romantik geprägt. Der „Bamberger Reiter“, der dazu ausersehen war, ein Held der Legende zu werden, die oft mehr Wahrheit enthält als die geschichtliche Wirklichkeit, ist einer jener Auserwählten, die in der Welt eine leuchtende Spur hinterlassen.

Und was ist den Worten des Generals von Tresckow hinzuzufügen, der sich den Tod gab, weil der Tod am Vorabend den „Führer“ verschmähte, und dessen Testament zur Läuterung des Dritten Reiches folgende ergreifenden Zeilen enthält: „Wenn einst Gott Abraham verheißt hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unseretwillen nicht verderben wird.“ Graf Helmuth James von Moltke, ein Mann voller Reinheit, ist von klarstem kantischen Geist erfüllt, und der Kreisauer Kreis gehorcht dem Kategorischen Imperativ des unsterblichen Königsberger Philosophen.

Gewiß ist eine Widerstandsbewegung keine reine Heldengalerie. Sie besteht aus Menschen von Fleisch und Blut. An der Seite echter Widerstandskämpfer finden sich leichtfertige Amateure und unvorsichtige Schwätzer. Unschlüssig und zögernd, wie sie sind, bewegen

sie uns in ihrer Schwäche mehr als erstarrte Heilige. Aber sie alle starben einen guten Tod; sie zeigten ruhige Tapferkeit, wie der Jurist Berthold von Stauffenberg, oder fröhlichen Mut, wie der zynische SS-Obergruppenführer Helldorf, der sich im Augenblick der Hinrichtung darüber beklagt, daß man ihm nicht vorher eine gute Mahlzeit serviert hat.

Es ist müßig, sich darüber zu verbreiten, was geschehen wäre, wenn die Verschwörung des 20. Juli nicht mißlungen wäre. Es gibt so viel zu sagen über das, was geschehen ist. Hätte das Attentat Erfolg gehabt, hätte sich gewiß vieles ändern können. Ohne Zweifel hätte das Gelingen der Verschwörung für Europa und mehr noch für Deutschland glückliche Folgen nach sich ziehen können.

Im übrigen hat das Mißlingen der Verschwörung keinen Einfluß auf den Verlauf des Krieges gehabt, der im Sommer 1944 in jedem Fall für Hitler verloren war. Außer Stalin scheint den Alliierten damals die Bedeutung einer Verschwörung, die das Ende Hitlers anzeigte, nicht bewußt gewesen zu sein. Sie betrachteten sie als ein Unglück. Noch 1939 hatte man besonders in England, aber auch in Frankreich (nicht bei den Sowjets) die törichtesten Illusionen im Hinblick auf die Möglichkeiten einer entschlossenen Opposition der führenden Militärs gegen Hitlers Exzesse genährt. Diese Illusionen wurden am 9. November 1939 brutal durch die Entführung zweier Offiziere des Intelligence Service zerstört, die von der Gestapo zu Besprechungen mit angeblichen Vertretern der militärischen Opposition nach Venlo, auf holländisches Gebiet nahe der deutschen Grenze, gelockt worden waren. Daraufhin fiel London ins andere Extrem: Man wollte nichts mehr von einem angeblichen deutschen Widerstand hören. Wenn dieser Widerstand vor allem auch eine moralische Erhebung war, so kann man ihm doch keineswegs jede realen Erfolgsaussichten absprechen, da er von so einflußreichen Kreisen getragen wurde.

## Osterreich und der 20. Juli 1944

Bei den bisherigen Untersuchungen zur Geschichte des 20. Juli 1944 wurde das Schwergewicht auf die Vorgänge in Berlin und Paris gelegt. Auch für Osterreich hat der 20. Juli 1944 eine sehr wesentliche Bedeutung, da Oesterreicher nicht nur im Rahmen der Wehrmacht, sondern auch an den politischen Vorbereitungen des 20. Juli 1944 beteiligt waren. Die Motive sind bei den einzelnen Personen und Gruppen verschieden und lassen sich vielleicht wie folgt charakterisieren<sup>1)</sup>:

Eine Gruppe handelte im Rahmen der allgemeinen Erhebung und hatte bestimmte Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Aktion standen, ohne das politische Endziel, nämlich die Befreiung Deutschlands von Hitler, überschreiten zu wollen. Eine zweite Gruppe ist jedoch merkbar bei den Vorbereitungen von der Erwägung ausgegangen, Osterreich als Staat neu erstehen zu lassen, und diese Überlegungen standen im engen Zusammenhang mit dem Wiedererwachen eines osterreichischen Patriotismus. Diesen Prozeß eines Bewußtwerdens der osterreichischen Eigenart, unter dem Druck des Nationalsozialismus und sogar innerhalb der osterreichischen NSDAP, hatte schon der ungarische Gesandte in Berlin in einem Bericht aus dem Jahre 1938 vorausgesehen<sup>2)</sup>:

„Wie vorauszusehen war, wird die Gleichschaltung Osterreichs nach dem Anschluß nicht von Osterreichern, sondern von Großdeutschen durchgeführt. Mit der Durchführung von Osterreichs Gleichschaltung wurde Gauleiter Bürckel, der schon die Volksabstimmung vorbereitet hatte, als Reichskommissär beauftragt.“

Ferner berichtet der ungarische Gesandte, daß er in der osterreichischen Landesregierung — der Scheinregierung unter Seyß-Inquart — durch diese Maßnahmen eine „große Verstimmung“ ausgelöst wurde, und fährt dann fort: „Dieser Tage hatte ich auch Gelegenheit, mich mit einem osterreichischen Politiker über die

nach dem Anschluß eingetretene Lage zu unterhalten. Besagter Herr verheimlichte die große Verstimmung nicht, die nicht nur ihn, sondern alle Mitglieder der osterreichischen Regierung über die Beiseiteschiebung der eigentlichen Oesterreicher auf eine zweit- oder drittrangige Rolle erfüllt.“

Vermutlich handelt es sich bei dem oben angeführten osterreichischen Politiker um den ursprünglichen Vizekanzler der Regierung Seyß-Inquart, Edmund Glaise-Horstenau, der ähnliche Äußerungen im Frühjahr 1938 auch Wiener akademischen Kreisen gegenüber tat. Als im Zuge der Einführung der deutschen Verwaltungsformen die Gauleiter der NSDAP in Osterreich im Jahre 1938 endgültig bestätigt wurden, waren zwar überwiegend gebürtige Oesterreicher in den Spitzenpositionen, jedoch fiel der Reichsgau Wien schon 1940 an den ehemaligen Reichsjugendführer der NSDAP, Baldur von Schirach, und die Leitung des später strategisch wichtigen Reichsgaues Salzburg wurde dem ehemaligen Reichsstudentenführer Dr. Gustav Adolf Scheel übertragen. Anscheinend sollte im Verlaufe des Krieges die bisherige Besetzung der Spitzenposten durch osterreichische Nationalsozialisten rückgängig gemacht werden<sup>3)</sup>. Seit 1940 wurde auf der Ebene der wichtigsten Beamtenposten rücksichtslos eine Verdrängung der Oesterreicher betrieben, die böses Blut erzeugte. So wurde zum Beispiel das Kommando der politischen Polizei in Wien dem aus der bayerischen Polizei kommenden SS-Oberführer Franz Josef Huber übertragen, auf den Bürgermeisteressel Dr. Karl Luegers setzte Baldur von Schirach den Rhein-Hessen Philipp Wilhelm Jung, der in schlichter Unbekümmertheit zugab, weder den Namen noch die Leistung seines weltberühmten Vorgängers je gekannt zu haben. Auch die Personalreferate kamen allmählich in die Hände sogenannter Reichsdeutscher, und Schirach krönte diese bewußte Politik durch die Zusammenfassung der gesamten kulturellen Institutionen Wiens in einem Generalkulturreferat, dessen Leitung einem jungen, in Osterreich gänzlich unbekanntem Theaterfachmann

1) L. Jedlicka, Der 20. Juli 1944 in Wien, in: Die Furche, Wien Nr. 29—35, 1963.

2) L. Kerekes, Akten des ungarischen Ministeriums des Äußeren zur Vorgeschichte der Annexion Osterreichs, ACTA HISTORICA VOL. VII. No 3—4 Budapest 1960, S. 389 ff.

3) L. Jedlicka, Verfassungs- und Verwaltungsprobleme 1938—1955, in: Die Entwicklung der Verfassung Osterreichs vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Graz 1963, S. 120 ff.



übertragen wurde, der mit einem Schlag zum Dienstvorgesetzten der wissenschaftlichen Beamten der berühmten Gemäldesammlungen, der Schatzkammer usw. aufstieg <sup>4)</sup>).

Für den Bereich der Wehrmacht liegen Untersuchungen vor <sup>5)</sup>. Die Auflösung des österreichischen Bundesheeres und die restlose Überführung der österreichischen Soldaten in die einzelnen neu aufgestellten Formationen bedingte die Auslöschung der Tradition der alten k. u. k. Armee. Einzelne sehr vornehm denkende Angehörige des deutschen Generalstabes warnten 1938 davor und hätten am liebsten das österreichische Bundesheer nach den gleichen Modalitäten übernommen wie die bayerische Armee nach 1871. Die Errichtung der beiden Wehrkreise XVII und XVIII durch aus dem Reichsgebiet kommende Instruktionsoffiziere im Jahre 1938 wurde vollendet durch die Besetzung der militärischen Spitzenposten durch ländfremde Offiziere. So konnte kein inneres Verhältnis zwischen den traditionslosen neuen Regimentern und der alten österreichischen Überlieferung entstehen, wenn man sich seit Kriegsausbruch auch bemühte, aus propagandistischen Gründen zaghaft auf österreichische Traditionswerte zurückzugreifen. Es war Hitler selbst, der sich gegen manchen aus der Wehrmacht kommenden Vorschlag stemmte, und die „Reichsgrenadierdivision Hoch- und Deutschmeister“ sollte zwar die Tradition des Deutschen Ritterordens betonen, jedoch die kaiserlich-habsburgische Überlieferung dieses Wiener Hausregiments möglichst in den Hintergrund drängen. Somit war für die österreichischen Offiziere und Mannschaften innerhalb der Einheiten der deutschen Wehrmacht der Dienst sehr häufig die Vorstufe eines neuen, bewußten Heimatgefühls. Das muß vor allem festgestellt werden, um die Rolle, die etwa der Oberstleutnant des Generalstabes Robert Bernardis spielte, richtig verstehen zu können.

Neben den Enttäuschten des Anschlusses, ob Nationalsozialisten oder Großdeutschen, standen natürlich die politischen Gegner des Nationalsozialismus von links bis rechts, deren Tätigkeit aus den Berichten der Gestapo und des SD schon 1939 sehr deutlich hervortritt. Jüngst erfolgte Untersuchungen zur Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung ergaben folgende Oppositionsgruppen: Angehö-

rige der ehemaligen Vaterländischen Front und des Heimatschutzes, unter ihnen die vom System am meisten verfolgten Monarchisten, ferner die Anhänger der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei und die Kommunisten, endlich treten wie im Altreich noch kleine Splittergruppen zutage, Bibelforscher, religiöse Gemeinschaften, vor allem Katholiken. Ein verwirrendes Bild, das sich 1943 nach der Katastrophe von Stalingrad allmählich vereinheitlicht. Seit 1943 ist nämlich stärker das Auftreten großräumiger Organisationen, die über mehrere Bundesländer Verbindungen haben, in den Gerichtsakten festzustellen, wobei die äußerste Rechte und die äußerste Linke, also Monarchisten und Kommunisten, sehr viele Verhaftungen und Hinrichtungen aufzuweisen haben <sup>6)</sup>).

Die Planer des 20. Juli 1944, soweit sie Österreich berücksichtigten, waren über diese Vorgänge durchaus informiert. Carl Goerdeler besaß schon vor 1943 ausgezeichnete Kontakte zu den Repräsentanten der österreichischen Opposition. So hatte er nachweisbar Verhandlungen mit dem ehemaligen Generalsekretär der Vaterländischen Front, Oberst Walter Adam, der nach seiner Entlassung aus Dachau in Mitteldeutschland lebte, über einen Angehörigen der Familie Hammerstein-Equord. Auch der ehemalige Staatssekretär und Justizminister Hammerstein-Equord, ein Angehöriger der österreichischen Linie dieses Hauses, stand in Kontakt mit dem Goerdeler-Kreis <sup>7)</sup>. Das Ziel der Besprechungen mit diesen Gruppen war es, Österreich beim Reich zu belassen, allerdings haben sowohl Adam als auch Hammerstein-Equord ablehnend geantwortet. Selbst bei den Personalplanungen, die Fritz Dietlof Graf von der Schulenburg für Goerdeler durchführte, wurde auf Österreich Rücksicht genommen, ja man hoffte sogar auf „reichstreue“ Widerstandsgruppen in Wien <sup>8)</sup>. In diesem Zusammenhang kommt der Mission, die Goerdeler 1942 selbst übernahm, eine besondere Bedeutung zu. Über den christlich-sozialen Gewerkschaftspolitiker Lois Weinberger, später Bundesminister und Vizebürgermeister von Wien, kam Goerdeler mit den Untergrund-

4) Walter Thomas, Bis der Vorhang fiel, Dortmund 1947

5) Johann Christoph Allmayer-Beck, Die Österreicher im Zweiten Weltkrieg, in: Unser Heer, Wien 1963, S. 342 ff.

6) Vorbereitende Arbeiten des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte in Wien zur Dokumentation der österreichischen Widerstandsbewegung. Besonders die Dissertation von Edda Pfeifer: Die Widerstandsgruppe Karl Roman Scholz, Wien 1964.

7) Kunrat Frhr. v. Hammerstein, Spährtrupp, Stuttgart 1963, S. 216, 231, 236, 254, 281, 285

8) Albert Krebs, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Hamburg 1964, S. 239, 273, 276, 318.

gruppen<sup>9)</sup> der ehemaligen Christlichsozialen ins Gespräch, nachdem bereits Jakob Kaiser 1940 Verbindungen zu den österreichischen christlich-sozialen Gewerkschaftlern angeknüpft hatte. Es sei gleich vorweggenommen, daß Weinberger einer weiteren Zusammenarbeit in einem eventuell von Hitler befreiten Reich ablehnend gegenüberstand. Diese Kontaktnahme mit Angehörigen der ehemaligen christlich-sozialen Gewerkschaftsbewegung hatte für die Programmatik des 20. Juli 1944 eine wesentliche Folge. Vor allem Jakob Kaiser wußte einen jungen Wiener Gewerkschaftspolitiker, Ludwig Reichhold, für die theoretischen Vorbereitungsarbeiten am Sozialprogramm des 20. Juli 1944 heranzuziehen, und Reichhold erfreute sich hohen Ansehens wegen seiner Vorschläge zur künftigen Gewerkschaftspolitik.

Es kam aber nicht darauf an, nur die christlich-soziale Opposition anzusprechen. Mit den Repräsentanten der Sozialdemokratischen Partei nahm Wilhelm Leuschner Fühlung. Auf seiner Wiener Reise sprach er mit Dr. Adolf Schärf, dem ehemaligen Parlamentssekretär der Sozialdemokratischen Partei, dessen Bekanntheit Leuschner durch christlich-soziale Gruppen vermittelt wurde. Dr. Schärf hörte sich zwar den Emissär an, erklärte jedoch, daß der Anschluß tot sei und die Liebe zum Deutschen Reich dem Österreicher ausgetrieben worden wäre<sup>10)</sup>. Goerdeler muß auch, wie aus dem Bericht Kaltenbrunnens vom 6. September 1944 hervorgeht, mit dem allseits beliebten ehemaligen Wiener Bürgermeister Karl Seitz Fühlung genommen haben. Alle diese Besprechungen offenbarten den österreichischen Politikern die Existenz einer deutschen Widerstandsbewegung, und deren Ziele und Absichten zeigten auch, daß sowohl der Konservative Goerdeler als auch die deutschen Sozialdemokraten ein Verbleiben Österreichs beim Deutschen Reich gewünscht hätten. Verhielt man sich in Wien zunächst auf dem politischen Sektor abwartend, so drängte die militärische Seite der Planung des 20. Juli 1944 auch in bezug auf Österreich auf bestimmte Vorbereitungen. Als Mittelpunkt des Kreises der österreichischen Offiziere, die an der Erhebung beteiligt waren, kann sicherlich

der engste Mitarbeiter Stauffenbergs, Oberstleutnant i. G. Robert Bernardis, bezeichnet werden. Der am 7. August 1908 in Innsbruck geborene Offizier hat im österreichischen Bundesheer auch die schmerzlichen politischen Erfahrungen der Ersten Republik erlebt. Ursprünglich — wie ihm auch Freisler im Gerichtssaal entgegenhielt — war Bernardis ein Anhänger Starhembergs, um dann nach 1934 unter den Einfluß nationalsozialistisch gesinnter Offiziere zu geraten<sup>11)</sup>.

Seine Erfahrung in Rußland, wo er die furchtbaren Auswirkungen des militärischen und politischen Größenwahns erkannte, rief in ihm die Wandlung hervor, welche Bernardis mehr und mehr in die Nähe Stauffenbergs brachte an den er sich besonders anschloß und der ihm voll vertraute. Jedenfalls war am 8. April 1944 Bernardis längst für die Erhebung gewonnen, wie er einem väterlichen Freund, Eckart von Naso, an diesem Tag berichtete. Der temperamentvolle Generalstabsoffizier erhielt von seinem so verehrten Vorgesetzten Graf Stauffenberg die besondere Aufgabe, im Wehrkreis XVII (Wien, Niederösterreich, Steiermark, Oberösterreich, südliches Protektorat) Vorbereitungen zu treffen und Kontakt zu halten, die sich vor allem auf österreichische Offiziere innerhalb dieses Wehrkreises stützen sollten. Schon am 10. Januar 1944 meinte er in einem Brief an seine Frau, daß man sehr vorsichtig am Telefon sein müsse. Im Wehrkreis XVII war als Chef des Stabes der Oberst im Generalstab Heinrich Kodré<sup>12)</sup> eingeteilt, ein aus dem österreichischen Bundesheer hervorgegangener Offizier, der mit Bernardis sehr befreundet war. Bei mehreren Besuchen knapp vor dem 20. Juli 1944 äußerte sich Bernardis sehr abfällig über die Maßnahmen Hitlers, ohne jedoch die letzten Karten vor Kodré aufzudecken. Der wirkliche Vertrauensmann von Stauffenberg und Bernardis war der ebenfalls aus dem österreichischen Bundesheer stammende Hauptmann d. R. Karl Szokoll, der in der Organisationsabteilung des Wehrkreises XVII alle Maßnahmen zur Vorbereitung der „Aktion Walküre“ zu treffen hatte und der auch schon Monate vor der Auslösung dieses Stichwortes bei zahlreichen Übungen und In-

9) Lois Weinberger, *Tatsachen, Begegnungen und Gespräche*, Wien 1948, S. 155, 175, 195. Ferner die dem österreichischen Institut für Zeitgeschichte Wien von Prof. Ludwig Reichhold übergebene Abschrift seiner 1945 in britischer Kriegsgefangenschaft verfaßten Denkschrift.

10) Adolf Schärf, *Österreichs Erneuerung 1945 bis 1955*, Wien 1955, S. 20 ff.

11) Eugen Budde und Peter Lütches: *Der 20. Juli, Düsseldorf 1953*, S. 89 ff. Zur persönlichen und politischen Entwicklung von Oberstleutnant Bernardis stellte seine Witwe dem österreichischen Institut für Zeitgeschichte Material zur Verfügung, darunter eine umfangreiche Charakteristik aus der Feder von E. v. Naso.

12) Erinnerungsniederschrift von Oberst a. D. Heinrich Kodré, Wien 1963, österreichisches Institut für Zeitgeschichte.

spektionen die Truppen besichtigte. War somit für Stauffenberg die Linie zu Kodré im Ernstfalle wichtig, so hatte die politische Seite der Erhebung einen weiteren wesentlichen Stützpunkt innerhalb des Wehrkreises XVII, nämlich den langjährigen Abwehroffizier Oberst Rudolf Graf Marogna-Redwitz. Der Graf, der mit Stauffenberg verwandt war und aus der Reichswehr kam, hielt nach allen Seiten Verbindungen, vor allem zu den im Untergrund kämpfenden österreichischen Widerstandsgruppen. Tiroler Querverbindungen sind ebenso nachweisbar wie Kontakte mit der Kirche und Fühlungen mit den Sozialdemokraten. Selbst bis in die Zitadelle der Polizeiherrschaft reichten die Fäden Marognas, der unheimlich genau über Maßnahmen der Gestapo unterrichtet war und mehrmals zur Rettung politisch Verfolgter eingreifen vermochte. Am 20. Juli 1944 befand er sich allerdings nicht mehr innerhalb der Abwehr, die längst durch die Maßnahmen Himmlers aufgespalten und zertrümmert worden war. Auf Weisung von Stauffenberg hatte er sich unter einem dienstlichen Vorwand nach Wien begeben, um hier die Dinge abzuwarten. Marognas Rolle stand fest: Er sollte als der militärische Beauftragte der Widerstandsgruppe in Österreich agieren, und auf seine Anregung sowie auf Besprechungen mit Goerdeler ging zumindest die Nominierung der politisch Beauftragten für den Wahlkreis XVII zurück, nämlich des Wiener Altbürgermeisters Karl Seitz für die Sozialdemokratische Partei und des langjährigen Landeshauptmannes Josef Reither für die Christlichsoziale Partei. Für den Bereich des Wehrkreises XVIII hatte man in Salzburg den Altlandeshauptmann Dr. Josef Rehr und in Innsbruck den aus Dachau entlassenen Landesoberschützenmeister Dr. Anton v. Mörl vorgesehen, die in keiner direkten Verbindung mit den Widerstandskreisen standen. Anders ist die Sache bei Reither, der direkt Fühlungnahme mit dem Kreisauer Kreis hatte.

War somit die Vorbereitung mit Hilfe wissen-der oder zumindest teilweise eingeweihter Politiker und Offiziere durchgeführt worden, so kam es am 20. Juli 1944 darauf an, in Wien sofort den gesamten Apparat der Partei und des Staates lahmzulegen. Der Kommandierende General des Wehrkreises XVII, General Schubert, war auf Erholungsurlaub, und das Telegramm Stauffenbergs erreichte Kodré, der ohne weiteres die Alarmierung durchführte. Der einzige Wissende, nämlich Hauptmann Szokoll, gab die Befehle weiter, und in einer erhaltenen Niederschrift des Ordonnanzoffi-

ziers Hauptmann d. R. Bolhammer können wir die dramatischen Vorgänge nachträglich verfolgen. Nicht nur, daß der stellvertretende Wehrkreiskommandant General Eisebeck die Maßnahmen Kodrés billigte, begann auch der Stadtkommandant Generalleutnant Sinzinger, ein mit dem Goldenen Parteiabzeichen ausgezeichnete österreichischer Offizier, mit der Verhaftung der Parteiführer, während Kodré die Spitzen der SS, der Gestapo, des SD und der Gauleitung in das Wehrkreiskommando bringen ließ. Die wichtigsten Personen, die ihren Dienstsitz in Wien hatten, der Gauleiter von Wien, Schirach, und der Gauleiter von Niederösterreich, Dr. Jury, waren leider abwesend. Dafür gelang es aber immerhin, den Gaupropagandaleiter Frauenfeld und die Kommandanten der Sicherheitspolizei und des SD durch verschiedene Maßnahmen im Wehrkreiskommando festzusetzen, so daß in den Abendstunden des 20. Juli 1944 in Wien die vollziehende Gewalt tatsächlich auf das Heer übergegangen war. Lediglich die Luftwaffenführung in Wien blieb abseits. Unter den im Wehrkreiskommando XVII Inhaftierten wehrte sich nur der Gaupropagandaleiter gegen seine Festsetzung mit dem Hinweis, „daß er fühle“, Hitler sei am Leben. Nach dem Bericht Bolhammers und nach der mündlichen Bestätigung von Kodré hat Stauffenberg mehrmals angerufen, und erst der berühmte Rundspruch Keitels, der bekanntlich die einzelnen Kommandos anrief, löste Gegenmaßnahmen aus. Wie in Paris verabschiedeten sich Bewacher und Verhaftete mit verlegenem Lächeln, aber schon am nächsten Tag, als die zunächst verworrenen Maßnahmen der Gestapo anliefen und der zurückgekehrte Gauleiter Schirach dem Stadtkommandanten eigenhändig sein Parteiabzeichen abriß, zeigte sich, daß keineswegs nur „eine kleine Clique“ beteiligt war.

Die Untersuchung der Gestapoleitstelle Wien führte Kriminalrat Sanitzer, der nach eigener Angabe sofort an den Namen der sogenannten politisch Beauftragten erkannte, daß hier auch die ehemaligen Parteien Österreichs eine Rolle spielten<sup>13)</sup>. Die Auslösung der Verhaftungsaktion „Gitter“ betraf daher das ganze Land. Nach vorbereiteten Karteien wurden Sozialdemokraten, Katholiken, Monarchisten und Kommunisten verhaftet und vorsorglich in einzelne Lager gebracht. So wurden Dr. Schärf, Seitz, Reither, Figl und viele andere „vorsorglich“ in Haft genommen. Aus dem

13) Akte des Wiener Volksgerichts Vg 2b Vr 586/47 gegen Johann Sanitzer (Bundesministerium für Justiz, Wien)

Bericht eines Häftlings aus der Kärntner Gruppe ist zu ersehen, daß die Aktion in Kärnten beispielsweise am 22. Juli einsetzte und dort hauptsächlich unbedeutende ehemalige Anhänger der Heimwehr und der Christlichsozialen umfaßte. Selbst Kodré, der nur mittelbar beteiligt war, wurde nach kurzer Freilassung aus der Wehrmacht ausgestoßen und nach Mauthausen gebracht. Aus dem Kaltenbrunner-Bericht ist deutlich zu ersehen, wie sehr man durch die Massenverhaftungen eine Stimmungsverschlechterung in Österreich befürchtete. In einem Stimmungsbericht, den Kaltenbrunner im September 1944 verfaßte, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß im östlichen Österreich eine sehr niedergedrückte Stimmung herrsche und man für gewisse „Österreich-Tendenzen“ sehr empfänglich sei<sup>14)</sup>.

Die Ereignisse des 20. Juli 1944 haben in mehrfacher Hinsicht sich erst in den nächsten Monaten ausgewirkt. Es blieb nicht verborgen,

14) L. Jedlicka, Ein unbekannter Bericht Kaltenbrunners über die Lage in Österreich im September 1944, in: Österreich in Geschichte und Literatur, Heft 2, 4. Jahrgang, Wien 1960, S. 82 ff.

daß größere Umstellungen innerhalb der Wehrmacht und Partei erfolgten. Durch den Prozeß vor dem Volksgerichtshof wurde die Beteiligung von Bernardis bekannt, und trotz der Verhaftungswellen verstärkte sich die Untergrundtätigkeit. So ist für Niederösterreich vor allem für die Bauernschaft eine besondere Aktivität nachweisbar, die von dem ehemaligen Direktor des Bauernbundes Leopold Figl und seinem Kreis ausging<sup>15)</sup>.

Hätten der Befehl Stauffenbergs und seine Aktion Erfolg gehabt, so wäre sicherlich auch in Österreich das System zusammengebrochen, denn alle noch lebenden Augenzeugen der Verhaftungen im Wehrkreiskommando berichten, wie resigniert sich, mit der genannten Ausnahme, die Partei, Polizei und SS-Führer in ihr Schicksal ergaben<sup>16)</sup>.

15) Susanne Seltenreich, Leopold Figl — Ein Österreicher, Wien 1962, S. 59 ff.

16) Siehe die zitierte Niederschrift Kodrés und die Erinnerungsniederschrift von Hauptmann Fritz Bolhammer, ehemals Ordonnanzoffizier im Wehrkreis XVII, über die Vorgänge in der Nacht vom 20./21. Juli 1944. Verfaßt vom 24. bis 29. Juli 1944. Fotokopie beim österreichischen Institut für Zeitgeschichte, Wien.

# Zur außenpolitischen Konzeption Becks und Goerdelers

## I. Das Attentat war nicht die Hauptsache

Warum sprechen wir heute immer noch vom „20. Juli“ 1944? Warum beschränken wir uns auf diesen einzigen Tag, wenn von dem Aufstand des Gewissens in Deutschland die Rede ist? Diese Beschränkung hatte recht unerwünschte psychologische Folgen, wie sich inzwischen gezeigt hat. Denn eben dadurch ist der Anschlag auf Hitler in seinem Hauptquartier „Wolfsschanze“ in Ostpreußen weit überbewertet worden. Die großen politischen Pläne und Ziele aber werden vergessen, die das andere Deutschland damals verfolgte. So wird den Meinungsverschiedenheiten weiter Vorschub geleistet. Denn die Art, wie das Attentat am 20. Juli 1944 durchgeführt wurde und wie es scheiterte, die Verwendung einer Zeitbombe oder Höllenmaschine, die Wirrnisse, die in Berlin entstanden, als sich herausstellte, daß Hitler lebte; diese Begleitumstände haben dazu geführt, daß viele vom „20. Juli“ überhaupt nichts wissen wollen und einige ihn noch heute verurteilen. Man muß das um der Wahrhaftigkeit willen sagen. Freilich sind diejenigen, die den „20. Juli“ überhaupt ablehnen, in der Regel auch darüber nicht informiert, unter welchem Zwang der Verhältnisse die Beck-Stauffenberg-Gruppe überhaupt handelte und was sie mit dem Anschlag politisch bezweckte. Die Zeitgeschichte, aber auch die sogenannte Massenmedien sind da der breiteren Öffentlichkeit noch manche Aufklärung schuldig, nachdem die Umstände des Anschlags selbst bis in die Einzelheiten bekannt sind.

Im ganzen gesehen wäre es überhaupt besser, von der deutschen Erhebung von 1944 zu sprechen. Denn damals ist das andere Deutschland aufgestanden und zwar zu positiven Zwecken und Zielen: Das Attentat in der Wolfsschanze war ja nur das Mittel zum Zweck, den längst sinnlos gewordenen Zweiten Weltkrieg zu beenden und einen tragbaren europäischen Frieden zu gewinnen. Es sollte den Weg dafür frei machen, daß der immer fürchterlicheren Verwüstung und Zerstörung Einhalt geboten werden konnte. Die europäischen Völker sollten sich versöhnen, die Staaten Europas vereinigen. Das war das große Ziel der Erhebung von 1944. Der Sieg war den Alliierten sicher, gewiß: aber durfte er denn so groß werden, daß er die politische Ordnung des Abendlandes, in Jahrhunderten gewachsen, auflöste und zerstörte? So ergab sich schließlich der Zwang, daß Hitler fallen mußte, koste es, was es wollte. Er war das Hindernis auf dem Weg zur Beendigung des Krieges, bevor es zu spät war, wie sich dann auch gezeigt hat. Wie viele Werte wären erhalten, wie viele Menschenleben geschont worden, wenn der Krieg im Sommer 1944 beendet worden wäre. Im übrigen wollten die Männer der Erhebung durchaus nicht auf der Stelle kapitulieren. Auch das dürfte wenig bekannt sein. Sie gingen darauf aus, so viel wie möglich von der deutschen und europäischen Substanz zu erhalten, und zwar auf dem Weg von Verhandlungen. Sie wollten ihn politisch beenden, so daß sich Sieger und Besiegte an einen Tisch setzten.

## II. Motive der Eingeweihten

Wer es erlebt hat, weiß es, wer nur noch davon gehört hat, wird sich heute kaum eine richtige Vorstellung davon machen können, wie die Mittel der Massenbeeinflussung in der Diktatur totalitärer Staaten monopolisiert sind. Der Staatsbürger, zum blinden Befehlsempfänger degradiert, wird nicht informiert, sondern propagandistisch bearbeitet. Auf diese Weise führte die Loyalität der Staats-

führung gegenüber, zu der die Deutschen nun einmal neigen, im Laufe des Krieges vollends zur politischen Erblindung. Das war auch das stärkste Handicap der Beck-Goerdeler-Gruppe, wie wir die Männer des „20. Juli“ bezeichnen wollen. Denn nur sie selbst erhielten echte Informationen und konnten ihre Entschlüsse auf Grund zutreffender Unterlagen fassen. Eine wichtige Informationsquelle

für sie war vor allem die „Abwehr“ durch Oberst Oster, dann General Olbricht vom Allgemeinen Heeresamt, der Beck regelmäßig über die Front- und Ersatzlage orientierte. Auch die Generäle und Generalstabsoffiziere, die ihn häufig besuchten, hielten Beck auf dem laufenden. Für Goerdeler waren die außenpolitischen Verbindungen auch im Kriege nicht abgerissen. Vor allem von dem schwedischen Bankier Wallenberg erhielt er zuverlässige Informationen. So sah die Beck-Goerdeler-Gruppe die Weltlage als Ganzes und nicht durch die Brille der Propaganda oder so einseitig wie damals die Masse der in Unwissenheit gehaltenen Deutschen. Schon dadurch gab es also zwei Lager. Der Unterschied zwischen den Informierten und den Nichtwissenden wirkt in der Beurteilung des „20. Juli“ bis zum heutigen Tage nach, vor allem unter den Älteren.

Die Beck-Goerdeler-Gruppe ist von richtigen Informationen und dem Überblick über die weltpolitische Lage ausgegangen. Deshalb hatte sie auch in erster Linie politische Gründe und realpolitische Motive, erst in zweiter kam der Abscheu gegen Hitler. So ist auch das Motiv des „Tyrannenmordes“ entschieden überbewertet worden. Selbst wenn sich „der Führer“ nicht zum vollendeten Verbrecher entwickelt hätte, bestand 1944 die zwingende Notwendigkeit, ihn zu beseitigen; denn seit Stalingrad war er aus physischen und psychischen Gründen nicht mehr in der Lage, auch nur noch einigermaßen vernünftig politisch und strategisch zu führen. Aber wer wußte das damals? Nur jene Eingeweihten! Wenn sie aber den Krieg politisch beenden wollten, dann mußte die große, die strategische Lage Deutschlands noch einmal stabilisiert werden, um Verhandlungen überhaupt zu ermöglichen. Es war nicht von ungefähr, daß Generaloberst Beck dem deutschen Waffenstillstandsangebot von 1918 eine eigene Studie gewidmet und seine Begleitumstände genau analysiert hat<sup>1)</sup>: Er studierte die Voraussetzungen eines Waffenstillstands am Modellfall von 1918 und gewann dadurch ein geschärftes Urteil darüber, was im konkreten Falle zu tun war und was vermieden werden mußte. Beck entwickelte sich in diesen Jahren zum politischen Denker und Philosophen.

Ohne Beck, dem letzten Friedenschef des Generalstabs des Heeres, wäre die Erhebung von 1944 wohl kaum zustande gekommen. Von

1) „Der 29. September 1918“, in: Studien, hrsg. von Hans Speidel, Stuttgart 1955, S. 195–225.

ihm ging bekanntlich bereits der erste aktive Widerstand gegen die Kriegspolitik Hitlers 1938 aus; dann hat er im Mittelpunkt der Opposition, später der Konspiration und schließlich der Erhebung gegen ihn gestanden. Auf ihn konzentrierten sich auch die Sympathien und Hoffnungen der Deutschen aus allen Gruppen und Schichten, die die Wiedergeburt des anderen Deutschland erwarteten. Im Generalstab des Heeres galt er als militärische Autorität ersten Ranges auch nach seiner Verabschiedung. Wenn er als künftiges Staatsoberhaupt ausersehen wurde, so war das vor allem seiner Persönlichkeit zu verdanken. Von ihm war auch keine Militärdiktatur zu befürchten. Als es um die Vorbereitung des Staatsstreichs ging, war er der einzige Kandidat, der als künftiges Staatsoberhaupt in Betracht kam, und zwar sowohl bei der Rechten, den Generalen und Offizieren, dann bei der christlichen Mitte ebenso wie bei den Vertretern der Arbeiterschaft, den Sozialisten und den Gewerkschaftsführern. Er hat sich auch persönlich gut mit ihnen verstanden. Als im Frühjahr 1942 ein förmliches „Schattenkabinett“ gebildet wurde, ist Generaloberst Beck zum künftigen Reichsverweser oder, wie er es genannt haben wollte, zum „Generalstatthalter“ ausersehen worden.

Der Kandidat für das Amt des Reichskanzlers in dieser Schattenregierung, Carl Goerdeler, der frühere Oberbürgermeister von Leipzig, war mehr umstritten. Er sprach und schrieb viel und war immer tätig unterwegs. Aber sein Optimismus ging oft zu weit und verlor dann den Boden unter den Füßen. Seine Selbstlosigkeit wie die Art, mit der er Menschen gewinnen und zu Mithelfern machen konnte, waren dagegen anerkannt. Beck hat immer zu ihm gehalten, weil sie in ihren grundsätzlichen politischen Anschauungen übereinstimmten: Beide bekannten sich zu christlichen Prinzipien, auch in der Politik. Vor allem aber war Goerdeler unentbehrlich geworden, nachdem er als Vertreter der Firma Bosch von Berufs wegen im Lande umherreisen und seine Fäden ins Ausland spinnen konnte. Er ergänzte Beck nach der aktivistischen Seite.

Sicher ist der Generaloberst mehr ein Mann des Wagens als des Wagens gewesen, mehr Clausewitz als Gneisenau. Aber auch deshalb erschien er vielen als der prädestinierte Gegenspieler Hitlers. Denn im Fall eines Staatsstreichs mußte genau überlegt werden, bevor man handelte, und diese gründlichen Überlegungen waren bei Beck gesichert. Schon als Generalstabschef hatte er in ständigem Kon-

takt mit dem Auswärtigen Amt gestanden und sich einen „Gesamtüberblick über alle Verhältnisse“ verschafft, wie ihn Clausewitz vom Strategen fordert. Beck war so in der Außenpolitik vollkommen zuhause und frei von der Beschränktheit des militärischen Spezialisten. Er war einfach in seiner Lebenshaltung; auch in seinem Stil strebte er Einfachheit und Prägnanz an und gelangte damit in den „Studien“ oft zu klassischen Formulierungen. Es sei nur an die Sentenz über die Aufgabe der Außenpolitik aus der Denkschrift „Deutschland in einem kommenden Kriege“ vom Oktober 1938 erinnert, die lautet: „Unter den Vorbedingungen für eine erfolgreiche Kriegführung stellt eine tüchtige auswärtige Politik obenan. Sie schafft die Lage, in welcher ein Staat in den Krieg eintritt, und ist für sie verantwortlich. War sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen, so wird die Geschichte in dem Kriege nicht mehr die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern ihren Bankrott festzustellen haben.“<sup>2)</sup>

In den beinahe sechs Jahren seiner Kaltstellung bis zu seinem Tod am 20. Juli 1944 hat Beck fast ebenso viel und methodisch gearbeitet wie in der Zeit, als er noch Chef des Generalstabs des Heeres war. Er trieb eingehende geschichtliche Studien, beschäftigte sich mit Kant, und maß die Kriegsgeschichte, vor allem die des Ersten Weltkrieges, mit den klassischen Maßstäben von Clausewitz. Das Studium der Politik Bismarcks führte ihn zu tieferen Einsichten in die Zusammenhänge von Politik und Kriegführung. Früh erkannte er den Vorrang der Politik im Sinn der Staatskunst. Von 1939 bis 1944 — mit Ausnahme der Zeit seiner schweren Erkrankung 1943 — hielt er in jedem Jahr einmal einen Vortrag in der Berliner „Mittwochsgesellschaft für wissenschaftliche Unterhaltung“, in der traditiongemäß die höchsten Ansprüche gestellt wurden. Sie ist dann auch in den Kaltenbrunner-Berichten dargestellt worden „als ein Kristallisationspunkt . . ., in dem sich Persönlichkeiten defaitistischer und dem Nationalsozialismus feindlicher Haltung zusammenfanden und sich gegenseitig in ihrer Auffassung bestärkten.“<sup>3)</sup> In der Tat gehörten der Mittwochsgesellschaft eine Reihe von Persönlichkeiten an, die zu den politischen Verbündeten Becks zählten, wie Ulrich von Hassel, der frühere deutsche Botschafter in Rom, oder der vormalige preu-

ßische Finanzminister Popitz. Außerdem verkehrten in ihr u. a. der Chirurg Geheimrat Sauerbruch, der Soziologe und Pädagoge Eduard Spranger und der Kritiker Fechter, die indessen nicht eingeweiht wurden, dem Grundsatz gemäß, nur solche Persönlichkeiten zu Mitwissern zu machen, die am Tage des Staatsstreichs gebraucht wurden. Der „innere Kreis“ blieb aus diesen Gründen relativ klein. Allerdings gab es darüber hinaus noch manche, die „Wind bekommen hatten“ und mit dem Widerstandskreis sympathisierten.

Der politische und programmatische Gehalt der „Studien“ Becks ist bis zum heutigen Tag kaum richtig bekannt. In unserem Zusammenhang aber muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß sich mehrere von ihnen mit den „Nahtstellen“ zwischen Krieg und Frieden befassen, mit denen sich bisher weder die Historiker noch die Politiker und Soldaten so eingehend beschäftigt haben, wie es ihre Problematik verdient. In der Studie „Der 29. September 1918“ vor allem kann man nachlesen, wie man einen militärisch verlorenen Krieg doch noch politisch erträglich beendet. Wir werden darauf noch kommen. Im übrigen waren in den „Studien“ die Prinzipien herausgestellt, nach denen die Beck-Goerdeler-Gruppe nach dem Staatsstreich die Politik führen und wie sie handeln wollte. Vor allem erklärte Beck, daß der „ehrenhafte und nützliche Ausgleich“ in jedem Fall der Gewaltanwendung vorzuziehen sei. Auch die Großraumpolitik sah er voraus, die die technische wie die wirtschaftliche Entwicklung verlangte. Seine kritische Auseinandersetzung mit dem totalen Krieg, die er im Juni 1942 der Berliner Mittwochsgesellschaft vortrug, war schließlich in verdeckter Form eine Art von „Regierungserklärung“ des vorgesehenen „Generalstatthalters“ und wurde auch so verstanden.

Die politische Macht war nicht das Ziel der Wünsche Becks: In dieser Beziehung war er gewiß nicht das, was man einen Vollblutpolitiker nennt. Aber er hatte dafür einen ausgeprägten Sinn für politische Verantwortung. Im übrigen war ihm die Politik die Kunst des Möglichen und die Staatsführung wie die Kriegführung ein System von Aushilfen. Auch 1944 suchte er noch einen Ausweg, strategisch und politisch, um die Lebensrechte Deutschlands zu erhalten. Das einzige Mittel dazu sah er schon damals in der Einordnung Deutschlands in ein vereinigtes Europa. Nur dieses Konzept konnte den ideologischen Nationalismus überwinden, der zu den Weltkriegen geführt hatte, und zugleich

2) Beck, Studien, S. 60.

3) Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, Stuttgart 1961, S. 289.

einen neuen „Diktatfrieden“ überflüssig machen. Das war der einfache Grundgedanke Becks, von einer großen Idee her ebenso bestimmt wie von politischer Vernunft, und darin wußte er sich einig mit Goerdeler. Ihr Ziel für Deutschland war gleichbedeutend mit dem abendländischen Fortschritt. Aus christlicher und ethischer Verantwortung jedoch

Man sollte sich also die damalige Gesamtlage immer vor Augen halten, wenn man schon vom „20. Juli“ spricht. Man sollte aber auch die Kaltenbrunner-Berichte ebenso kritisch wie eingehend studieren, um die politischen und sozialen Ziele zu kennen, die nach dem Anschlag verwirklicht werden sollten. Die Lage der deutschen Wehrmacht und damit des Reiches hatte sich seit dem Spätsommer 1943 immer weiter verschlechtert; ein militärischer Sieg war ausgeschlossen. Trotzdem aber war sie im großen und ganzen nicht so verfahren, daß sich überhaupt keine Auswege mehr zeigten. Ausweglos war sie nur unter der politischen und strategischen Führung Hitlers. Nur wenn er blieb, war die Katastrophe nicht abzuwenden. Wie aber, wenn man die politische Führung und die strategischen Führungsmethoden von Grund auf änderte? Wenn man die rechtlichen und vernünftigen Grundsätze erneuerte, denen Deutschland seinen Aufstieg verdankte? Was Beck vorschwebte, läßt sich aus der „Geheimen Denkschrift Goerdelers für die Generalität bestimmt“ ermitteln, die Ritter als Anhang VII seines Buches abdruckt<sup>4)</sup>: Konzentration der Kräfte auf die innere Linie statt der bisherigen Verzettlung an der europäischen Peripherie. Dann war ohne Zweifel eine neue Lage geschaffen — auch für die Alliierten. Der militärische Verlust des Krieges war nicht mehr abzuwenden, gewiß, aber die Endlage konnte doch militärisch noch so verbessert werden, daß Verhandlungen möglich wurden und der Krieg in Europa *politisch* beendet werden konnte. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich Beck dieses Ziel noch im Juli 1944 gesetzt hat und auch am 20. Juli danach handelte. Durch Olbricht und Stauffenberg hätte er einen ziemlich genauen Überblick über die operativen Reserven, die dann zur Verfügung gestanden hätten.

4) Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956<sup>3</sup>, S. 593 ff.

schreckten beide noch lange vor einem Attentat zurück, wie dies ähnlich Rommel noch 1944 getan hat. Aber dann gab es schließlich doch keinen anderen Ausweg mehr, und im Juli 1944 war es so weit, daß gehandelt werden mußte: Man durfte es nicht dazu kommen lassen, daß man keine Faustpfänder mehr in der Hand hatte.

### III. Die Zwangslage Stauffenbergs

Allerdings duldeten im Juli 1944 die Lage im Osten keinen Aufschub mehr. Ende Juni war die Heeresgruppe Mitte unter den Angriffschlägen der Sowjetrussen zusammengebrochen. Auch die nördliche wie die südliche Heeresgruppe drohten bereits mit in die Niederlage gerissen zu werden. Nicht sehr viel günstiger stand es an der Westfront: Nach der Lagebeurteilung Rommels, die Oberstleutnant v. Hofacker am 11. Juli seinem Vetter Stauffenberg überbrachte, war auch mit einem Einsturz der Normandiefront Ende Juli oder spätestens Anfang August zu rechnen. In Italien war Anfang Juni Rom geräumt worden; langsam, doch unaufhaltsam drangen die Engländer und Amerikaner auf der Apenninhalbinsel nach Norden vor. Schließlich war durch die Verhaftung der beiden Sozialisten Professor Theodor Reichwein und Julius Leber, die zu den Eingeweihten gehörten, eine weitere Zwangslage geschaffen, die zum sofortigen Handeln zwang. So hat die alte soldatische Faustregel schließlich auch mit den Ausschlag gegeben, daß Handeln in jedem Fall besser sei als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel. Der Krieg war in sein letztes Stadium eingetreten und mußte anders geführt werden, um noch halbwegs glimpflich zu enden. Dieses Ziel hatten Beck und Goerdeler und mit ihnen Stauffenberg im Juli 1944 vor Augen.

Der schwerste Entschluß war der zum Attentat. Stauffenberg hatte sich persönlich dazu verpflichtet. Beck hat er furchtbare Gewissensskrupel bereitet. Gesundheitlich war er nach seinen schweren Operationen des Jahres 1943 nicht mehr auf der Höhe, wie von verschiedenen Seiten bezeugt wird. In Schweiß gebadet hat er die Nächte vom 15. bis zum 20. Juli verbracht, wie die Vernehmungen seiner Haushälterin durch die Geheime Staatspolizei ergaben. Beck rang schwer mit seinem christlichen Gewissen.

Aber auch Stauffenberg geriet in eine Zwangslage sondergleichen. Er, der gläubige Katho-



lik, hatte sein Ehrenwort gegeben, daß er das Attentat auf sich nehmen werde. Er war auch ohne Zweifel die treibende Kraft zu dieser gewaltsamen Lösung, vor allem nachdem sich Hitler am 19. Juni, unerwartet aus Frankreich nach Berchtesgaden zurückkehrend, der Festnahme durch Rommel mit der Witterung eines Wolfes entzogen hatte. So war Stauffenberg vollends seit dem 1. Juli die Schlüsselfigur der Erhebung. Er war nun Chef des Stabes des Ersatzheeres und kam in dieser Eigenschaft regelmäßig zum Vortrag in der Lagebesprechung bei Hitler. Damit war er auch der einzige unter den Verschworenen überhaupt, der noch des öfteren Zutritt zum Sperrkreis I hatte, aus dem in der letzten Phase des Krieges Hitler nur noch in Ausnahmefällen herauskam. Das muß man sich immer gegenwärtig halten. Aber dann war da noch ein weiteres Handicap für Stauffenberg: Er konnte nicht schießen, weil er ja nur ein Auge und nur noch zwei Finger hatte und diese nur an der linken Hand.

Schließlich gab es noch einen weiteren Zwang, unter dem Stauffenberg handeln mußte: Als Stabschef wurde er auch in Berlin gebraucht, um die Operation „Walküre“ durchzuführen, und endlich war seine Anwesenheit dort unerläßlich, weil eben Beck nicht mehr über seine volle Gesundheit, Entschlußkraft und Konzentrationsfähigkeit verfügte. Aber das wußten wohl nur diejenigen, die ihm damals am nächsten standen. Seine nächtlichen Schweißausbrüche waren dafür bezeichnend. Kennzeichnend für das Absinken von Becks geistiger

Präsenz ist aber auch sein letzter Vortrag über den Marschall Foch, den er noch Ende Mai in der Berliner Mittwochsgesellschaft gehalten hatte. Gewiß, dieser Vortrag war indirekt ein hochherziges Anerbieten an die Franzosen, mit der „Erbfeindschaft“ Schluß zu machen, wie er auch ihre soldatische und politische Leistung im Ersten Weltkrieg würdigte, aber die Löwenklaue wird man darin vermissen, die lapidare Formulierung und methodische Darstellung, durch die sich die früheren Studien Becks auszeichnen.

So wurde Stauffenberg durch die Umstände in eine Doppelrolle gedrängt. Er allein kam noch als Attentäter in Frage und war zugleich der Chef der Operationen, die nach dem Anschlag in Gang kommen sollten. Die Zeit aber, die er zum Flug von Ostpreußen bis zur Rückkehr in die Bendlerstraße brauchte, ging praktisch verloren, weil es unmöglich war, das Führerhauptquartier von seinen Nachrichtenverbindungen abzuschneiden. Genau das war eingetreten, was Clausewitz als die Erfahrung aller extremen Lagen herausstellte. Es gab Friktionen, an die niemand gedacht hatte, die man nicht „einzuplanen“ vermochte. Die letzte Entscheidung traf nicht der Handelnde, sondern der Herr der Geschichte, der höher als alle Vernunft ist. Die Christen hatten sich dieser Entscheidung zu beugen. Sie wurden aus Umstürzeln zu Blutzügen. Aber vielleicht wurde ihre Nachwirkung darum um so größer. Sie mußten sterben, wie das Samenkorn stirbt und untergeht, bevor es Früchte bringen kann.

#### IV. Die politischen Ziele

Was aber hat die Beck-Goerdeler-Gruppe nach gelungenem Anschlag gewollt? Was waren ihre Ziele, im großen Rahmen gesehen? Wie sah die „neue Lage“ aus, die sie anstrebten? Die Beantwortung dieser Fragen ist durch die Beschränkung auf den „20. Juli“ und die Umstände des Anschlags bisher zu kurz gekommen. War am 20. Juli schon alles verloren, so daß nur noch die bedingungslose Kapitulation übrigblieb? Gerade diese Frage ist, wir wiederholen es, zu verneinen und noch am Nachmittag dieses Tages von Stauffenberg ebenso verneint worden wie von Generaloberst Beck als designiertem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht. Sie wußten, daß es bereits sehr spät war und waren sich klar darüber, daß es schwer halten werde, eine sinnvolle europäische Friedensordnung zu gewin-

nen, aber sie wagten dafür das Äußerste. Es ist eine tragische Ironie der Geschichte, daß dies gerade die Kaltenbrunner-Berichte bezeugen, und zwar dadurch, daß sie die Denkschriften der Erhebung von 1944, die Regierungserklärung und andere Dokumente im authentischen Wortlaut wiedergeben. Erst dadurch sind wir über die großen politischen Ziele der Erhebung von 1944 genau im Bilde.

Beginnen wir mit der Innenpolitik. Der „innere Kreis“, der von den ehemaligen Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten reichte, war sich vor allem darüber einig, daß der Rechtsstaat wiederhergestellt werden müsse. In dem Entwurf zu einer Rundfunkansprache, die in den Papieren Goerdelers gefunden wurde, heißt es ausdrücklich: „Das Gebäude

des Staates, das auf Unrecht, Willkür, Verbrechen aller Art, Eigennutz, Lüge aufgebaut wurde, wird niedergerissen werden. Das Fundament des neuen Staatsbaus werden die sicheren Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens bilden, werden Recht und Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Anstand, Sauberkeit, Vernunft und Rücksicht aufeinander und Rücksicht auf die von Gott geschaffenen Völker und Lebensinteressen sein.“<sup>5)</sup> In der Studie Becks „Die Lehre vom totalen Krieg“, die er im Frühjahr 1942 verfaßte, hatte es bereits geheißt: „Die Regelung des Lebens der Völker untereinander ist tägliche Aufgabe der praktischen Politik. Sie ist wie die Strategie ein flüssiges Element, das sich den Personen und Verhältnissen anpassen muß und nur das Mögliche erreichen kann. Sie verlangt Kenntnis der eigenen Geschichte und der Geschichte anderer Völker, Blick für die in der Welt wirkenden Kräfte und die jeweilige Lage. Sie verlangt aber auch Rücksicht auf die vielen Imponderabilien, die sich schon aus der einen Tatsache ergeben, daß kein Volk auf dieser Welt allein lebt, daß Gott vielmehr auch noch andere Völker geschaffen hat und sich entwickeln ließ, ohne unter ihnen eine Rangordnung festzusetzen, und daß kein Kulturvolk auf sich allein gestellt bleiben kann.“<sup>6)</sup> Das war ein eindeutiges Bekenntnis zu einer christlichen Auffassung vom Wesen der Politik.

Wie aber wurde die Lage im weltpolitischen Rahmen beurteilt? In demselben Rundfunkaufsatz, dessen Entwurf entweder nach allen Indizien von Beck selbst stammt oder von ihm inspiriert wurde, heißt es ausdrücklich:

„Wir wissen noch nicht, wie sich das Ausland zu uns stellt.“ In der Erklärung zur Atlantik-Charta Roosevelts und Churchills, die Goerdeler verfaßte und die bereits vom 13. 12. 1942 datiert ist, also aus einer Zeit, in der sich Stalingrad abzeichnete, wird grundsätzlich gefordert: „Der Friede muß ein beständiger sein. Das kann er nur, wenn er den Völkern Selbständigkeit und Ehre läßt und ihnen ermöglicht, die Schäden des Krieges zu heilen, die Schulden durch Arbeit abzutragen und dann wieder Wohlstand durch Leistung aufzubauen. Dazu ist notwendig, daß er die seelischen, die geistigen und die materiellen Kräfte des Menschen zur harmonischen Entfaltung kommen läßt. Unerläßliche Grundlage ist Zusammenarbeit in christlicher Hilfsbereitschaft.“

Wie aber sollte man dieses Ziel erreichen? Wie wollte man mit den bisherigen Gegnern zu einem Ausgleich, zu einer dauernden Verständigung und Versöhnung kommen? Zwei sichere Indizien für die Vorstellungen Becks vor allem sind vorhanden, die unseres Erachtens bisher noch nicht genügend berücksichtigt wurden. Es sind dies:

1. Die schon erwähnte Rede Becks über Marshall Foch, die für eine endgültige Aussöhnung mit Frankreich plädierte, eine Absicht, die Beck schon 1937 bei seiner Pariser Reise hatte erkennen lassen.
2. Der Rommel-Stülpnagel-Plan vom Mai 1944, der, offensichtlich von Beck inspiriert, die klare Option für den Westen bedeutete, wie die Initiative zu einer Politik, wie sie heute die Deutsche Bundesrepublik verwirklicht.

Bevor es freilich zu diesem Plan kommen konnte, waren noch einige Hürden zu nehmen.

## V. Auf der Suche nach militärischer Macht

Bei der Diskussion über den sogenannten „20. Juli“ hat bisher zumeist das ethische Motiv im Vordergrund gestanden. Gewiß hat es sich damals um einen echten Aufstand des Gewissens gehandelt. Aber dieses Gewissen hatte nicht nur ethische, sondern auch höchst realpolitische Beweggründe. Es war durch eine ausgesprochene politische Verantwortungsethik bestimmt. Infolgedessen mußte auch die Frage nach dem Gelingen, den ausreichenden Mitteln für einen Staatsstreich gestellt werden, also die nach der bewaffneten

Macht, die am Tage X zur Verfügung stehen würde. Vor allem für einen so gewissenhaften Planer wie Beck war dies selbstverständlich. Aber woher sollte man Truppen für eine „Revolution von oben“ nehmen? Es gab zunächst nur diejenigen des Ersatzheeres, über die General Olbricht unter gewissen Voraussetzungen, z. B. im Fall innerer Unruhen, verfügte. Sie waren indessen in keinem Fall ausreichend. Außerdem war unbedingt zu vermeiden, daß es später wieder hieß, die Heimat sei der kämpfenden Front in den Rücken gefallen. Also mußte einer der Heerführer, ein Heeresgruppenbefehlshaber für den Staatsstreich gewonnen werden. Solange

5) Spiegelbild einer Verschwörung, S. 213—217.

6) Beck, Studien, S. 250.

ein solcher Mann fehlte, der außerdem so viel Ansehen besaß, daß er die eigene Truppe ebenso wie andere Oberbefehlshaber mitriß, solange blieb der Staatsstreich ein sinnloses Abenteuer, nicht zu verantworten und von vornherein zum Scheitern verurteilt. Man konnte nicht einfach losschlagen, so sehr auch die Lage drängte. Der Nicht-Soldat Hans-Bernd Gisevius hat dies in seinen Klagen und Anklagen gegen die ewig zaudernden Generäle ebenso verkannt, wie der Berufsdiplomat Ulrich v. Hassell bei den Generälen, den „Josephs“, wie er sie nannte, eine Entscheidungsfreiheit voraussetzte, die durchaus fehlte. Auch in diesem Fall wäre es gut gewesen, hätten die konspirierenden Politiker und Diplomaten mehr von militärischen und strategischen Dingen verstanden. Viele Meinungsverschiedenheiten wären dann gar nicht aufgetreten.

Wie aber war die Lage Ende 1943? Der Generaloberst als künftiger Generalstatthalter verfügte, wie gesagt, nur über Truppen des Ersatzheeres mit Hilfe von General Olbricht. So sind Beck und Goerdeler ganz bewußt darauf ausgegangen, Verbündete unter den Feldmarschällen zu suchen, die an der Front standen und Heeresgruppen befehligten. Der Brief vom 17. 5. 1943 an Olbricht, den Gerhard Ritter<sup>7)</sup> wiedergibt, ist dafür ein eindrucksvolles Zeugnis. In der Tat hatte die damalige Opposition zuerst den Feldmarschall v. Witzleben, den damaligen Oberbefehlshaber West, für ihre Pläne gewonnen; dann aber wurde dieser Anfang Februar 1942 verabschiedet und man ging weiter auf die Suche. Da war vor allem Goerdeler unermüdlich. Der nächste Verbündete war dann der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront, Feldmarschall v. Kluge: Im September 1943 kam es in Berlin zu einer langen Aussprache zwischen Beck, Goerdeler und Kluge, seit der Beck Kluge als Eingeweihten und potentiellen Verbündeten betrachtete. Aber bereits am 12. Oktober 1943 wurde Kluge bei einem Auto-unfall so schwer verletzt, daß er lange Monate für die Erhebung ausfiel, und zwar gerade in der entscheidenden Wende.

Erst im Januar 1944 konnte Beck wieder einen Befehlshaber gewinnen, seinen alten Vertrauten und Mitarbeiter, den General der Infanterie Karl Heinrich v. Stülpnagel, jetzt Militärbefehlshaber in Frankreich. Bei dessen Besuch in Berlin waren sich beide, die schon im Generalstab des Heeres in ihrer Kritik an der NS-Politik übereinstimmten, in der Beurteilung der militärischen wie der weltpolitischen Lage einig, vor allem auch in der Verurteilung Hitlers. Im Stab des Militärbefehlshabers Frankreich hatte sich schon eine Widerstandsgruppe gebildet, wie Stülpnagel wußte, und so stellte sich auch der Militärbefehlshaber selbst seinem früheren Chef zur Verfügung. Er tat es nicht ohne Bedenken wegen des späten Zeitpunkts, wie er auch seinen Vertrauten gegenüber zum Ausdruck brachte. Es war auch keine ansehnliche Streitmacht, über die er mit seinen Sicherungstruppen in Frankreich verfügte. Nur in Paris hatte er drei Regimenter, die als einigermaßen kampfkünftig gelten konnten und die dann auch am 20. Juli energisch handelten, als sie den gesamten SD verhafteten.

Der Januar 1944 war also ein neuer Anfang. Denn was half die Beseitigung Hitlers, wenn die Erhebung nicht Macht genug besaß, eine neue Staats- und Rechtsordnung durchzusetzen? Das hat z. B. auch Hans-Bernd Gisevius offenbar nicht genügend bedacht. Überhaupt scheinen die Kritiker des vermeintlichen Zauderns der Generäle das machtpolitische Moment zu übersehen. Man mußte einigermaßen sicher sein, daß die Wehrmacht, das Heer vor allem, „mitzog“, und dazu brauchte man einen der anerkannten Heerführer, einen Frontbefehlshaber. Es war sinnlos und weder politisch noch militärisch zu verantworten, wenn man einfach von heute auf morgen losschlug, nur weil sich die militärische Lage weiter verschlechterte. Allerdings haben auch manche der Politiker, die Beck nahestanden, ja Goerdeler selbst, diesen Zwang zum Abwarten nicht begriffen. Freilich hatte das Warten außerdem auch noch andere, irrationale tiefenpsychologische Gründe.

## VI. Rommel als neuer Verbündeter

Nach dem Besuch Stülpnagels bei Beck hat Goerdeler eine neue Aktivität entfaltet. Seine Bemühungen um einen Frontbefehlshaber

als Verbündeten waren auch nicht vergeblich, nachdem Kluge bis auf weiteres ausfiel. Es gelang Goerdeler über den damaligen Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Karl Strölin, von dem er wußte, daß auch er einen bösen Aus-

7) Ritter, Carl Goerdeler, Faksimile bei S. 353.

gang des Krieges voraussah. Offenbar von Goerdeler veranlaßt oder bestärkt, besuchte Strölin Feldmarschall Rommel in Herrlingen bei Ulm, wo Rommel eben ein neues Heim für seine Familie bezogen hatte. Es kam zu einer vertraulichen Unterredung. Im Laufe der nächsten Wochen ist dann Rommel, nun Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe im Westen, immer mehr zu der gleichen Überzeugung wie Beck und Goerdeler gekommen: Hitler mußte beseitigt werden und das NS-Regime verschwinden, wenn der Krieg nicht zu einer totalen Vernichtung führen sollte. Für eine direkte Aktion wurde dann Rommel vollends durch seinen neuen Chef des Stabes, General Speidel, gewonnen<sup>8)</sup>. Speidel vermittelte auch zwischen Rommel und Stülpnagel, dem Militärbefehlshaber in Frankreich. Schließlich war über dessen nächsten Vertrauten, den Oberstleutnant d. R. v. Hofacker, der Kreis

## VII. Der Rommel-Stülpnagel-Plan

Der 15. Mai 1944 ist von besonderer Bedeutung für die Geschichte der Erhebung. Denn an diesem Tage kommt es aus Anlaß einer Familienfeier in einem Landhaus in Mareil-Marly bei Paris, ganz in der Nähe des heutigen Hauptquartiers der NATO, zu einem nach außen nicht in Erscheinung getretenen Treffen zwischen Rommel und Stülpnagel und einer langen Aussprache zwischen den beiden. Dabei einigte man sich endgültig über die Pläne, die die beiden Chefs inzwischen ausgearbeitet hatten. So ist hier auch eine Entscheidung gefallen, die zu außerordentlichen Folgen hätte führen müssen: Man will, ganz im Sinne Becks, dem die Schonung Frankreichs besonders am Herzen liegt, die besetzten Westgebiete räumen, oder man will diesen Preis für Verhandlungen anbieten, die zunächst der Einstellung des Bombenkriegs gegen die Zivilbevölkerung gelten sollen. Wie sehr Beck die endgültige Aussöhnung mit Frankreich wünscht, weiß niemand besser als Speidel, denn er hat ja den damaligen Generalstabschef auf dessen Frankreichreise 1937 begleitet. Er wie Rommel wissen ferner, daß es auch der *Strategie* Beck ist, der die Räumungen zugleich als

8) Ulrich von Hassel notiert in seinen nachgelassenen Tagebüchern unter dem 11. Juli 1944: „Rommel hat in Speidel (den ich damals eingehend in Paris sprach) einen ausgezeichneten, klar denkenden Chef des Stabes.“ Hassell, Ulrich von, Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938—44. Zürich 1946.

zu Beck geschlossen. Der vorgesehene Generalstatthalter hatte nicht nur die Unterstützung des Oberbefehlshabers einer Heeresgruppe, sondern auch den volkstümlichsten aller Feldmarschälle auf seiner Seite.

So kam es, daß im Mai 1944 die Sache der Erhebung so günstig stand wie niemals im ganzen Krieg. Es war so weit, daß man sich über die großen Ziele einig war und in die operative Planung eintreten konnte. Die Berliner Gruppe konnte den führenden Generälen im Westen die Initiative überlassen, weil dort die größten politischen Möglichkeiten bestanden und man noch mit einiger Aktionsfreiheit rechnen konnte. Beck sah hoffnungsvoll nach Frankreich, wohin, wie Speidel schreibt, eine geheime Verbindung bestand, die nie entdeckt wurde. Noch hatte die Invasion nicht begonnen.

Konzentration der Kräfte auf die Reichsverteidigung betrachtet, um damit eine neue politische Ausgangslage des Krieges zu schaffen. So kommt ein politisch wie strategisch gleich wichtiger Plan zustande.

Dieser Rommel-Stülpnagel-Plan, wie wir ihn nennen wollen, ist leider nicht so bekannt, wie er seinem Inhalt nach sein müßte. Vor allem ist er bisher auf seine möglichen Folgen und tatsächlichen Absichten hin noch nicht genügend analysiert worden, nachdem er von Speidel in seinem Buch<sup>9)</sup> in großen Umrissen mitgeteilt wurde. Durch den Gestapo-Bericht, den Gerhard Ritter als Anhang XII zu seinem Goerdeler-Buch veröffentlicht<sup>10)</sup>, wird dieser Plan indirekt bestätigt. Aus diesem Bericht geht ferner hervor, daß Hauptmann Kaiser in Berlin für Stauffenberg eine Aktennotiz verfaßte, worüber mit den westlichen Alliierten verhandelt werden sollte, nachdem bereits über Mittelsmänner zwei Verbindungen nach England hergestellt worden seien. Die elf Punkte dieser Notiz decken sich ziemlich genau mit dem Inhalt des Planes, den Speidel veröffentlicht. Die Übereinstimmung und Koordinierung des Vorgehens zwischen Berlin und Paris erscheint damit gesichert. Wenige Tage später hält Beck seinen Vortrag über den Marschall Foch.

9) Speidel, Hans, Invasion 1944, Tübingen 1949.

10) Ritter, Carl Goerdeler, S. 625.

Der Rommel-Stülpnagel-Plan sah das Folgende vor:

#### Westen

Räumung der besetzten Westgebiete. Rückführung des Westheeres hinter den Westwall.

Übergabe der Verwaltung an die Alliierten. Sofortige Einstellung des feindlichen Bombenkrieges gegen die Heimat.

Aufruf an das deutsche Volk über alle Sender: Schonungslose Aufklärung über die wahre politische und militärische Lage und ihre Ursachen, weiter über die Verbrechen der Staatsführung Hitlers.

Unterrichtung der Truppe über die Notwendigkeit aller Maßnahmen zur Rettung vor der Katastrophe.

In der Aktennotiz des Hauptmann Kaiser heißt es damit übereinstimmend:

1. Sofortige Einstellung des Luftkrieges.
2. Aufgabe der Invasionspläne.
3. Vermeiden weiterer Blutopfer.
4. Räumung aller besetzten Gebiete im Norden, Westen, Süden.

#### Heimat

Festsetzung Adolf Hitlers, um ihn vor ein deutsches Gericht zu stellen. Ausführung durch

die Widerstandskräfte im Oberkommando des Heeres bzw. durch heranzuführende Panzerverbände . . . Sturz der NS-Gewaltherrschaft. Vorläufige Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Widerstandskräfte aller Schichten und Stände unter Führung von Generaloberst Beck, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler und des früheren hessischen Innenministers und Gewerkschaftsführers Leuschner. Militärdiktatur, Versöhnung im Inneren und keine Spaltung. Vorbereitung eines schöpferischen Friedens im Rahmen eines vereinigten Europas. Zusammenarbeit aller Aufbauwilligen.

Kaiser:

5. Vermeidung jeder Besetzung.
6. Freie Regierung, selbstständige, selbstgewählte Verfassung.
7. Vollkommene Mitwirkung bei der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen, bei der Vorbereitung der Gestaltung des Friedens.

#### Osten

*Weiterführung des Kampfes* (Hauptmann Kaiser „Dauernde Verteidigungsfähigkeit im Osten“). Halten einer verkürzten Ostfront auf der ungefähren Linie: Donaumündung — Karpaten — Lemberg — Weichsel — Memel. Umgehende Räumung von Kurland und anderen „Festungen“.

## VIII. Analyse der Planung

Es ist verwunderlich, daß bisher noch keine tiefer dringende Analyse dieser Planung versucht wurde. Sie bedeutete weltpolitisch:

1. Eine klare Option für den Westen und dessen Übergewicht in Europa.
2. Eine Konzentration der eigenen Kräfte zur Verteidigung des Reiches auf der inneren Linie.
3. Aufbau einer verteidigungskräftigen Ostfront zur Abwehr des Bolschewismus von Mitteleuropa und dem Balkan.
4. Bewahrung Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Norwegens vor weiteren kriegerischen Zerstörungen.

Wenn die westlichen Alliierten auf diesen Plan eingegangen wären, hätte sich folgende Lage ergeben:

- a) Wiederherstellung der Souveränität der genannten Länder ohne materielle und blutige Opfer.

b) Übergewicht der Amerikaner, deren Armee unverbraucht in Europa eingreifen konnte.

c) Sicherung des Balkans gegen den sowjet-russischen Zugriff.

So stellten die Planungen zugleich ein politisches Angebot dar, dessen Bedeutung feststand. Sie wären der Mehrzahl der Europäer auch in humaner Beziehung zugute gekommen. Da die freiwillige Räumung der besetzten Gebiete politisches Gewicht hatte, konnte man wohl die Gegenleistung dafür verlangen, daß der Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung eingestellt wurde. Damit sollten offenbar die Verhandlungen beginnen, um die Formel von Casablanca zu umgehen. Jedenfalls haben Vernunft und Menschlichkeit bei diesem Plan Pate gestanden. Hätte man ihn über den Äther ausstrahlen können, hätten sich in den freien Ländern möglicherweise auch Stimmen dafür wie für einen Verhandlungsfrieden mit einem anderen Deutschland

erhoben. Es ist nicht zu bestreiten, daß er auch psychologisch durchdacht war.

Im übrigen scheint sich Beck viel weniger Illusionen als Goerdeler gemacht zu haben, und seine deutschen Partner in Frankreich auch nicht. Keiner der Emissäre, die mit Briten oder Amerikanern sprachen, kam mit einem Zugeständnis nach Hause. Aber auch ohne diese Erleichterung mußte man wagen, *eine neue Lage* zu schaffen, eine andere strategische und politische Ausgangslage des Krieges. Beck hatte sich zu staatsmännischem Denken und Handeln durchgerungen, aber er hatte nicht aufgehört, auch als Stratege durchdacht zu planen. Im übrigen war aber auch ein gewisser Optimismus Goerdelers begreiflich: Angesichts seiner überlieferten Politik des europäischen Gleichgewichts, meinte er, konnte England *auf die Dauer* nicht zulassen, daß Rußland in Europa zu stark wurde. Zwischen dem Gesellschaftssystem der Vereinigten Staaten und Großbritanniens auf der einen und dem Sowjetrußlands auf der anderen Seite bestanden unvereinbare Gegensätze. Früher oder später mußten sie sich auswirken — und dann brauchten die Westmächte Deutschland. Freilich hatte dies zur Voraussetzung, daß auch Deutschland sein System änderte und wieder *bündnistfähig* wurde. Deshalb war auch die Aburteilung der NS-Kriegsverbrecher durch deutsche Gerichte ein Politikum

## IX. Die Europa-Pläne

Gerhard Ritter hat mit seinem umfangreichen Goerdeler-Werk die bisher wichtigste und gehaltvollste Darstellung der deutschen Widerstandsbewegung gegeben. Er hat vor allem auch ihre Vorgeschichte und ihren Werdegang aufgehellert und so alle Voraussetzungen für eine Gesamtschau ihrer Geschichte geschaffen. Nur brachte es sein Thema mit sich, daß er von Goerdeler ausging und nicht von Beck. Dadurch verschieben sich unseres Erachtens manchmal die Perspektiven. An dem Idealismus Goerdelers, an seiner Selbstlosigkeit der Sache zuliebe ist nicht zu zweifeln, wie Ritter nachweist. Ferner ist sicher, daß Goerdeler mit Beck in allen grundsätzlichen Fragen übereinstimmte und daß sie ausgezeichnet zusammengearbeitet haben. Aber Becks Horizont ist umfassender, seine Gedanken und Vorstellungen sind klarer und realistischer. Das wird vor allem aus den „Studien“ offenkundig. Beck verliert nie einer ab-

ersten Ranges. Wenn das besiegte Deutschland in ein vereinigtes Europa eingegliedert wurde, konnten die Westmächte durchaus die Kontrolle übernehmen, ohne daß dies diffamierende Formen anzunehmen brauchte. Nach den „Studien“ hat Beck, der die „Geschichte als unerschöpfliches und einziges Arsenal des wissenschaftlichen Studiums der Politik“ bezeichnete<sup>11)</sup>, jedenfalls weiter gesehen als die damaligen Politiker des Westens. Er wollte auch verhindern, daß politische Rache geübt wurde. So machte er sich als Christ wie als philosophischer Denker auch über die künftige Friedensordnung bestimmte Gedanken. Als Politiker von staatsmännischem Rang aber, der er inzwischen war, mußte er auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich die Gegenseite besann. Deshalb war er entschlossen, den Krieg *zunächst* weiterzuführen, wie wir noch sehen werden, doch eben mit anderen Voraussetzungen. Im übrigen ist es eindrucksvoll zu verfolgen, wie Beck und Goerdeler an dem Grundprinzip der Europa-Pläne seit 1942 festhalten, auch wenn die veränderte Lage eine immer neue Anpassung verlangte. Aber eine solche Anpassung war für den Strategen Beck selbstverständlich. Im Jahre 1944 wurde er von einem Meister der militärischen zu einem solchen der politischen Strategie: Ihr Ziel war, trotz allem noch eine erträgliche politische Friedensordnung für Europa zu gewinnen.

strakten Ethik zuliebe den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen. Als Chef des Generalstabs war er darin geübt, eine gedankliche Konzeption in die Tat umzusetzen. Er war ein Meister zutreffender Lagebeurteilung, wie sich 1938 gezeigt hat, und sah kommende Entwicklungen voraus. Die wissenschaftlichen Methoden des Generalstabs, in Generationen systematisch erarbeitet, standen ihm zur Verfügung, um auch eine schwierige politische Lage zu meistern.

Beck war aber auch der führende Europäer in der deutschen Widerstandsbewegung. Bereits 1937 bei seiner „privaten“ Reise zur Pariser Weltausstellung hatte sich das gezeigt; vollends wird diese Tendenz durch die „Studien“ offenkundig. Es ist begreiflich, daß Ritter im 14. Kapitel seines Buches, in dem er die Friedens- und Zukunftspläne für Europa behan-

11) Beck, Studien, S. 247.

delt, nicht davon spricht, denn die Studien sind erst 1955 erschienen. Sie gaben und geben aber für die Friedens- und Zukunftspläne Europas neue Aspekte, vor allem jene fünf Punkte, die sich mit den Voraussetzungen einer praktischen Politik im Futurum beschäftigen<sup>12)</sup>. Diese fünf Punkte geben auch den Plänen und Denkschriften, wie sie die Kaltenbrunner-Berichte im authentischen Wortlaut mitteilen, die programmatische Direktive.

So muß man die Denkschriften und Entwürfe, die in den Papieren Goerdelers gefunden wurden, immer wieder mit Becks Studien vergleichen. Ihre inhaltliche Übereinstimmung ist auffallend. So ist zu vermuten, daß die meisten Denkschriften und Aufrufe nach gemeinsamer Beratung von Goerdeler niedergeschrieben wurden, während Beck 1943 krank lag. Sie sind zum Teil auch durch spätere Fassungen überholt worden. Andere Entwürfe und Niederschriften fanden sich bei den Akten von Hauptmann Kaiser, der als eine Art von Bürochef und Chronist der Erhebung fungiert hat.

Jedenfalls sind die Absichten dokumentarisch belegt, die die Gruppe Beck-Goerdeler praktisch verfolgte. Sie sind in außenpolitischer Beziehung bestimmter und zukunftsweisender als in innenpolitischer. Das erklärt sich aber auch daraus, daß die Lage im Kriege vor allem zuerst eine große und neu konzipierte Außenpolitik verlangte, während die Innenpolitik erst dann neu gestaltet werden konnte, wenn die Friedensregelung feststand und die Soldaten mitbestimmen konnten. Von den Denkschriften, die die Kaltenbrunner-Berichte ganz oder im Auszug mitteilen<sup>13)</sup>, erscheinen heute vor allem wichtig die Entwürfe:

„Das Ziel“. Denkschrift zur Außenpolitik

Das Europa-Programm

Der Aufruf an die Wehrmacht

Die geplante Rundfunkansprache

Die Denkschrift „Das Ziel“ wird von den Kaltenbrunner-Berichten Hauptmann d. R. Kaiser, bei dem sie gefunden wurde, das Europa-Programm aber Goerdeler zugeschrieben, weil es sich unter dessen Papieren fand. Wir müssen indessen, ebenso bei der Rundfunkansprache und dem Aufruf an die Wehrmacht, eine Gemeinschaftsarbeit voraussetzen. Die ersten Entwürfe für die außenpolitischen Schriften stammen dabei unseres Erachtens

12) Beck, Studien, S. 250—252.

13) Spiegelbild einer Verschwörung, S. 131 ff., S. 199 ff., 213 ff., 243 ff

von Beck, die für die Innenpolitik von Goerdeler. Das sichere Indiz dafür sind eben die Studien des Generalobersten, in denen dieselben Gedanken und Ziele oft mit gleichen oder ähnlichen Formulierungen angesprochen werden. Im ganzen hat es sich aber wohl bei allen diesen Aufrufen, Denkschriften und Programmen um Stabsarbeit gehandelt, zu der außer Beck und Goerdeler der ursprünglich vorgesehene Außenminister von Hassell und später auch Stauffenberg beigetragen haben. Solche Zusammenarbeit war für Beck als ehemaligen Generalstabschef selbstverständlich.

Becks und Goerdelers erstes und liebstes Kind war wohl vor allem die außenpolitische Denkschrift mit dem Titel „Das Ziel“. Die elf Forderungen, die sie enthält, weisen zum Teil in einer erstaunlichen Weise in die Zukunft. Typisch für Beck ist dabei die Erwägung, daß die deutsche Wehrmacht später der Kern der europäischen militärischen Kräfte werden könne, ebenso aktuell die Proklamierung der Notwendigkeit großer Wirtschaftsräume, die Beck auch schon in seinem Vortrag gegen den totalen Krieg im Sommer 1942 ausgesprochen hatte. Es heißt da unter anderem:

„Wir haben ... das größte Interesse daran, daß wir die Lasten der Landsicherung Europas nicht allein tragen. Daher erscheint uns der Zusammenschluß der europäischen Völker zu einem europäischen Staatenbunde geboten. Sein Ziel muß sein, Europa vor jeder Wiederkehr eines europäischen Krieges vollkommen zu sichern. Jeder europäische Krieg ist glatter Selbstmord. Die Zeit ist reif, diesen idealen Gedanken in die Wirklichkeit zu übersetzen, weil mit ihm die realen Interessen übereinstimmen. Wir empfehlen schrittweises Vorgehen:

- a) Ein ständig tagender europäischer Wirtschaftsrat soll zunächst für die Beseitigung aller Verkehrshemmnisse, für einheitliche Verkehrseinrichtungen, für gleiches Wirtschaftsrecht, für Aufhebung der Zollgrenzen und so weiter sorgen. Wenn dieser Prozeß eine gewisse Entwicklung erreicht hat, werden gemeinsame politische Einrichtungen gegründet. Als solche kommen in Betracht:
- b) Ein europäisches Wirtschaftsministerium
- c) Eine europäische Wehrmacht
- d) Ein europäisches Außenministerium

Jedenfalls kann die Grundlage einer europäischen Gemeinschaft nur Freiheit und Selbständigkeit der Nationalstaaten in allen ihren Entschlüssen sein. Der europäische Friede ist durch ein Schiedsgerichtverfahren zu si-

chern, dessen Entscheidungen mit gemeinsamer Kraft unter allen Umständen durchgeführt werden.“

Eine der wichtigsten Voraussetzungen dieses Europaprogramms ist natürlich die Einstellung zu Rußland. So lautet auch seine entscheidende These: *„daß Europa eine Sicherung gegen russische Übermacht braucht“*, daß aber diese Schierung nur zu verwirklichen ist, wenn weder Deutschland noch eine andere Macht die Vorherrschaft beansprucht. Von größter Wichtigkeit ist ferner, daß die Denkschrift *Polen* in den Europäischen Friedensbund mit einbezogen wissen will und die Hoffnung ausspricht, daß nach *„furchtbaren und leidvollen Erfahrungen auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen wieder ausgeglichen wird“*.

Jedenfalls „werden wir bereit sein“, heißt es dann wörtlich, *„Polen bei der Heilung seiner Wunden und in Zukunft jede nur mögliche Hilfe angedeihen lassen“*.

Beck und Goerdeler war es mit diesem Versprechen ernst. Es entsprach ihrer christlichen Überzeugung und politischen Verpflichtung. Was sie anstrebten, war eine Renaissance der Christenheit oder Europas nach den furchtbaren Heimsuchungen des Zweiten Weltkriegs. Eine solche Renaissance aber setzte die Befreiung vom Nationalsozialismus, die Reinigung des eigenen Gemeinwesens von politischen Verbrechern und schließlich auch die Bereitschaft zur sozialen Neuordnung voraus. Darin war man sich im „Schattenkabinett“ grundsätzlich einig. Nur über die Form der sozialen Neuordnung gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen den Älteren und den Jüngeren, wie Hassell immer wieder berichtet.

Im übrigen durchzieht sowohl die Denkschriften und Aufrufe wie die Studien Becks ein Grundgedanke: der nämlich, daß es nach diesem Zweiten Weltkriege keine Sieger und Besiegte im alten Sinn mehr geben könne. In seinem Vortrag über *„Die Lehre vom totalen Krieg“*, in der Mittwochsgesellschaft im Juni 1942 gehalten, warnte Beck bereits eindringlich vor der Gefahr, daß der totale Krieg *„zu einem immer maßloseren Ringen führt und daß in einem solchen zwar der Krieg militärisch gewonnen werden kann, aber damit nicht auch der Friede gewonnen wird“*. „Schwer zu glauben“, hatte Beck dann weiterhin gesagt, *„daß ... auf der Grundlage des totalen Krieges ein guter Frieden entstehen kann, dessen Kennzeichen es ist, wie Bismarck es einmal ausgedrückt hat, daß noch*

nach fünfzig Jahren die beteiligten Staaten ihn als solchen anerkennen.“ Es ist also der gute und dauernde Frieden, den die Beck-Goerdeler-Gruppe für Europa anstrebt und für den sie Opfer zu bringen bereit ist. Aber auch von der Gegenseite erwarten sie Vernunft und staatsmännische Einsicht. Wir wissen nicht, ob Becks Vorschlag, der sich so unterschieden gegen die Maßlosigkeit des totalen Krieges wandte, zur Kenntnis der Alliierten gelangte, aber es war auch an ihre Adresse gerichtet, als er eindringlich warnend sagte: *„Wehe aber, wenn die Politik nicht nur im Fahrwasser des totalen Krieges bleibt, sondern sogar zu einem aktiven Wegbereiter wird.“*

Trotzdem hat die Hoffnung auf staatsmännische Einsicht, vor allem der Engländer, diese Europa-Pläne begleitet. Die „Älteren“ und die „Jüngeren“ waren sich darin einig. „Unter vielen belanglosen Themen“, so sagte Eugen Gerstenmaier vor der Gestapo aus, *„wurde über die Frage der künftigen europäischen Gliederung und der Organisation der einzelnen Staaten diskutiert. Dabei hat man sich als Ziel einen Genossenschaftsverband der europäischen Staaten vorgestellt. Ihm sollten alle Völker ohne Rücksicht auf ihre Größe gleichberechtigt angehören und es sollten alle Staaten in einem Rat vertreten sein. Es war daran gedacht, ein europäisches Regierungsorgan zu entwickeln, das alle übernationalen Fragen regeln sollte.“*

Dieser Europa-Konzeption sollte der Rommel-Stülpnagel-Plan dienen wie dann der Staatsstreich am 20. Juli. Noch im Mai wollte man, wie eben aus dem genannten Plan hervorgeht, ein Attentat vermeiden. Das wollte vor allem Rommel. Um diese Zeit war der Feldmarschall die Schlüsselfigur der Erhebung geworden, wie wir wissen. Auf seine Popularität und sein Ansehen bei den westlichen Kriegsgegnern, vor allem bei den Engländern, gründeten sich die Hoffnungen des anderen Deutschland damals ebenso wie auf seine Volkstümlichkeit bei den Deutschen. Rommel war nun einmal der bekannteste Mann nach Hitler und hochgeschätzt auch bei alten Parteigenossen. Daß ihm seine Soldaten folgen würden, war sicher. So konnte es einen wahren Erdbeben geben, wenn er erklärte: *„Alles hört auf mein Kommando. Das wußte und sah man auch in Berlin. So hatte sich im Frühjahr 1944 der Schwerpunkt aller Vorbereitungen der Erhebung, die einem europäischen Genossenschaftsverband die Wege bereiten wollte, nach Frankreich verlagert, vor allem*



weil man die Invasion, nachdem sie im Mai nicht erfolgt war, erst im August erwartete. Aber dann kam alles ganz anders: Die Invasion erfolgte überraschend am 6. Juni, bevor man mit den Westalliierten ins Gespräch hatte kommen können; am 18. oder 19. Juni entzog sich Hitler, der damals kurz Frankreich besuchte, der geplanten Festnahme, indem er überraschend nach Berchtesgaden zurückkehrte. Dort und anschließend in der „Wolfschanze“ in Ostpreußen schlossen sich dann die undurchdringlichen Sperrkreise um ihn, die jeden Zugriff unmöglich machten. Die erste Voraussetzung politischer Verhandlungen, die Beseitigung Hitlers, war allein noch durch ein Attentat zu schaffen, das im innersten Sperrkreis erfolgte.

So wurde der 1. Juli 1944 zum „Stichtag“ für die Erhebung. Denn an diesem Tag wurde Oberst Graf Stauffenberg zum Chef des Stabes des Ersatzheeres ernannt und hatte damit regelmäßig Zutritt zur Lagebesprechung bei Hitler.

Weder Beck noch Goerdeler waren am 20. Juli 1944 in der Lage, über den Rundfunk sich an die Welt zu wenden und zu den Deutschen zu sprechen. Die geplanten und vorbereiteten Aufrufe drangen nicht in den Äther, nachdem das Attentat gescheitert war. Die Nachrichtenzentrale im Führerhauptquartier konnte nicht ausgeschaltet werden. So ist keine der Stimmen des anderen Deutschland nach außen gedrungen, während dann Hitler über alle deutschen Sender sprechen konnte und so das erste, ja einzige Wort hatte. Bis zum heutigen Tag hat dies verhängnisvoll nachgewirkt. Denn so blieb im Dunkel, was die Beck-Goerdeler-Gruppe eigentlich gewollt hat. Ihre europäischen Pläne drangen ebensowenig nach außen wie die strategischen und politischen Absichten, die sie nach der Beseitigung Hitlers verfolgte. Von dem Entschluß zur Abrechnung mit den Verbrechern, zur inneren Reinigung und zur Wiederherstellung des Rechtsstaats hat die Welt ebensowenig erfahren wie die Deutschen und die deutschen Soldaten. Nur Hitler kam zu Wort und konnte einfach die Beck-Goerdeler-Gruppe nicht nur des „Dolchstoßes“ und verbrecherischen Bruchs des Fahnenreides beschuldigen, sondern sie auch noch als Feiglinge, Dummköpfe und Phantasten beschimpfen. Sie hatten der Welt nicht sagen können, was sie wollten.

Von diesem Tag an mußte sich auch Beck dem Unabänderlichen beugen, obwohl er offenbar seine Gewissensbedenken gegen ein Attentat nie ganz niederringen konnte. Als schließlich am 17. Juli auch Rommel durch Jabo-Beschuß schwer verletzt wurde, gab es überhaupt keine Alternative mehr. Dann mußte das eintreten, was man, wie die Vernehmungen durch die Gestapo ergaben, die „zentrale Lösung“ genannt hat. Das heißt, die Beseitigung Hitlers sollte zunächst den Weg dafür freimachen, daß an Stelle der starren Taktik eine neue Strategie der Verteidigung die militärische Gesamtlage des Reiches wieder einigermaßen stabilisierte. Gleichzeitig aber mußten die Soldaten darüber aufgeklärt werden, daß der Krieg weiterging und von ihnen weiter Opfer und Pflichterfüllung verlangt wurden. Das geht aus dem Entwurf des Aufrufs an die Wehrmacht hervor. Er stammte zwar bereits aus dem Jahr 1943, aber an seinen Voraussetzungen wie an dem angestrebten Ziel hatte sich nichts geändert.

## X. Becks Aufruf an die Wehrmacht

Um so mehr sagt heute der Aufruf an die Wehrmacht. Er liegt zwar nur in einem Entwurf vor, der stilistisch durchaus noch nicht befriedigt; aber in diesem Fall ist gewiß der Stil nicht die Hauptsache, sondern der Inhalt. Denn dieser Inhalt sagt eben unmißverständlich, was die Beck-Goerdeler-Gruppe nach gelungenem Staatsstreich erreichen wollte, was sie mit der Beseitigung Hitlers bezweckt hat. Sie wollte nicht kapitulieren. Es ist nur zu verwundern, daß dies kaum bekannt ist. Dabei ist doch schon von Gerhard Ritter der Aufruf an die Wehrmacht als Anhang XI zu seinem Goerdeler-Buch veröffentlicht<sup>14)</sup> und dann mehrmals nachgedruckt worden, zuletzt in der Publikation Gerhard Schreebs „Menschenwürde und Gewaltherrschaft“<sup>15)</sup>.

Es muß auffallen, wie der Aufruf an die Wehrmacht mit den Studien Becks ideell übereinstimmt. In Übereinstimmung mit ihren Grundgedanken heißt es in dem Aufruf gleich eingangs: „Eine Staatsführung, die die Politik nicht mehr als die Kunst des Möglichen ansieht und die Erreichung ihrer Ziele nicht mehr mit sparsamstem Kräfteinsatz anstrebt, sondern in phantastischen Plänen grenzenloser

14) Ritter, Carl Goerdeler, S. 622 ff.

15) Osnabrück 1963, S. 89 ff.

Eroberungen schwelgt, die überhaupt keine sittlichen Bindungen weder dem eigenen noch einem anderen Volk gegenüber anerkennt, kann niemals zu einem Frieden mit den übrigen Völkern gelangen."

Nach dem Aufruf steht fest, daß die Erhebung nie daran dachte, der Front in den Rücken zu fallen. Sie wollte vielmehr eine Verhandlungsbasis kämpfen. So heißt es in dem Aufruf: „Noch ist die Stunde nicht gekommen, sich dem Gedanken des Friedens hinzugeben. Noch müssen wir kämpfen, um zu verteidigen, was uns teuer ist, bis ein ehrenvoller Ausgang des Krieges gesichert ist. Viererlei verspreche ich Euch aber schon jetzt:

1. Nur solche Opfer werden von Euch verlangt werden, die nach gewissenhafter Prüfung unbedingt notwendig sind, um uns zu verteidigen, um den Krieg zum guten Ende zu führen.
2. Vertrauenswürdige, sachkundige deutsche Männer werden alles daran setzen, um zu einem dauerhaften, unsere Zukunft sichernden Ausgleich mit allen Völkern zu kommen.
3. Hinter Eurem Rücken und zu Eurem Schutz werden wieder Recht und Gerechtigkeit, Anstand und Sauberkeit, Sachkunde und selbstlose Pflichterfüllung herrschen.
4. Nach dem Kriege wird alle Kraft des Volkes eingesetzt werden, um Wohnungen, Hausrat und Kleidung und wahrhaftes soziales Zusammenleben zu schaffen. Ein klares Lebensziel ruhiger, friedlicher Arbeit soll vor uns stehen. Wir alle werden hart arbeiten und

einfach leben müssen, aber wir werden dafür Kraft und Reichtum der Seele finden."

Nach den „Studien“ oder vielmehr nach der letzten Studie, die Beck im Jahre 1942 vor seiner schweren Krankheit schrieb und vorzutrug, erscheint gesichert, daß Punkt 1—3 von ihm stammen, während die Formulierung des vierten Punktes auf Goerdeler hindeuten. Nach bestimmten Angaben im Aufruf, zum Beispiel über die Katastrophe in Afrika und die Kämpfe auf Sizilien, ist anzunehmen, daß der Entwurf etwa im Sommer 1943 niedergeschrieben wurde. Wahrscheinlich ist er noch einmal durchredigiert worden, aber seine Grundtendenz hatte sich nicht geändert, wie aus Becks Verhalten hervorgeht. So war es 1943 wie 1944 gleich selbstverständlich, auf die Wiederherstellung des guten Rufes des deutschen Namens zu dringen und zu erklären: „Wir müssen handeln, weil — und das wiegt am schwersten — in Eurem Rücken Verbrechen begangen wurden, die den Ehrenschild des deutschen Volkes beflecken und seinen in der Welt erworbenen guten Ruf besudeln ... Ihr werdet die Einzelheiten erfahren. Wir werden mit unerbittlicher Strenge in öffentlichen Verfahren durchgreifen. Das schlimmste ist, daß dieses schamlose Treiben von Adolf Hitler befohlen oder gebilligt wurde ..."

Das also war klar. Wie aber war zu verfahren, wenn der Krieg weitergehen sollte?

Dafür übernahm Beck persönlich die volle Verantwortung.

## XI. Beck als designierter Oberster Befehlshaber

Beck war, wie die Kaltenbrunner-Berichte erhärten, nicht nur als „Reichsverweser“ vorgesehen, sondern galt als Staatsoberhaupt und „Generalstatthalter“, das heißt auch als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht. Er sollte also in gewisser Beziehung in der Nachfolge Hitlers in Personalunion Staatsmann und militärischer Oberbefehlshaber sein, wenigstens in der Übergangsperiode bis zur Gewinnung des Friedens. Auch am 20. Juli hat er beide Funktionen wahrgenommen, soweit es die tragischen Umstände überhaupt erlaubten, wobei die des Strategen allerdings überwogen. Nach der Rückkehr Stauffenbergs aus Ostpreußen ging er daran, sich persönlich mit den Heeresgruppen in Verbindung zu setzen und die ersten Maßnahmen zur Wiederherstellung einer stabilen militärischen Lage zu treffen

Denn Beck dachte realpolitisch genug, um zu wissen, daß kein Gegner mit ihm verhandeln würde, wenn er nichts mehr in der Hand hatte. Nicht umsonst hatte er, wie schon gesagt, den Modellfall des Kriegsendes 1918 genau studiert und in der Studie „Der 29. September 1918“ herbe Kritik geübt an den psychologischen Fehlern der damaligen Obersten Heeresleitung. Diese Fehler wollte er nun vermeiden.

Der erste Anruf des neuen Obersten Befehlshabers der Wehrmacht am späten Nachmittag des 20. Juli galt dem Feldmarschall von Kluge, dem Oberbefehlshaber West, seit zwei Tagen auch Nachfolger Rommels als Chef von dessen Heeresgruppe. Nach der Besprechung vom 29. September 1943 mußte Beck Kluge immer noch für einen Verbündeten halten, wenn er auch nach seiner Genesung mit ihm nicht wieder

Verbindung aufgenommen hatte. Jetzt forderte Beck ihn auf, sich ihm zur Verfügung zu stellen. Als Kluge zögerte, sagte Beck eindringlich, um alle Mißverständnisse auszuschließen: „Kluge, der Krieg geht weiter. Er muß nur richtig geführt werden.“ Diese Sätze sind von dem Ordonnanzoffizier Kluges bezugt, der das Gespräch mithörte.

In der Tat mußte der Krieg *zunächst* weitergehen und richtig geführt werden. An die Stelle der starren Taktik, an der der geistig völlig erschöpfte Hitler unentwegt festhielt, wollte Beck wieder bewegliche Operationen treten lassen und zu dem erprobten Verfahren der Auftragstaktik zurückkehren. Die Feldmarschälle an der Front sollten wieder nach freiem Ermessen, wenn auch im einheitlichen strategischen Rahmen, führen können. In diesem Sinne hieß es ja auch in dem Entwurf des Aufrufs an die Wehrmacht: „Wer einen Stiefel besohlen will, muß es gelernt haben. Wer ein Millionenheer führen will, muß die Fähigkeit dazu auf den verschiedenen Stufenleitern harten militärischen Dienstes erlernt und bewiesen haben. Seitdem sich Hitler im Winter 41/42 selbst den Oberbefehl (auch über das Heer — Hinzufügung des Verf.) zuerkannt hat, wurde durch Eigensinn, Unfähigkeit und Maßlosigkeit die Wehrmacht in Lagen gebracht, vor denen Sachverständige gewarnt und die vermeidbare schwerste Opfer gekostet haben ... Hunderttausende büßten für Vermessenheit und Eitelkeit eines einzelnen mit Leben, Gesundheit oder Verlust der Freiheit.“

Schon im Rommel-Stülpnagel-Plan war die Aufgabe von „Festungen“ vorgesehen, die nur die Einbildung und das „Machtwort“ Hitlers dazu gemacht hat. Nun war es die zweite Handlung des Generalstatthalters nach dem Anruf bei Kluge im Westen, die ersten Maßnahmen zur Konsolidierung der Ostfront einzuleiten. So ließ er sich denn mit der Heeresgruppe Nord telefonisch verbinden und befahl ihr, die schleunigste Vorbereitung des Rückzugs hinter die Düna. Man muß sich dazu die Lage gegenwärtig halten, wie sie von Tippleskirch in einer Kartenskizze<sup>16)</sup> wiedergibt: Die Trümmer der Heeresgruppe Mitte, durch die am 22. Juni begonnene sowjetische Großoffensive weit nach Polen und Litauen zurück-

geworfen, bemühten sich eben zwischen Kowno und Brest-Litowsk eine neue Front aufzubauen und vor allem am Njemenabschnitt zwischen Grodno und Kowno Halt zu gewinnen. Im Raum von Poenwitsch in Litauen klaffte indessen eine mindestens 50 km breite Lücke zwischen der Heeresgruppe Nord und der Heeresgruppe Mitte. Hier war Gefahr im Verzuge, wenn nicht vorausschauend gehandelt wurde. Die Spitzen starker sowjetischer Panzerverbände hatten bereits die Bahn halbwegs zwischen Wilna und Dünaburg überschritten, während der rechte Flügel von Nord westlich Dünaburg in der Luft hing. Es war vorzusehen, daß die russischen Panzer in diese Lücke hineinstoßen, die Front vollends aufspalten und die gesamte nördliche Heeresgruppe von ihren rückwärtigen Landverbindungen abschneiden werde, wenn diese nicht bald an die Düna heruntergezogen wurde und ihren rechten Flügel bis zu dem Anschluß an die Mitte verlängern konnte. Dementsprechend hat Beck befohlen. Das Schicksal von Nord war aber besiegelt, als noch am späten Abend dieser Befehl von Hitler wieder rückgängig gemacht wurde. Der „Brückenkopf Kurland“ war dann die unausbleibliche Folge. Er hat sich als ein riesenhaftes Gefangenenlager erwiesen, während die Masse der Heeresgruppe Nord für die Reichsverteidigung ausfiel. Und gerade das wollte der neue „Generalstatthalter“ mit seinem Befehl am frühen Abend des 20. Juli 1944 verhindern.

Für weitere strategische Pläne Becks fehlen die Unterlagen. Man kann sie indessen mit einiger Sicherheit wenigstens in der Gesamttendenz aus seiner Studie „Der 29. September 1918“ rekonstruieren, weil sie Hinweise darauf enthält, wie sich der Generaloberst das Handeln in einer ähnlich prekären Lage dachte. So heißt es da zum Beispiel: „Statt des rücksichtslosen Einsatzes des Kriegsinstrumentes hatte fortan im Vordergrund zu stehen, dieses für alle Fälle so lange wie möglich gebrauchsfähig zu erhalten. Aufgabe der Politik wurde es nunmehr, das Kriegsende mit allen diplomatischen Mitteln *bald* herbeizuführen, ehe etwa die militärische Entwicklung die Grundlage für solche Schritte nochmals verengte ... Das neue Kriegsziel erforderte also in erster Linie eine weise Ökonomie der Kräfte. Sie war nur zu verwirklichen, wenn der kräfteverzehrende Kampf um die Behauptung der jetzigen, überbreit gewordenen Front aufgegeben und auf kürzere Stellungen aus-

16) Tippleskirch, Kurt von, Geschichte des zweiten Weltkrieges, Bonn 1951, S. 532; siehe auch: 20. Juli 1944, hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1961<sup>4)</sup>, Lagekarte 20. 7. 1944 im Anhang.

gewichen wurde. Nur auf diese Weise waren die Abwehrfronten stark zu halten, Teilen der Truppen Ruhe zu gewähren, Reserven frei zu machen und damit auch wieder Kräfte für gelegentliche, überraschende kurze Gegenstöße zu gewinnen. Die auf diese Weise gewonnene Zeit hatte die *Politik* zu nutzen." Niemand wußte ja besser als Beck, der sich militärisch immer auf dem laufenden gehalten hatte, daß Hitler bereits seit 1943 in einer noch sehr viel starrerem Weise als die Oberste Heeresleitung 1918 „um Geländebesitz kämpfte und damit

selbst die Gefahr eines großen Durchbruchs heraufbeschwor", da er die „strategische Aus-  
hilfe des Zurücknehmens der Fronten überall da, wo es der Raum zuließ", auch weiterhin verschmähte. Wie im Herbst 1918, so sah also auch Beck noch im Juli 1944 bei entsprechender strategischer Führung durchaus die Chance, einer hoffnungslosen Lage vorzubeugen und von einer stabilisierten Position aus politisch Verhandlungsangebote zu machen. Niemand kann ihm vorwerfen, daß er diese Möglichkeiten nicht durchdacht hat.

## XII. Das Vermächtnis

Es ist nicht auszudenken, wie sich die welt-politische Lage gestaltet hätte, wenn die deutsche Erhebung von 1944 gelungen wäre. Man kann wohl von ihren Spitzen sagen, daß sie der Zeit gedanklich vielleicht zu weit voraus waren, aber ihr „Trend“ war richtig. Sie hätten die Ziele vom Mai, wie sie der Rommel-Stülpnagel-Plan noch vorsah, infolge der katastrophalen Verschlechterung der Lage seit dem 6. Juni aufgeben müssen, aber noch hatten sie ein bestimmtes Hauptziel, nämlich *ein Zusammentreffen der Russen, Engländer und Amerikaner in Berlin und eine Verwüstung Deutschlands zu verhindern*, wie General Fellgiebel wörtlich vor der Gestapo aussagte<sup>17)</sup>. Dieses Ereignis und seine katastrophalen Folgen für den Frieden, der nicht zustandekam, sind ebenso richtig vorausgesehen worden wie das Bedürfnis nach dem politischen Gegengewicht gegen die Sowjetunion, das sich nach 1948 tatsächlich einstellte. So entschloß sich die Gruppe Beck am 20. Juli 1944 zum Handeln, um selbst bei einem Mißerfolg der Welt wenigstens ein Signal und Kunde von einem anderen Deutschland zu geben.

Dem Erhebungsversuch blieb der äußere Erfolg versagt. Er ist unter tragischen Umständen gescheitert. Aber er wäre es wohl erst recht, wenn er früher losgebrochen wäre, weil die Faszination der überwältigenden Anfangserfolge Hitlers noch lange nachwirkte. Von einem mißverstandenen Idealismus verführt, weder über die weltpolitische noch die militärische Lage wirklich unterrichtet, nur durch unkontrollierbare Gerüchte und „Feindpropaganda“ über die NS-Verbrechen im Bilde, die im Dunkeln begangen wurden, glaubten viele Deutsche diesmal diesmal durchhalten zu müssen, bis zum sagenhaften „Endsieg“. Aus diesem

Traum gab es für Hunderttausende erst ein grausiges Erwachen, als Hitler sich selber richtete.

Die Männer der Erhebung sahen weiter und tiefer. Sie sorgten sich um die Zukunft Deutschlands und Europas. Sie konnten zwar Hitler nicht austilgen, so daß der Weg zum europäischen Frieden bereits im Sommer 1944 frei geworden wäre; durch ihre Bekenntnisse und Opfer wurde aber die Fama von der Kollektiv-Schuld der Deutschen ebenso zerstört wie das Gerücht von der Verschwörung gegen den Frieden, an der alle führenden deutschen Soldaten teilgenommen haben sollten. Die Idee aber der Beck-Goerdeler-Gruppe, die am weitesten in die Zukunft wies und die kommende Entwicklung richtig voraussah, die Idee der europäischen Einigung kam erst in den letzten Jahren den Zeitgenossen allmählich zur Kenntnis und zum politischen Bewußtsein. Gewiß erschien sie in den Jahren 1943 und 1944 utopisch, weil damals in allen europäischen Ländern die nationalen Leidenschaften, von Hitler aufgestachelt, noch einmal überschämten; aber in Wirklichkeit erwies sich die scheinbare Utopie bereits als Vorausschau dessen, was kommen mußte, ja als die Vision des Notwendigen. So sehen wir die Erhebung von 1944 heute in einem neuen Licht: Sie hat die europäische Einigung geistig mit vorbereitet, indem sie den ideologischen Nationalismus überwand und doch an der natürlichen Vaterlandsliebe festhielt. Ja, ihr Opfergang hat erreicht, daß die Deutschen, nachdem sie sich auch von der NS-Ideologie befreit hatten, wieder als ebenbürtig in die abendländische Gemeinschaft aufgenommen werden konnten.

Ein bitterer Bodensatz ist freilich geblieben: Nicht alle Deutschen erhielten in der Nach-

17) Spiegelbild einer Verschwörung, S. 98.

kriegsentwicklung wieder die Freiheit in einem Rechtsstaat, wie dies die Männer der Erhebung von 1944 erstrebten. 17 Millionen sollten das tragische Schicksal erfahren, daß sie ein totalitäres Regime gegen ein anderes vertauschen mußten, ganz abgesehen von den anderen Millionen, die nach dem 20. Juli 1944 noch durch Krieg, Vertreibung, Flucht oder Gefangenschaft zugrunde gerichtet wurden. Das Problem der politischen Befreiung ist aber durch die Entwicklung längst über den nationalen Rahmen hinausgewachsen. Es kann und soll auch nicht mehr durch kriegerische Gewalttat gelöst werden, sondern durch die Wiedergeburt des Rechts: Das ist das Ver-

mächtnis des 20. Juli 1944. Es steht in den hinterlassenen Denkschriften, Entwürfen und Briefen. In ihnen haben sie die besten Überlieferungen humanen Denkens und Handelns erneuert: Die Verantwortung für die menschliche Gesellschaft und ihre gedeihliche Zukunft, den Gemein Sinn, der sich auch auf die europäische Völkerfamilie erstreckt, und schließlich den Entschluß, jeder Person oder Gruppe wie jedem Gemeinwesen die ihnen gemäßen Lebensrechte zuzuerkennen gemäß der Lösung, die einmal den Ruf Preußens unter den abendländischen Staaten begründete: *Suum cuique, Jedem das Seine.*

## Nationalrevolutionäre Offiziere gegen Hitler

Fast zwanzig Jahre nach dem Attentat, das Claus Graf Schenk von Stauffenberg auf Hitler verübte, veröffentlichte eine der größten deutschen Zeitungen einen Artikel mit der Überschrift: „Verlegenheit um Stauffenberg?“<sup>1)</sup> Eine kürzlich erschienene Biographie des Grafen mußte bedauernd feststellen: „Im Westen Deutschlands — und nur von ihm sei die Rede — wird um Stauffenberg ein verlegener Bogen gemacht. Man liebt ihn nicht.“<sup>2)</sup> Zwar hat man die Bendlerstraße, wo er seine Pläne zum Sturz des Tyrannen schmiedete und wo er am Abend des 20. Juli — mit dem Ruf „Es lebe unser heiliges Deutschland!“ auf den Lippen — erschossen wurde, in Stauffenbergstraße umbenannt. Im Deutschland von heute besteht sehr viel mehr politische Sympathie für die konservativen Häupter der Verschwörung — Männer wie Carl Goerdeler, Ludwig Beck, Ulrich von Hassel, Johannes Popitz — oder für die gemäßigten Sozialdemokraten, die mit ihnen zusammenarbeiteten — Wilhelm Leuschner, Julius Leber, Carlo Mierendorff — als für den heißblütigen, draufgängerischen, fanatischen jungen Oberst, den bereits Goerdeler als einen „Querkopf“ bezeichnete, „der auch Politik machen wollte“<sup>3)</sup>.

Woraus erklärt sich diese ablehnende Haltung zu Stauffenberg, und vor allem, was waren seine politischen Vorstellungen und Pläne? Wir wissen, daß er ursprünglich — wie so viele seiner Altersgenossen — Hitler und dem Nationalsozialismus ganz unkritisch gegenüberstand. „Sicher, Stauffenberg bekehrte nicht von Anfang an auf ... Lange erblickte er in Hitler ein Symbol für den Wiederaufstieg der Nation“, schreibt sein Biograph<sup>4)</sup>. Es war der von Hitler immer wieder herausgestellte Nationalismus, sein Eifern gegen „die Ketten von Versailles“, sein Versprechen, Deutschland wieder groß und stark zu ma-

chen, die durch ihn inspirierte „nationale Erhebung“, die viele junge Menschen — und viele junge Offiziere — bestachen. „Als am 30. Januar 1933 eine begeisterte Menschenmenge in den Straßen Bambergs den nationalsozialistischen Sieg feierte, setzte sich ein junger Leutnant in voller Uniform an die Spitze dieses Zuges. Das Offizierskorps, dem er angehörte, und seine Vorgesetzten fanden sein Verhalten unangebracht und tadelten ihn. Der Leutnant nahm diese Ablehnung gelassen hin und äußerte zu seinen Kameraden, daß die großen Soldaten aus der Zeit der Befreiungskriege wohl mehr Gefühl für solche echte Volkserhebung bewiesen hätten ...“<sup>5)</sup> Der junge Graf und Leutnant — er war damals 25 Jahre alt — im 17. bayerischen Reiterregiment fühlte sich als der Urenkel Neidhardt von Gneisenaus dem Geist der Freiheitskriege näher verwandt als dem der „Bürogenerale“ in der Bendlerstraße. Das 100 000-Mann-Heer war auf Grund seiner ganzen Struktur isoliert vom Volk, von der Nation. Würde nicht die nationalsozialistische Bewegung imstande sein, die Brücke zum Volk zu schlagen? Würde die Reichswehr nicht dadurch aus ihrer Isolierung erlöst werden?

Ähnliche Gedanken bewegten seit Jahren viele junge Offiziere. Schon 1929 hielt der Oberleutnant Henning von Tresckow — der später einer der geistigen Führer der militärischen Widerstandsbewegung werden sollte — im Potsdamer Offizierskasino einen Vortrag, der die von den Nationalsozialisten propagierte „Brechung der Zinsknechtschaft“ behagte; auch sonst versuchte er, die Offiziere seines Regiments — des 9. preußischen Infanterieregiments — nationalsozialistisch zu beeinflussen<sup>6)</sup>. Schon 1929 zirkulierten in der

1) *Die Zeit*, Nr. 12, S. 17, 20. März 1964.

2) Bodo Scheurig, *Claus Graf Schenk von Stauffenberg*, Berlin 1964, S. 90.

3) Memorandum Goerdelers vom November 1944, zitiert von Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954, S. 527, Anm. 46.

4) Scheurig, a. a. O., S. 91.

5) Hermann Foertsch, *Schuld und Verhängnis*, Stuttgart 1951, S. 22 auf Grund eines Berichtes des als Fahnenjunker im gleichen Regiment dienenden späteren Obersts i. G. Peter Sauerbruch.

6) Hermann Teske, *Die silbernen Spiegel*, Heidelberg 1952, S. 31; „Analyse eines Reichswehr-Regiments“, *Wehrwissenschaftliche Rundschau*, Jahrgang 1962, S. 260. Ähnliche Auffassungen bestanden unter den Leutnants eines anderen Potsdamer Regiments, des 4. preußischen Reiterregiments: Moriz von Faber du Faur, *Macht und Ohnmacht*, Stuttgart 1953, S. 127–128. Beide Regimenter waren die Traditionsregimenter der preußischen Garderegimenter.

Reichswehr Flugblätter, die von jungen Offizieren verfaßt waren und mit der lapidaren Feststellung begannen: „Der Geist in der Reichswehr ist tot.“ Alle Offiziere, die für die nationale Revolution seien, müßten sich zusammenschließen und erreichen, „daß die Reichswehr auf eine nationale Volkserhebung nicht schießt, sondern sich dieser Volkserhebung anschließt und Kerntuppe wird für eine kommende Volksarmee der nationalen Befreiung“<sup>7)</sup>.

Als man den Verfassern dieses Flugblattes den Prozeß vor dem Reichsgericht machte — sie hatten später Verbindung zur Reichsleitung der NSDAP aufgenommen —, schrieb ein anderer junger Oberleutnant, Helmuth Stieff, der auch eine wichtige Rolle in der Widerstandsbewegung spielen sollte, an seine Braut: „Was sie (die Angeklagten) so aussagen, kann man leider meistens nur unterschreiben, und Du wirst viele Dinge lesen, über die auch ich mich oft empört habe. Das ist vielleicht das Gute an der ganzen Sache, daß den Leutchen da oben mal die Augen über die riesige Unzufriedenheit im Offizier Korps geöffnet werden...“<sup>8)</sup> Und zwei Wochen darauf: „Zweifelsohne haben die Angeklagten falsch gehandelt und gegen das Gebot der Unterordnung verstoßen. Aber sind nicht ihre Nöte auch die unseren? All dasselbe habe ich Dir oft genug gesagt, und so denken mindestens 90 % des Offizier Korps...“<sup>9)</sup>

Zu der nationalen Begeisterung dieser jungen Offiziere kam ihre scharfe Ablehnung der politischen Parteien — gleichgültig welcher Richtung — ebenso wie der Revolution vom 9. November 1918 und des „Systems“ der Weimarer Republik, das dieser Revolution seine Existenz verdankte. Auch das kam in den Briefen Stieffs über den Leipziger Prozeß klar zum Ausdruck: „Aber auf diese Weise wirbt man nicht für das jetzige System, und daß es zu so bedauerlichen Auswüchsen kommen mußte, ist allein Schuld der Parteien, die dies System der Verärgerung stützen. Unsere obere Führung aber trifft der harte Vorwurf, daß sie aus Bequemlichkeit nicht für Abhilfe Sorge trug (...) und daß sie sich den Standpunkt der Novemberlinge, die einen Ehren-

standpunkt wie wir nicht kennen, zu eigen machte (wahrscheinlich aus parlam. taktischen Erwägungen heraus) ...“<sup>10)</sup> In dem gleichen Brief schrieb Stieff ebenso scharf über die große republikanische Wehrorganisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold: „Das wir mit dem Reichsbanner zusammen einen Grenzschutz nicht organisieren können, weil diese Schufte doch alles verraten würden, ist doch auch Dir klar. Wir selbst sind zu schwach und müssen den Anschluß an wehrwillige Kreise haben ...“<sup>11)</sup> Und das schrieb er zu einer Zeit, in der die offizielle Politik der Heeresleitung — Heye, Hammerstein, Schleicher — die Heranziehung des Reichsbanners für die Aufgaben des Grenzschatzes im Osten Deutschlands erstrebte.

In dieser ebenso wie in anderen Fragen bildete sich „innerhalb des Offizierskorps eine Kluft zwischen den kaiserlichen Vorkriegsoffizieren und der jüngeren Generation, die über das hinausging, was die Natur an Trennendem zwischen verschiedene Generationen zu legen pflegt ...“<sup>12)</sup> Die älteren Offiziere blieben auch während der Jahre der Republik ihren monarchistischen Überzeugungen treu. Sie vertrauten auf den greisen Generalfeldmarschall, der jetzt der Präsident der Republik war, und sahen in ihm eine Art Statthalter des Hauses Hohenzollern — bis zu dem Tage, an dem dieses seinen angestammten Platz wieder einnehmen würde. Natürlich erkannten die Klügeren unter ihnen, daß zu letzterem vorläufig keine reale Aussicht bestand, aber das änderte wenig an ihrer Grundeinstellung.

Daher ist es kein Zufall, daß in den Plänen der militärischen Opposition schon 1938 ganz konkret die Möglichkeit ins Auge gefaßt wurde, Hitler zu verhaften und den ältesten Sohn des Kronprinzen, den Prinzen Wilhelm von Preußen, zum Reichsregenten auszurufen. Während des Krieges nahmen diese Pläne viel genauere Gestalt an. Da Prinz Wilhelm im Mai 1940 in Frankreich gefallen war, dachte man jetzt vor allem an den zweiten Sohn des Kronprinzen, Prinz Louis Ferdinand von Preußen, oder auch — als eine Übergangslösung —

7) Richard Scheringer, *Das große Los unter Soldaten, Bauern und Rebellen*, Hamburg 1959, S. 179, mit Zitaten aus dem Flugblatt von 1929

8) Stieff an seine Braut, 25. September 1930; Institut für Zeitgeschichte, 1223/53. Stieff war damals 29 Jahre alt

9) Brief vom 7. Oktober 1930; zitiert von Thilo Vogelsang, *Reichswehr, Staat und NSDAP*, Stuttgart 1962, Nr. 8, S. 419.

10) Brief vom 11. Oktober 1930; Institut für Zeitgeschichte, 1223/53. Zitiert mit Auslassung der letzten fünf Zeilen in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, II, 1954, S. 295—96

11) Ebenda Unvollständig zitiert in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, II, 1954, S. 296

12) Leo Freiherr Geyr von Schweppenburg, *Gebrochenes Schwert*, Berlin 1952<sup>2</sup>, S. 54.

an den Kronprinzen selbst<sup>13)</sup>. In diesem Sinne sondierten Generaloberst Beck und Goerdeler bei den Offizieren, die der Verschwörung nahestanden, und bei Stauffenberg. Aber sie stießen bei diesem auf wenig Gegenliebe, und das gleiche galt wohl für die jüngeren Offiziere im allgemeinen<sup>14)</sup>.

Doch gingen deren Bedenken gegen die Absichten Goerdelers sehr viel weiter. Stauffenberg hatte ihn und die anderen „Zivilisten“ im Verdacht, sie wollten „die republikanisch-demokratisch-parlamentarische Systemzeit wieder herbeiführen“. Daher schickte Goerdeler im April 1944 einen ihm befreundeten Rechtsanwalt zu Stauffenberg, der ihm die „konstruktiven neuen Gedanken“ Goerdelers entwickeln sollte. „Man einigte sich, daß nach keiner Richtung hin alte Zustände wieder aufgewärmt werden sollten ...“<sup>15)</sup> Zwei Monate später kam es zu einem „Krach“ zwischen Goerdeler und Stauffenberg, weil dieser sich, ohne Goerdeler zu fragen, mit führenden Sozialdemokraten in Verbindung setzte — vermutlich, um bei ihnen Unterstützung gegen Goerdelers restaurative Pläne zu suchen, während letzterer „derartige Verhandlungen nicht für eine Sache der Militärs ansah ...“<sup>16)</sup>.

Sehr ähnlich war die Einstellung eines anderen jüngeren Offiziers, des Leutnants Peter Graf Yorck von Wartenburg, den enge Bande mit Stauffenberg verknüpften. Yorck bezeichnete Männer wie Goerdeler und Popitz „als zu alt und reaktionär, als daß man von ihnen eine tragfähige Regierung erwarten könnte ...“. Sie erstrebten eine ausgesprochene „Kerenski-Lösung“; die Pläne Becks und Goerdelers führten „ein ausgesprochen reaktionäres Regime herbei, das naturnotwendig die Wiedererrichtung der alten Gewerkschaften und Parteien bedinge und damit die Verhältnisse von 1932 wiederherstelle ...“. Ganz wie Stauffenberg wünschte er „eine viel breitere Basis ... unter Einbeziehung der Arbeiterschaft bis zum linken Flügel der Sozialdemokratie ...“<sup>17)</sup>.

13) Im einzelnen siehe Ritter, *Carl Goerdeler*, S. 189, 290—92, 479—80, 504—05.

14) Bericht Kaltenbrunnens an Bormann vom 5. September 1944: *Spiegelbild einer Verschwörung — Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944*, Stuttgart 1961, S. 352.

15) Aussage von Rechtsanwalt Wirmer laut Bericht Kaltenbrunnens vom 14. August 1944: ebenda, S. 212.

16) Aussage von Hauptmann Kaiser laut Bericht Kaltenbrunnens vom 1. August 1944: ebenda, S. 118.

17) Berichte Kaltenbrunnens vom 18.—19. August 1944: ebenda, S. 257, 264.

Doch als ein alter Sozialdemokrat Stauffenberg „die Auffassungen der Gewerkschaften“ vortrug, befremdeten diese ihn stark<sup>18)</sup>. Kein Wunder, denn die Pläne der Sozialdemokraten waren genauso „restaurativ“ wie die Goerdelers, das heißt, gerichtet auf „die Wiedererrichtung der alten Gewerkschaften und Parteien“, die von den jüngeren Offizieren verworfen wurde.

In der Auseinandersetzung mit dem gleichen Sozialdemokraten entwickelte Stauffenberg bereits im Winter 1943/44 seine eigenen politischen Anschauungen. Auch er hielt „eine gewisse gesellschaftliche Neuordnung für notwendig“; aber er betonte seinen Wunsch, „daß die überkommenen Güter nicht einfach über Bord geworfen würden und daß man die geschichtlichen Leistungen des Adels berücksichtigen solle ...“. Er legte auch „ein Exposé über seine gesellschafts-politischen Auffassungen vor“, das sich aber so unklar ausdrückte, „daß seine wahre politische Absicht nicht zu erkennen“ war<sup>19)</sup>. Für einen „revolutionären“ Offizier, den man des öfteren der Hinneigung zum Bolschewismus und zu Sowjetrußland verdächtigt hat, waren das merkwürdig konservative Ansichten. Schon Gerhard Ritter hat die Vermutung ausgesprochen, Stauffenberg habe sich damit gegen eine Bodenreform und die Aufteilung des Großgrundbesitzes gewandt<sup>20)</sup>, und in der Tat kann das Wort „Güter“ in doppeltem Sinn verstanden werden. Bei allem Radikalismus war dieser Sproß einer alten deutschen Adelsfamilie doch außerordentlich traditionsbewußt, wie schon die erste von ihm überlieferte Äußerung über „die großen Soldaten aus der Zeit der Befreiungskriege“ andeutete. Nur war er traditionsbewußt in einem anderen Sinne als Beck und Goerdeler, deren Denken an die Hohenzollernmonarchie gebunden war.

Zu dieser Grundeinstellung paßt auch, was Gisevius — der ihn instinktiv ablehnte und ihn deshalb um so schärfer sah — über ihn berichtet: „In einem war er klar und zielbewußt: Stauffenberg wollte nicht, daß Hitler die von einer tödlichen Gefahr bedrohte Armee in seine Katastrophe mit hineinriß; Soldat durch und durch, waren ihm die Rettung des Vaterlandes und die Rettung der Wehrmacht gleichbedeutend ...“<sup>21)</sup> Seit lan-

18) Aussage von Hermann Maass laut Bericht Kaltenbrunnens vom 12. August 1944: ebenda, S. 205.

19) Ebenda.

20) Ritter, *Carl Goerdeler*, S. 528, Anm. 46.

21) Hans-Bernd Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, Zürich 1946, II, S. 276.



gem hatte es in der preußischen Armee zwei verschiedene Traditionen gegeben: die nationalrevolutionäre Scharnhorsts, Gneisenaus und Boyens, die für die innere und die äußere Freiheit kämpften, und die streng konservative Roons und Moltkes, deren Nachfahren Seeckt und Beck waren. „Der junge Oberst kann und will seine ideologische und berufliche Herkunft nicht verleugnen. Was ihm vorschwebt, ist die Rettung Deutschlands durch politische Offiziere, die sich von der Korruption und Mißwirtschaft lossagen...“<sup>22)</sup>

Doch bedeutete das nicht, daß sie — wie noch Seeckt das getan hatte — ein Bündnis mit der Sowjetunion gegen den Westen anstrebten. Der zuerst von Gisevius Stauffenberg zugeschriebene Gedanke „an den gemeinsamen Siegeszug der grau-roten Armeen gegen die Plutokratien“<sup>23)</sup> wird durch keine Zeugenaussagen und durch keine sonstigen Beweise erhärtet. Was die Verschwörer beabsichtigten, war, „unmittelbar nach der Übernahme der Macht... Unterhändler sowohl nach Moskau wie nach London zu entsenden...“. Sie wollten „gleichzeitig Verbindung nach Osten und Westen“ aufnehmen<sup>24)</sup>. Und gerade Stauffenberg war es, der nach den Feststellungen der Gestapo „unbelehrbar in der Auffassung verharrte, daß eine Einigung mit England oder den englischen Heerführern zum gemeinsamen Vorgehen gegen Sowjet-Rußland möglich sein müsse...“, obgleich einige seiner Mitverschworenen versuchten, ihn davon zu überzeugen, daß dieser Plan undurchführbar sei<sup>25)</sup>. Stauffenberg war kein Nationalbolschewist, weder in seinen außenpolitischen Plänen noch in seinem innerpolitischen Programm. Auch von den Proklamationen des in Rußland gegründeten Nationalkomitees „Freies Deutschland“ zeigte er sich wenig beeindruckt<sup>26)</sup>.

Worin aber bestand Stauffenbergs innerpolitisches Programm? Wie seine Altersgenossen, die Grafen Moltke und York, war er sicherlich ein „Offizier mit Interesse für sozialpolitische Fragen“<sup>27)</sup>. Doch, wie die Sozialdemokraten bald feststellen mußten, war er kein Sozialist und auch kein christlicher „Sozialist“,

wie das noch kürzlich behauptet worden ist<sup>28)</sup>. Das zeigt sich auch in dem Entwurf eines Eides, den er für den Fall verfaßte, daß Deutschland von den Siegerstaaten zerrissen werden würde. Hier hieß es: „Wir wollen eine neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt, verachten aber die Gleichheitslüge und beugen uns vor den naturgegebenen Rängen. Wir wollen ein Volk, das, in der Erde der Heimat verwurzelt, den natürlichen Mächten nahe bleibt, das im Wirken in den gegebenen Lebenskreisen sein Glück und sein Genüge findet und im freien Stolze die niederen Triebe des Neides und der Mißgunst überwindet. Wir wollen Führende, die, aus allen Schichten des Volkes wachsend, verbunden den göttlichen Mächten, durch großen Sinn, Zucht und Opfer den anderen vorangehen.“<sup>29)</sup> Die scharfe Ablehnung der „Gleichheitslüge“ und die Ehrfurcht „vor den naturgegebenen Rängen“ zeigen, wie weit Stauffenberg von den Gedankengängen des demokratischen Sozialismus entfernt war.

Ähnliche Meinungen wurden auch von anderen jüngeren Offizieren vertreten, die zu dem Verschwörerkreis gehörten. Im Sommer 1941 schrieb Oberstleutnant Stieff an seine Frau: „Aber die Überzeugung hat sich in mir immer tiefer festgesetzt, daß die Völker am besten regiert und geführt werden, wo die Regierungsgewalt alte traditionsgebundene Schichten in den Händen haben und nicht Emporkömmlinge und hemmungslose Autokraten...“<sup>30)</sup> Das hatte zwar eine deutliche Spitze gegen Hitler und andere Diktatoren, aber richtete sich ebenso gegen die „Novemberlinge“, von denen sich der Briefschreiber schon zehn Jahre früher distanziert hatte. Eine Rückkehr zu der „Systemzeit“ von Weimar wurde auch von Stauffenberg abgelehnt. Während die älteren konservativen Offiziere und „Zivilisten“ die Monarchie für den idealen Staat hielten, hatten Stauffenberg und die jüngeren keine wirkliche Alternative zu einem konstitutionellen Staat mit den modernen Massenorganisationen der Parteien und Gewerkschaften. Sie träumten von einem Staat, der von einer natürlichen, traditionsgebundenen Elite patriarchalisch geführt werden sollte; entsprechend ihrer Herkunft sahen

22) Ebenda, S. 302.

23) Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, II, S. 319.

24) Bericht Kaltenbrunnners an Bormann vom 21. November 1944: a. a. O., S. 493.

25) Berichte Kaltenbrunnners an Bormann vom 8. August, 7. September und 29. November 1944: a. a. O., S. 174, 367, 506—07.

26) Berichte Kaltenbrunnners an Bormann vom 8. August und 29. November 1944: a. a. O., S. 174, 507.

27) Bericht Kaltenbrunnners an Bormann vom 22. Oktober 1944: a. a. O., S. 465.

28) Wolfgang Venohr, in: *Die Zeit*, Nr. 12, S. 17, 20. März 1964.

29) Scheurig, *Stauffenberg*, S. 59. Das Zitat ist eines der ganz wenigen, das direkt von Stauffenberg stammt.

30) Stieff an seine Frau, 2. August 1941: *Vierteljahrshette für Zeitgeschichte*, II, 1954, S. 301.

sie diese Elite verkörpert in den alten Adelsfamilien. Aber würden diese imstande sein, einen neuen Staat aufzubauen und zu leiten? Und würden im 20. Jahrhundert die unteren Schichten des Volkes willens sein, sich von den Adelsfamilien leiten zu lassen? Zumal in einem Lande, in dem durch die Revolution von 1918, durch die Inflation und Krise und durch die nationalsozialistische Diktatur alle Bande der Tradition zerstört worden waren? Diese Fragen scheinen sich die Offiziere nicht gestellt zu haben.

Faktisch entsprachen das ausgeprägte Elitegefühl, der betonte Aristokratismus, die Ablehnung des Bürgertums und des modernen Plebejertums, der romantische revolutionäre Nationalismus, das Wurzeln in bestimmten preußischen Traditionen, das Stauffenberg, York und andere Offiziere kennzeichnete, den Ideen, die schon vor 1933 in nationalistischen und bündischen Kreisen Deutschlands ganz allgemein diskutiert worden waren. Am meisten verdankten sie offenbar den Schriften Ernst Jüngers — und zwar weniger dem Jünger des zweiten Weltkrieges, der sich auf einen isolierten Beobachtungsposten zurückgezogen hatte, als dem Jünger der zwanziger Jahre, der ein politischer Aktivist war und großen Einfluß auf die national denkende Jugend ausübte. Bis 1923 war Jünger Reichswehroffizier gewesen; er stand in seiner ganzen Gedankenwelt und Ideologie den jüngeren Offizieren außerordentlich nahe — selbst wenn sie selbst sich dieser geistigen Verwandtschaft nicht bewußt waren. Erst kürzlich hat man darauf hingewiesen, daß Jüngers Vorstellungen denen des „Kreisauer Kreises“ des Grafen

Moltke auch in Einzelheiten entsprachen, „obwohl kaum direkte Verbindungen zu jener Gruppe bestanden“<sup>31)</sup>.

Dies war die geistige Heimat Stauffenbergs und anderer radikaler Offiziere, eine Heimat, die ihnen nach ihrer Herkunft und Umwelt sehr viel vertrauter war als der Sozialismus oder der Kommunismus, die Demokratie oder der Parlamentarismus. Es ist nicht überraschend, daß sie von ihren Mitverschworenen als Revolutionäre angesehen wurden, die vielleicht sogar mit dem Osten liebäugelten. In Wirklichkeit standen auch sie politisch rechts, aber nicht im Lager der traditionellen Rechtsparteien. Ihre Ideenwelt hat keinen Einfluß auf die politische Entwicklung in Deutschland nach dem Kriege gehabt; aber das gleiche wäre vermutlich eingetreten, wenn der Staatsstreich vom 20. Juli geglückt wäre. Auf den Gedanken, die Stauffenberg in seiner Eidesformel aussprach, ließ sich kein neuer Staat aufbauen. Doch bewunderswert bleiben sein Mut, sein Patriotismus, seine persönliche Einsatzbereitschaft, sein stürmischer Tatendrang, ohne die es nie zu dem Attentat auf Hitler gekommen wäre. Er wagte die Tat, obgleich die Aussichten auf ein Gelingen des Umsturzes ungeheuer gering waren. Er war kein Cunctator<sup>32)</sup> — und daher verdient er einen ehrenvollen Namen in der Geschichte. Es besteht keinerlei Veranlassung zu einer „Verlegenheit um Stauffenberg“.

31) Hans-Peter Schwarz, *Der konservative Anarchist — Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers*, Freiburg 1962, S. 297, Anm. 25.

32) Ritter, *Carl Goerdeler*, S. 360, bezeichnet Beck als einen „ewigen Zauderer“.

## Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1931 - 1939 von außen gesehen

Das Thema des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus ist eines der aktuellsten der Zeitgeschichte. Die Öffnung der in alliierter Hand befindlichen deutschen Archive und die systematische, wenn auch unvollständige Veröffentlichung der Dokumente der Parteien, Gruppen und Kirchen beginnt eine dokumentarisch besser fundierte Wiedergabe seines Ablaufs zu ermöglichen. Frühere Darstellungen waren nämlich einerseits von der Qualität vorwiegend vertraulicher, stets polemischer Informationen journalistischer oder memorenhafter Art abhängig und litten andererseits an den sich für den Historiker ergebenden Schwierigkeiten, die ungeheure Menge der verstreuten Informationen in ihrer jeweiligen Einseitigkeit zu bewältigen und Daten und Hinweise verschiedenster Quellen und Tendenzen zusammenzufassen und einzuordnen.

Diese Darstellungen bleiben jedoch trotzdem von großem Interesse, da sie selbst zu Zeugnissen der öffentlichen Meinung der Welt über den Nationalsozialismus geworden sind. Es ist bezeichnend, daß die in der Nachkriegszeit seit 1946 erschienenen umfangreichen Dokumentationen diese auf nichtamtlichen und auf „Indiskretionen“ beruhende Wiedergabe der Geschehnisse in ihren Grundlagen bestätigt hat.

In Darstellungen dieser Art zeigt sich im übrigen das Charakteristikum der Geschichtsschreibung unserer Zeit: sie ist eine Kombination aus eigenem, unmittelbarem Erleben des an den Geschehnissen beteiligten Historikers und der kritischen Wertung der ihm vorliegenden Dokumente und der dazugehörigen Bibliographie <sup>1)</sup>.

Wesen und Aufstieg des Nationalsozialismus als Weltanschauung und Partei waren von Beobachtern des deutschen politischen Lebens nach dem Ersten Weltkrieg frühzeitig erkannt worden. Sein Erfolg war vor allem als ein

Ergebnis der politisch-institutionellen Ordnungskrise, der auch nach der Währungs-inflation nicht endenden finanziellen Schwierigkeiten und des Kampfes der Parteien um den Aufbau der Weimarer Republik gesehen worden, ein Kampf, der insbesondere von den straff organisierten, über einen starken finanziellen Rückhalt innerhalb und außerhalb Deutschlands verfügenden Parteien der äußersten Rechten und Linken ausgetragen wurde. Es möge genügen, hier an die Arbeiten französischer Historiker wie Seillière <sup>2)</sup>, Beaumont <sup>3)</sup> und Vermeil <sup>4)</sup> zu erinnern; ähnliche Werke finden sich aber auch in England, Italien, Österreich und der Tschechoslowakei.

Die ersten Äußerungen nationalsozialistischer Weltanschauung wurden im Ausland im Zusammenhang mit der zu neuem Leben erwachten deutschen Kultur beachtet, die das Geistesleben der Wilhelminischen Epoche auf den Gebieten der Theologie, Philosophie und Kunst einer neuen kritischen Wertung unterzog. Ab 1930 werden die dieses neue Geistesleben repräsentierenden Werke von Verlegern, die damals als avantgardistisch galten, in schneller Folge in die französische, englische und italienische Sprache übersetzt <sup>5)</sup>.

In den Jahren 1932/33 wächst im Ausland auch das Interesse am Nationalsozialismus selbst als politischer Ideologie und antiparlamentarischer Bewegung, der als eine der Parteien der Rechten seine Gegnerschaft zum *Diktat* von

2) P. Seillière, *Pangermanistes d'après-guerre*, Paris 1924, ders., *Morales et religions nouvelles en Allemagne*, Paris 1927.

3) M. Beaumont / M. Berthelot, *L'Allemagne lendemains de guerre et revolution*, Paris 1922.

4) E. Vermeil, *L'Allemagne contemporaine*, Paris 1925.

5) Vgl. den Katalog der Editrice Morcelliana (Brescia) und Alsatia (Strasbourg-Paris) mit den Übersetzungen von Adam, Guardini, Herwegen, P. Wust, Dessauer (Philosophie der Technik) und für evangelische Autoren den Katalog des evangelischen Verlages Doxa, Milano-Roma. Eine Darstellung der deutschen geistigen Situation mit Hinweisen auf den Nationalsozialismus von M. Bendiscioli, *Il romanesimo nella coscienza germanica contemporanea*, in dem Sammelband „*Romanesimo e germanesimo*“, Brescia 1933, S. 13—57.

1) Vgl. H. Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte*, Heft 1, 1953, S. 1—8; M. Bendiscioli, *Die Zeitgeschichte in Italien*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1963, S. 593—604.

Versailles verkündete. Insbesondere wurde die herausfordernde Haltung des Nationalsozialismus gegenüber Ideen und Institutionen vermerkt, die tief im Bewußtsein der westlichen Völker verwurzelt waren. Im einzelnen waren dies der Grundsatz der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, den der Nationalsozialismus mit der rassischen Diskriminierung und der Unterscheidung von Volksgenossen und Nicht-Volksgenossen mißachtete; die Rechtmäßigkeit der Parteien, bei denen er „nationale“ von „internationalen“ unterschied; die Mißachtung des auf das allgemeine Wahlrecht ohne Unterschied des Volkstums gegründeten parlamentarischen Systems; die unter Gewaltanwendung betriebene politische Propaganda, für deren Durchsetzung der Nationalsozialismus sich halb-militärische Formationen zulegte, und schließlich die Unterdrückung der Gewissens-, Glaubens- und Versammlungsfreiheit. Die großen ausländischen Zeitungen und Zeitschriften der Epoche berichteten immer häufiger über Vorfälle, die die im politischen Kampf in Deutschland herrschende Unduldsamkeit bezeugten; sie zitierten die ideologischen Forderungen, die Werte in Frage stellten, von denen man glaubte, daß sie tief im ethisch-politischen Bewußtsein des Bürgers verankert waren.

In der Wiedergabe dieser Geschehnisse kamen bereits die Verurteilung des Geistes der Unterdrückung und die Solidarität mit seinen Opfern zum Ausdruck. Beweisführungen und Stellungnahmen der Gegner und Kritiker des Nationalsozialismus (seiner Theorien, wie auch seiner agitatorischen Taktik der Eroberung der Massen) wurden ausführlich behandelt, und zwar sowohl die Argumente selbst als auch die sie vertretenden Personen oder Gruppen.

Die Kenntnis der Vorgänge in Deutschland vertieft sich mit der Machtübernahme durch Hitler Ende Januar 1933, und mehr noch, nachdem sich die nationalsozialistische Partei durch neue Wahlen die Mehrheit im Reichstag sichert, die Oppositionsparteien ausschaltet und sich in den Nervenzentren der Verwaltung des Reiches und der Länder festsetzt und dem Staat den Stempel ihrer antisemitischen, diskriminierenden Weltanschauung auferlegt, indem sie sie allmählich in Schulen, Jugendorganisationen, bei der Ausübung des Arztberufes und in konfessionellen Einrichtungen durchsetzt. Nunmehr zeichnet sich die Solidarität breiter Strömungen der öffentlichen Weltmeinung mit den Kräften und

Personen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus ab.

Das Gefühl der Solidarität zeigt sich insbesondere bei den europäischen Parteien internationalen Charakters, die den deutschen Parteien der Opposition durch ideologische und organisatorische Gemeinsamkeit verbunden sind. Der Reichstagsbrand führte zu der Veröffentlichung von Münzenbergs *Braunbuch über den Reichstagsbrand und Hitler-Terror*<sup>6)</sup>. Eine ebenso lebhaft wie kritische Absage an die nationalsozialistische Diktatur bekundeten die Presseorgane der sozialistischen Parteien der II. Internationale in Frankreich, England, Holland, Belgien, den skandinavischen Ländern und der Tschechoslowakei<sup>7)</sup>. Diese Kreise vertraten auch die Argumentation der Arbeiterverbände gegen den organisatorischen Totalitarismus des neuen Regimes, insbesondere gegen seine Auffassung, daß die nationale Solidarität derjenigen der Arbeiterschaft überzuordnen sei; ferner gegen die paternalistisch-korporative Konzeption der Arbeiterverbände, die sich auf Treuhänder, Vertrauensleute von Führer und Partei, stützte, statt auf die von den Gewerkschaften gewählten Vertreter. Auch den katholischen Gewerkschaftsorganisationen, deren Schicksal mit der politischen Vertretung der Katholiken in der Zentrumspartei eng verknüpft war, wurde lebhaft Solidarität von den entsprechenden Verbänden in Österreich, Frankreich, der Schweiz, Belgien und Holland bekundet.

Auch die Proteste seitens der Vertreter des kulturellen Lebens, der Angehörigen altherwürdiger Akademien und wissenschaftlicher Lehrkörper gegen die ideologische Gleichschaltung fanden in der ausländischen Presse ein Echo durch die Veröffentlichung von Erklärungen, die im nationalsozialistischen Deutschland nicht erscheinen durften.

Nicht weniger schnelle und gründliche Kenntnis erhielt das Ausland (Schweiz, skandinavische Länder, Vereinigte Staaten von Amerika) von der Kritik und dem Widerstand der evangelischen Kirche Deutschlands gegen die nationalsozialistische Ideologie und ihre praktische Durchsetzung in dem Versuch, auch die Kirche durch die Bewegung der „Deutschen Christen“ gleichzuschalten, um auch hier den Grundsatz

6) Paris 1933. Vgl. E. Collotti, Die Kommunistische Partei Deutschlands, 1918—1933. Ein bibliographischer Beitrag, Milano 1961.

7) Vgl. dazu Lewis J. Edinger, German Exile Politics. The Social Democratic Executive Committee in the Nazi Era, Berkeley (California) 1956.

des „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ zu erzwingen, sowie in der Ausschaltung der nicht-arischen Pastoren und der Revision der Glaubenssätze im Geiste der Ideen von Rosenberg. Die deutsch-evangelische Opposition gab sogar der ökumenischen Bewegung neue Impulse und lieferte den großen Kongressen der evangelischen Weltbewegung der Nachkriegszeit Gründe und Argumente<sup>8)</sup>. Ähnliches ereignete sich in der katholischen Welt, als sich auch dort trotz des Konkordats der ideologische und organisatorische Druck des nationalsozialistischen Parteistaates gegen die Institutionen der Kirche abzeichnete.

Schneller und weitreichender war natürlich ab 1930 die Resonanz der Juden überall in der Welt auf das Wiederaufleben des Antisemitismus in Deutschland, auf die herausfordernde Behauptung, daß nicht nur Individuen und Gruppen jüdischer Rasse und Religion in Deutschland, ja in ganz Europa eine Gefahr darstellten, sondern eine Gefahr erst recht durch die mit den Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts erreichte rechtliche Gleichstellung der Juden und das natürliche Zusammenleben mit ihnen gegeben sei. Aus dieser Situation, die sich in Deutschland von einer Bedrohung zu tragischer Wirklichkeit entwickelte, schöpfte die Bewegung für eine jüdische National Heimat in Palästina Beweggründe und Antriebe.

Die Vielfalt der Richtungen innerhalb der deutschen Opposition gegen den Nationalsozialismus sprengte bald auch im Ausland den Rahmen der rein journalistischen Chronik oder Agenturmeldung. Eine umfassendere und zuverlässigere Darstellung in Form von längeren Abhandlungen beschäftigte sich nicht nur mit dem Klima der politischen und religiösen Verfolgung in einem auf Rassenlehre und Totalitarismus aufgebauten Parteistaat, sondern auch mit den doktrinären und rechtlichen Er widerungen der Opposition. Insbesondere dieser sozusagen „redaktionelle“ Aspekt, den das Ausland von der deutschen Opposition gegen den Nationalsozialismus gewann, soll hier hervorgehoben werden, ein Aspekt, der sich in dem Maße erweitert und bedeutsam wird, in dem das nationalsozialistische Regime

8) Vgl. die Konferenz über die ökumenische Bedeutung des deutschen Kirchenkampfes, die vom 18. bis 22. August 1959 in Tutzing (Obb.) von der Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in der Nationalsozialistischen Zeit der Ev. Kirche Deutschlands veranstaltet wurde.

den Vorhang des Schweigens über seine bestürzenden Praktiken im Innern verdichtet, seine organisatorische und propagandistische Tätigkeit im Ausland verstärkt und sich dort mit den ihm verwandten antiparlamentarischen, autoritären, gemeinhin als „faschistisch“ bezeichneten Ideologien und Bewegungen Italiens, Frankreichs, Belgiens, Ungarns, Englands, Spaniens und anderer Länder verbündet<sup>9)</sup>.

Die Auswahl der im folgenden genannten Werke ist rein beispielhaft: sie umfaßt die Arbeiten, die der Verfasser damals erworben hat und noch in seiner Bibliothek verwahrt. Die Hinweise möchten eine Richtlinie für die biographische Forschung aufzeigen, die, soweit dem Verfasser bekannt ist, bisher noch nicht in Angriff genommen wurde.

In der Publizistik der Opposition gegen den Nationalsozialismus im Ausland nehmen die Werke der deutschen Emigranten den ersten Platz ein. Es gehören dazu die Geschichte des Nationalsozialismus und die Biographie Hitlers von Konrad Heiden<sup>10)</sup>; „Das stumme Deutschland redet“, von einem anonymen Verfasser, das Artikel enthält, die bereits in Zeitschriften der Schweiz und der Tschechoslowakei erschienen waren<sup>11)</sup>; über den religiös-kirchlichen Konflikt die Schrift von Waldemar Gurian „Der Kampf um die Kirche im Dritten Reich“<sup>12)</sup>.

Innen schließen sich die Übersetzungen deutscher Autoren an, die als Stellungnahmen gegen die nationalsozialistische Ideologie entstanden waren. Hier beschränke ich mich auf Italien und erwähne den Vortrag von Abt I. Herwegen aus dem Jahre 1932 unter dem Titel „Antike, Germanentum und Christentum“<sup>13)</sup> und die „Adventspredigten 1933“ von Kardinal Faulhaber über „Judentum, Christen-

9) Vgl. Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Action française, Faschismus, Nationalsozialismus*, München 1964.

10) K. Heiden, *Geburt des Dritten Reiches. Die Geschichte des Nationalsozialismus bis Herbst 1933*, Zürich 1934; ders., *Hitler. Das Leben eines Diktators*, 2 Bde., Zürich 1936/37; auch O. Strasser, *Hitler et moi*, Paris 1940.

11) *Das stumme Deutschland redet*, von W., Zürich o. J. (1935).

12) Luzern 1936.

13) Italienische Übersetzung im Sammelband *Romanesimo e germanesimo*, hrsg. von M. Bendioli, Brescia 1933, S. 207–279.

tum, Germanentum" 14). (Letztere wurden auch ins Englische und Französische übersetzt.)

Inzwischen wurden auch von Ausländern Darstellungen des politischen, kulturellen und religiösen Kampfes in Deutschland veröffentlicht, und zwar über den Aufstand des die göltigen menschlichen Werte bewahrenden Gewissens gegen die Unterdrückung durch den Nationalsozialismus. Sie bezeugen das *andere Deutschland*, das keine politische Stimme mehr hatte und das von dem amtlichen Deutschland mit dem Hakenkreuz auf seiner Fahne und auf den Wappen der Botschaften, das vorgab, den wahren deutschen Geist zu vertreten, ignoriert wurde. Es handelt sich um hervorragende Kenner des deutschen Geisteslebens, um Historiker, Theologen und Essayisten von Ruf in ihren Ländern; und nicht weniger bedeutend waren ihre Verleger. Zu erwähnen sind hier aus der Schweiz R. Grob: „Der Kirchenkampf in Deutschland 1933 bis 1937“ 15) und „Der Kampf der evangelischen Kirche in Deutschland in seiner allgemeinen Bedeutung“ von einem Anonymus, ebenfalls 1937 entstanden 16); später, 1939, herausgegeben von dem Schweizer Evangelischen Hilfswerk: „M. Niemöller und sein Bekenntnis“ 17). In Frankreich waren 1934 die französische Übersetzung der „Geschichte des Nationalsozialismus“ von Heiden 18) und eine Arbeit über die Kunst im Dritten Reich von Wernert 19) erschienen. Vermeil stellte dort die Theoretiker der Rassenlehre in den „Doctrinaires de la Révolution allemande 1918 bis 1938“ vor 20) und D'Harcourt sammelte und überarbeitete seine Artikel aus der „Revue des deux mondes“ in dem Band „Catholiques d'Allemagne“ 21).

In Italien veröffentlichte der Verfasser dieses Artikels 1936 einen Band „Germania religiosa

14) Italienische Übersetzung unter dem Titel *Giudaismo, Cristianesimo, Germanesimo*, hrsg. von G. Ricciotti, Brescia 1934.

15) Zürich 1937.

16) Zollikon 1937.

17) M. Niemöller und sein Bekenntnis, hrsg. vom Schweiz. Evang. Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland, Zollikon 1939<sup>8</sup>.

18) K. Heiden, *Histoire du national-socialisme 1919—1934*, Paris 1934 (Übersetzung der „Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee“, Berlin 1932).

19) E. Wernert, *L'art dans le III Reich. Une tentative d'esthétique dirigée*, Paris 1936.

20) Paris 1938.

21) Paris 1938

nel III Reich“ 22), dem eine kürzere Synthese unter dem Titel „Neopaganesimo razzista“ 23) folgte; Zeitschriften des italienischen Protestantismus und das Verlagshaus Doxa unterrichteten im einzelnen über den religiösen Widerstand der „Bekennenden Kirche“ gegen den Nationalsozialismus. Schon vorher hatte D. Cantimori, ein Wissenschaftler, der sich mit dem Studium der italienischen Häretiker des 16. Jahrhunderts befaßte, einen Theoretiker der nationalsozialistischen Politik, Carl Schmitt, vorgestellt, dabei aber auch zurückhaltend auf die in Deutschland gegen ihn erhobene Kritik hingewiesen 24). In England hatte es besonders ab 1938 lebhaftere Reaktionen auf den Sammelband „Germany speaks“ gegeben, der Schriften bedeutender Vertreter des Nationalsozialismus enthielt 25); darunter befanden sich die lebendige kritische Biographie Hitlers von Lüdecke 26), sowie Darstellungen nach dem Vorbild der bereits in der Schweiz erschienenen Schriften des religiösen Konflikts in Zusammenhang mit der ökumenischen Verbundenheit der evangelischen Welt. Ferner ist darin auch die englische Übersetzung von „Germania religiosa nel III Reich“ des Verfassers unter dem neuen Titel „Nazism versus Christianity“ mit einer Erweiterung der Abhandlung bis zum Jahre 1938 veröffentlicht worden 27); ebenso der kleinere Aufsatz „The new racial Paganism“ 28). Die Zahl der Veröffentlichungen über die Welt des Nationalsozialismus sollte sich naturgemäß nach Ausbruch des Krieges weiter erhöhen 29).

Wo lagen die Quellen dieser Darstellungen des anderen Deutschland? Welche Kanäle gab es, auf denen das Ausland darüber unterricht-

22) M. Bendiscioli, *Germania religiosa nel III Reich. Conflitti religiosi e culturali nella Germania nazista*, Brescia 1936 Nach Erscheinen der englischen Ausgabe wurde das Buch auf deutsches Ersuchen in Italien beschlagnahmt — ein Opfer der Achse Berlin-Rom.

23) Brescia 1937.

24) C. Schmitt, *Principi politici del nazional-socialismo*, hrsg. mit einer Einleitung von Delio Cantimori, Firenze 1935.

25) *Germany speaks*, by 21 Leading Members of Party and Staat, London 1938.

26) Karl Lüdecke, *I knew Hitler*, London 1938.

27) M. Bendiscioli, *Nazism versus Christianity*, London 1939.

28) M. Bendiscioli, *The new racial Paganism*, London 1939.

29) Unter vielen anderen F. Neumann, *Behemoth*, London 1942.

tet wurde, was in Gegensatz und Antithese zu den Maßnahmen des Regimes geschah?

Hier betreten wir das Feld des Abenteuers und des Risikos heimlichen Handelns, das für denjenigen immer fühlbarer wurde, der wissen wollte, was der nationalsozialistische Parteistaat mit Hilfe seiner verschiedenen Polizeiorganisationen verborgen halten wollte. Auch hier kann nur die persönliche Erfahrung der Jahre 1932—1939 in Deutschland Grundlage aller allgemeinen Äußerungen sein. Die wichtigsten Informationen über die Entwicklung der politischen, kulturellen und religiösen Situation in Deutschland erhielt das interessierte Ausland von qualifizierten Berichterstattern, die aktive Angehörige des gewerkschaftlichen, kulturellen und religiösen Widerstands waren. (Die Annäherung an die Vertreter des politischen Widerstandes war schwieriger; viele der Aktiven hatten emigrieren müssen oder in Deutschland ihren Beruf ändern oder sich jedenfalls isolieren müssen; in diesen Fällen erfolgte die Unterrichtung im Ausland, und zwar in Redaktionen von Zeitungen, die ihren Sitz in den Deutschland benachbarten Ländern hatten.) Es handelte sich um Redakteure von Zeitschriften, um Mitarbeiter von Zeitungen mit verborgenen antinazistischen Tendenzen, um Universitätsdozenten, Gewerkschaftsführer, Angehörige von Jugendverbänden, um Kleriker und Vertreter karitativer Einrichtungen. Von diesen Personen erhielt der interessierte Ausländer nicht nur Nachrichten, sondern auch Kopien vertraulicher Dokumente des Regimes, beschlagnahmte und von der Polizei verbotene Veröffentlichungen. Besonders wichtig war der Zugang zu den heimlichen Versammlungen der Widerständler und die Bekanntschaft mit den Hauptexponenten, wenn nicht persönlich, so durch Überbringung von Gegenständen, Losungsworten oder Geheimschriften. Von großer Bedeutung waren für den Ausländer auch die Buchhändler, die beschlagnahmte Bücher oder Zeitschriften für ihn verborgen hielten und ihn über Personen und Angelegenheiten in Richtigstellung der amtlichen Versionen unterrichteten. Die systematische Durchsicht der deutschen Zeitschriften in den großen deutschen Bibliotheken, häufig mit Hilfe von antinationalsozialistischen Angestellten, stellte eine weitere Quelle zur Erkundung des Widerhalls von Ideen und Polemiken dar. Die so erhaltenen Informationen und insbesondere die „verbotenen“ Dokumente wurden im Ausland durch Veröffent-

lichungen in Zeitungen und Zeitschriften bekanntgemacht.

Die Annäherung an die Persönlichkeiten des Widerstands wurde mit der Zeit wegen der Polizeikontrolle, der sie ausgesetzt waren und der deshalb gebotenen Vorsicht immer schwieriger. Es sei mir gestattet, in diesem Zusammenhang zu berichten, wie Kardinal Faulhaber, den ich auf Empfehlung des damaligen Substituten im päpstlichen Staatssekretariat Msgr. G. B. Montini (den gegenwärtigen Papst Paul VI.) aufgesucht hatte, es ablehnte, mich persönlich zu empfangen, da ich als Verfasser von Schriften über die religiöse Verfolgung in Deutschland bekannt war. Er kam jedoch im wesentlichen der verbindlichen vatikanischen Empfehlung dadurch nach, daß er meine Fragen über den Sekretär beantworten ließ, der zwischen dem Arbeitszimmer des Erzbischofs und dem Zimmer, in das ich eingelassen worden war, hin und her pendelte.

Zu einem gewissen Zeitpunkt waren die deutschen Zeitungen und Zeitschriften, die außerhalb der Goebbels'schen Kontrolle in Wien, Prag, Amsterdam und Paris veröffentlicht wurden, die zugänglichste Quelle. Ihre Redakteure, die sich im allgemeinen wegen ihrer antinationalsozialistischen Haltung im Exil befanden, standen untereinander in enger Verbindung und hatten ein geheimes Korrespondentennetz in Deutschland aufrechterhalten können. Es wäre einer Untersuchung wert, inwieweit das Regime bei seinen Plänen zur Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei von der Absicht bestimmt war, diese Regimegegner zum Verstummen zu bringen. Diese deutschen antinationalsozialistischen Zeitschriften, die von der Polizei auch über die Grenzen hinweg verfolgt wurden, hatten sich in einigen Fällen auch zu Informationszentren ausländischer Zeitungen über die geheimgehaltenen Ubelthaten des Regimes und über die Kräfte des Widerstandes herausgebildet. Für viele möge hier der Fall der heimlich in Deutschland verbreiteten Zeitschrift „Der deutsche Weg“ des Jesuitenpaters Friedrich Muckermann genannt sein, die in Holland und ab 1934 in Frankreich herausgegeben wurde<sup>30)</sup>.

Spezialisierte Presseagenturen hatten zu einem bestimmten Zeitpunkt Informationsdienste eingerichtet, die systematisch deutsche

30) Vgl. zu Muckermann „La via tedesca. Il movimento di resistenza dei cattolici tedeschi dal 1930 al 1945“, mit einem Vorwort von M. Bendiscioli, Brescia 1947.

nichtnazistische Zeitungen und Informationsbulletins der politischen Zentralen in Prag, Paris, London und Zürich, die in geheimer Verbindung mit den in Deutschland lebenden Informanten standen, ausschöpften und die Nachrichten an die größeren Zeitungen der verschiedenen Länder weitergaben. Das gleiche geschah in der Schweiz, in England, Holland und Dänemark hinsichtlich des Kampfes der Bekennenden Kirche und in Italien<sup>31)</sup>, Frankreich, England, den USA für den der katholischen Kirche; dazu kamen die zahlreichen Agenturen der jüdischen Presse. In dieser Zeit baute ein deutscher Emigrant in London die Wiener Library auf, eine systematische Sammlung aller Schriften über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

In diesen vielfältigen Veröffentlichungen — zu denen sich die wachsende Verbreitung von Büchern gesellte, die in Deutschland aus rassistischen oder politischen Gründen verboten waren —, bekundete das Ausland seine Unterstützung desjenigen Deutschlands, das den Nationalsozialismus bekämpfte und sich ihm entgegenstellte, das seinen Traditionen des 18. und 19. Jahrhunderts treu blieb, die aus ihm einen bestimmenden Faktor der großen europäischen Zivilisation gemacht hatten. Es war die Solidarität von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, aber auch von Einzelpersonen und Gruppen. Sie bewährte sich besonders in den Ländern, die eine ähnliche Erfahrung wie das nationalsozialistische Deutschland durchmachten oder die seinem ideologi-

31) Für Italien das Istituto cattolico della stampa, in dem der Verfasser von 1937—1939 der Leiter der Abteilung Deutschland war.

schon Druck und seinen Maßnahmen ausgesetzt waren, Maßnahmen, die im Namen des geforderten Lebensraumes in der Innenpolitik Züge eines autoritären Nationalismus annahmen und nach außen hin einer revisionistischen und expansionistischen Haltung entsprachen. Hieraus ergaben sich die ideenmäßigen und organisatorischen Verbindungen zum Beispiel zwischen dem italienischen und dem deutschen Widerstand<sup>32)</sup> auf kulturellem und religiösem Gebiet und die Gegenüberstellung gemeinsamer Grundsätze und Werte gegen den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus.

Hieraus erhellt auch die Bedeutung der deutschen Opposition im Rahmen des europäischen Widerstandes gegen die antidemokratischen, auf Rassenwahn und Diskriminierung beruhenden verschiedenen „Faschismen“, die sich in Europa durchgesetzt hatten, gegen die totalitären Forderungen von Ideologien, die sich der staatlichen Ordnungen durch eine Staatspartei bemächtigt hatten (was nicht nur für den Faschismus, sondern auch für den Kommunismus in der UdSSR zutraf).

Diese Ausführungen wollen ein Beitrag zur historisch-kritischen Behandlung des Anteils sein, den das bessere Deutschland an dem Lebenskampf um die Verteidigung der universellen Werte des europäischen Geistes in der Krisenzeit nach dem Ersten Weltkrieg hatte.

32) Vgl. Die andere Achse. Italienische Resistenz und geistiges Deutschland, Hamburg 1964. Das Buch behandelt aber nicht den Widerstand der gläubigen Christen in Deutschland und Italien und ihre Verbindungen untereinander. Vgl. M. Bendiscioli, *Le correnti antinaziste in Germania*, in: *Costume*, 1 (1946), S. 9 ff.